

(A)

(C)

613. Sitzung

Bonn, den 22. Mai 1990

Beginn: 9.32 Uhr

Präsident Momper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 613. Sitzung des Bundesrates.

Wir sind heute zu dieser Sondersitzung zusammengekommen, um über den Staatsvertrag zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der Bundesrepublik mit der DDR zu beraten.

(B) Dieses Thema bewegt die Menschen in beiden deutschen Staaten wie schon lange keines mehr. Der **Staatsvertrag** soll — wie es in dem Gesetzentwurf heißt — der **erste** bedeutsame **Schritt** auf dem Wege **zur staatlichen Einheit** in Freiheit sein. Morgen vor 41 Jahren ist in diesem Saal das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet worden. Die Ausstrahlungskraft der verfassungsmäßigen Ordnung des Grundgesetzes hat bei dem Prozeß der friedlichen Revolution in der DDR eine bedeutsame Rolle gespielt. Das Grundgesetz erkennt dem Bundesrat als Vertretung der Länder der Bundesrepublik ein gewichtiges Wort zu dem heute vorliegenden Staatsvertrag zu. Ich habe keinen Zweifel daran, daß der Bundesrat die ihm zugedachte Rolle ausfüllen wird. Die heutige Sitzung ist ein Zeichen dafür und wird Zeichen dafür setzen.

Meine Damen und Herren, wir beginnen unsere Beratungen mit der Feststellung der **Tagesordnung**. Sie liegt Ihnen wie immer in vorläufiger Form ausgedruckt vor.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? — Das ist nicht der Fall. Dann ist sie so **festgestellt**.

Ich rufe den einzigen Punkt der Tagesordnung auf:

Entwurf eines Gesetzes zu dem **Vertrag** vom 18. Mai 1990 über die **Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** zwischen der **Bundesrepublik Deutschland** und der **Deutschen Demokratischen Republik** (Drucksache 350/90).

Ich erteile dem Vertreter der Bundesregierung, Herrn Bundesminister Dr. Waigel, das Wort.

Dr. Waigel, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der

Ihnen zur ersten Beratung vorliegende Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ist für alle Deutschen ein großer Schritt nach vorn. Dieser Vertrag macht den **Prozeß der Vereinigung** der beiden deutschen Teilstaaten **unumkehrbar**. Wir überwinden Grenzen aus Mauer und Stacheldraht, Grenzen der ideologischen und militärischen Konfrontation, die Familien, Freunde und Landsleute in unmenschlicher Weise voneinander getrennt hatten.

Wir Deutschen dürfen uns über das freuen, was in den letzten sieben Monaten in Deutschland geschah. Noch vor acht Monaten herrschten im anderen Teil Deutschlands Erich Honecker und sein Regime, hatten SED und Stasi fast uneingeschränkte Macht über unsere Mitbürger in der DDR. Erst vor sieben Monaten wurden Mauer und Stacheldraht geöffnet. Die SED unter dem nur wenig reformbereiten Egon Krenz dominierte aber unverändert das politische Geschehen im anderen Teil Deutschlands. Erst vor gut zwei Monaten wurde die Übergangsregierung Modrow durch die neue, demokratisch legitimierte Koalitionsregierung ersetzt. Jetzt schließen zwei vom Volk in freien Wahlen bestimmte deutsche Regierungen den Vertrag über eine gemeinsame Wirtschaftsordnung ab. Dieser **Vertrag** ist die **Vorstufe zur politischen Vereinigung**. (D)

Was wir in Deutschland innerhalb eines halben Jahres an Veränderungen anstreben und durchführen, wäre — das wissen wir — unter normalen Umständen ein Programm für Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Wir müssen den schwierigen Weg zur raschen Überwindung der Teilung in der Verantwortung für unser Vaterland gehen. Es ist eine Aufgabe, die nur gemeinsam zu schaffen ist. Deshalb sind die Bundesregierung und die Regierung der DDR in allen Fragen aufeinander zugegangen und haben gemeinsame Lösungen gefunden.

Auch innerhalb der Bundesrepublik, im Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, haben wir in wenigen Wochen **weitreichende Vereinbarungen** erreicht. Die Länder haben damit ihre grundsätzliche **Mitwirkungs- und Verantwortungsbereitschaft** unter

Bundesminister Dr. Waigel

- (A) Beweis gestellt. Ich möchte den Ländern in diesem Zusammenhang für ihre bisher gezeigte Bereitschaft zur Zusammenarbeit ausdrücklich danken.

Zusammenarbeit setzt nicht Übereinstimmung in allen Fragen voraus. Auch wenn die SPD und die von ihnen regierten Bundesländer zum Teil andere Vorstellungen vom Weg zur Einheit haben, sollten sie dem jetzt vorliegenden Vertrag zustimmen.

Der Vertrag ist ein Verhandlungsergebnis, das von der Regierung der DDR und somit auch von der SPD in der DDR mitgestaltet und mitgetragen wird. Ein erneuter Eintritt in eine Grundsatzdiskussion könnte die wirtschaftliche Gesundung der DDR ernsthaft in Frage stellen und mehr soziale Probleme sowie sozialen Sprengstoff anhäufen, als durch staatliche Sozialleistungen jemals ausgeglichen werden könnten.

Wer, wie der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den SPD-regierten Bundesländern im Bundesrat und den SPD-Abgeordneten im Bundestag eine Ablehnung des Staatsvertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion empfiehlt, wäre gut beraten, sich der Folgen einer solchen Entscheidung bewußt zu werden. Wer diesen Vertrag ablehnt, der muß die moralische, politische und historische Verantwortung dafür übernehmen, daß das Projekt der deutschen Einheit auf unabsehbare Zeit hinaus verspielt werden könnte.

- (B) Wer diesen Vertrag ablehnt, der verweigert — ob er will oder nicht — den Landsleuten in der DDR die **Solidarität**, die sie jetzt benötigen, der übernimmt auch persönlich Verantwortung, wenn es kurzfristig zum **Wiederanschwellen des Übersiedlerstroms** kommt. Wer den Menschen in der DDR heute das versagen wollte, was vor dreißig Jahren auch den Menschen im **Saarland** zugestanden wurde, der würde das Gebot der nationalen Solidarität nicht berücksichtigen.

Eine Verschiebung der Währungsunion erhöht die finanziellen Kosten der Einheit und vergrößert die bestehende **Instabilität** in Zentraleuropa. Wer die Auswirkungen einer solchen Entscheidung auf die Übersiedler durch eine Einschränkung der grundgesetzlich garantierten Freizügigkeit glaubt verhindern zu können, der negiert Verfassungsrecht und baut nach dem Abriß der Mauer eine neue Mauer auf.

Ich hoffe, und ich bin zuversichtlich, daß das Nein des SPD-Vorstands von gestern nicht das letzte Wort sein wird. Aus der Formulierung des Vorstandsbeschlusses lese ich den Willen, doch noch zu einer Lösung im Interesse der Menschen zu kommen. Der Zeitpunkt für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion darf nicht hinausgeschoben werden.

Ich erinnere daran, daß die Forderung, diese Währungsunion möglichst schnell zu verwirklichen, erstmals aus der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages gekommen war. Das Nein des SPD-Vorstands darf nicht das letzte Wort sein. Ich bin auch sicher, daß sich der Bundesrat der staatspolitischen Verantwortung, die er in den letzten Jahrzehnten immer gezeigt hat, voll bewußt ist.

Der Bundesrat hat in den letzten 40 Jahren — unabhängig von den jeweils gegebenen Mehrheitsverhältnissen — immer seine Zustimmung zu den Vertragswerken gegeben, die die Bundesregierung im nationalen Interesse ausgehandelt hatte. In den 50er Jahren war Konrad Adenauer auf die Mitwirkung der SPD-regierten Länder im Bundesrat angewiesen, als es um die Verträge zur **Europäischen Verteidigungsgemeinschaft** ging. Sie wurde ihm nicht verweigert. In den 70er Jahren konnte die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung für die **Ostverträge** die Zustimmung der Bundesratsmehrheit gewinnen.

Würde sich der Staatsvertrag mit der DDR jetzt im Gesetzgebungsverfahren verfangen, würde dies vor allem einen schwerwiegenden Vertrauensverlust im Ausland bedeuten. Wir haben unsere Nachbarn und Partner, wir haben Amerikaner, Franzosen und Engländer, vor allem auch die Staaten im Osten für unseren Weg zur Einheit gewonnen. Niemand würde uns verstehen, wenn wir sorglos mit dem uns gegebenen Vertrauensvorschuß umgingen.

Bei der jetzt begonnenen Diskussion um Nachbesserungen sollte auch eine Gefahr nicht übersehen werden: Das ganze Vertragswerk könnte entwertet werden, wenn die zentrale Aufgabe, nämlich eine freiheitliche Wirtschaftsordnung in der DDR zu begründen, nicht mehr klar erkennbar wäre. In einem ganz anderen Zusammenhang hat der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinen Memoiren an die Verstimmungen erinnert, die beim Abschluß des **deutsch-französischen Vertrages** durch die nachträgliche Aufnahme von Klauseln zu den deutsch-amerikanischen und deutsch-britischen Beziehungen entstanden sind.

Die in der letzten Woche zwischen Bund und Ländern geschlossenen Vereinbarungen sind ein Beispiel für die Lebendigkeit des Föderalismus in Deutschland. Die Stärke unserer föderalen Ordnung resultiert aus der Fähigkeit, Selbstverantwortung und Eigenständigkeit mit fester Solidarität zu verbinden, wenn es die Situation und die Aufgaben erfordern.

Auf dem Weg zur deutschen Einheit wird das **föderale Prinzip** weiter gestärkt. Als nächste Aufgabe — nach der Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion — steht noch in diesem Jahr die **Wiedererrichtung der Länder auf dem Gebiet der DDR** auf dem gesamtdeutschen Fahrplan. Zu Recht erinnerte der frühere Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß aus Anlaß der 40-Jahr-Feier der sogenannten Koblenzer **Rittersturz-Konferenz** an diese Tatsache, indem er feststellte: „Es waren die Länder, die den Bund geschaffen haben, und nicht umgekehrt.“

Es waren auch die Bundesländer, die unter dem damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard einen letzten Versuch zur Herstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage des Föderalismus unternahmen. Die Konferenz der Ministerpräsidenten in München scheiterte damals an der unnachgiebigen Haltung der sowjetischen Besatzungsmacht.

Heute stehen wir vor der großen historischen Chance, diese Einheit Deutschlands im Geiste des Föderalismus zu vollenden. Die Väter des Grundgesetzes, denen wir heute zu Dank verpflichtet sind,

Bundesminister Dr. Waigel

(A) haben mit der Formulierung des **Artikels 23** unserer Verfassung den Weg aufgezeigt, der es zunächst dem Saarland und nun auch der DDR nach erfolgter Wiederherstellung von Ländern ermöglicht, unserem föderalistischen Bundesstaat beizutreten. Die Menschen in der DDR streben heute mit großer Mehrheit das an, was die Menschen im Saarland vor rund 30 Jahren vollzogen haben: den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland.

Der **Föderalismus**, der noch vor wenigen Jahren als Hemmschuh für die Lösung der Probleme der großen Industriestaaten — von der inneren Verwaltung über die Umweltpolitik bis hin zur Bildungspolitik — bezeichnet wurde, gewinnt **immer mehr Anhänger** — nicht nur bei uns, sondern auch in ganz Europa. Die freie und friedliche Gemeinschaft unabhängiger und freier Nationen auf föderalistischer Grundlage, die Verbindung von europäischer Einheit mit regionaler und nationaler Vielfalt, die Idee vom „**Europa der Vaterländer**“, wie sie sich jetzt konkret abzeichnet, könnten zum Modell der Völkerverständigung schlechthin im nächsten Jahrtausend werden.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ist ein Dokument der Solidarität. Jede der vertragschließenden Parteien leistet ihren Beitrag, und ebenso werden beide Teile unseres Vaterlandes Vorteile aus diesem Vertragswerk ziehen.

(B) Die Deutschen in der DDR — das ist in unserer Diskussion vielleicht viel zu wenig bekannt — müssen den größten Teil der Anpassungslasten tragen. Sie gehen ein ungeliebtes, verkommenes und ineffizientes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auf. Aber auch ein solcher Verzicht bedeutet für den einzelnen Bürger erhebliche Belastungen und einschneidende Veränderungen in den Lebensbedingungen.

Es gibt keinen Anlaß, sich vor der neuen Ordnung zu fürchten. Sie ist das Versprechen von **Freiheit**, wachsendem **Wohlstand** und gefestigter **Solidarität**. Unsere Mitbürger in der DDR müssen jedoch die Ärmel aufkrempeln, müssen neu lernen, und manche müssen auch neue berufliche Aufgaben übernehmen.

Die überwiegende Mehrheit der Deutschen in der DDR ist bereit, zuzupacken und diesen Neubeginn zu wagen. Diese Mehrheit muß jetzt denjenigen widerstehen, die die Marktwirtschaft diskreditieren wollen. Der neuen Ordnung und der neuen Regierung dürfen die katastrophalen Konsequenzen **40jähriger Mißwirtschaft** nicht angelastet werden. Niemand sollte der neuen und doch alten PDS glauben, wenn sie sich als angebliche Verteidigerin angeblicher sozialer Errungenschaften der abgelösten kommunistischen Regierung aufspielt.

Die DDR wird sich — entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit — an der Finanzierung der Vereinigung beteiligen. Schon in diesem Jahr, aber auch in den kommenden Jahren wird der Staatshaushalt in der DDR unter erheblichen Anspannungen stehen. Während auf der einen Seite zunächst die Einnahmen aufgrund der Umstellung auf unser marktwirtschaftliches Steuer- und Abgabensystem nur spärlich fließen wer-

den, besteht auf der anderen Seite erheblicher Bedarf (C) an **Investitionen in die Infrastruktur und die Wirtschaftsförderung**.

Darüber hinaus müssen die **sozialen Sicherungssysteme** aufgebaut werden. Die entstehenden **Finanzierungsdefizite** — aus heutiger Sicht in diesem Jahr 33 Milliarden DM, 1991 53 Milliarden DM; anschließend gehen die Deckungslücken bis 1994 auf mutmaßlich 30 Milliarden DM zurück — sollen zu rund einem Drittel von der DDR selber finanziert werden. Diese Selbstbeteiligung ist zumutbar, weil die DDR mit rund 40 Milliarden DM — rund 13 % des Bruttosozialprodukts — eine vergleichsweise geringe Ausgangsschuldung aufweist.

Die DDR wird das frühere angeblich volkseigene Vermögen in die Finanzierung der Vereinigung insbesondere in die Neustrukturierung und Sanierung der Wirtschaftsunternehmen in der DDR investieren. Nach Angaben der DDR hat dieses Vermögen einen Wert von mehreren hundert Milliarden D-Mark; die Schätzungen gehen hier naturgemäß sehr weit auseinander.

In Artikel 26 Abs. 4 des Staatsvertrags heißt es dazu:

Es wird eine Bestandsaufnahme des volkseigenen Vermögens vorgenommen. Das volkseigene Vermögen ist vorrangig für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushalts in der Deutschen Demokratischen Republik zu nutzen.

(D) Die Mittel für die Sanierung zahlreicher Betriebe in der DDR sollen aus zwei Quellen kommen. Diejenigen Betriebe, die heute schon konkurrenzfähig sind, sollen so schnell wie möglich veräußert werden. Zusätzliche Mittel sollen durch die **Beileihung des Treuhandvermögens**, in das auch der staatseigene Grund und Boden eingebracht werden soll, erschlossen werden. Das Treuhandvermögen soll bis Ende 1990 zunächst einen Kreditrahmen von 7 Milliarden DM und für 1990 von 10 Milliarden DM erhalten.

Die **Trennung der Betriebe** und großer Teile des **Grundvermögens vom eigentlichen Staatshaushalt** der DDR entspricht marktwirtschaftlichen Grundsätzen. Wir schaffen damit einen eigenständigen Bereich, dessen Finanzierung sich nach den künftigen Wachstums- und Ertragschancen richtet.

Voraussetzung für private Investitionen aus der Bundesrepublik und den übrigen westlichen Staaten sind **gesicherte Eigentumsrechte an Produktionsmitteln** und ebenso an **Grund und Boden**. Durch die gemeinsame Erklärung in Anlage IX des Vertrags sind diese Rechte nunmehr garantiert. Für unsere Unternehmen besteht jetzt kein Hinderungsgrund mehr, geplante oder in Aussicht genommene Investitionsvorhaben in der DDR länger zurückzustellen.

Angesichts der schwerwiegenden Hypotheken der kommunistischen Mißwirtschaft, die Staat und Wirtschaft in der DDR zu tragen haben, muß der größere Teil der finanziellen Mittel für den Aufbau der Volkswirtschaft im anderen Teil Deutschlands aus der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern kom-

Bundesminister Dr. Waigel

- (A) men. Wir geben, weil wir in Einheit, Freiheit und Frieden in Deutschland und Europa investieren.

Aber wir haben keine Schulden und Schuldgefühle gegenüber der DDR abzutragen. Im Schicksal der Teilung unseres Vaterlandes hatten die Deutschen in der DDR unbestreitbar das schwerere Los zu tragen. Aber auch den Deutschen in der Bundesrepublik wurde nichts geschenkt. Was sie erreicht haben, haben sie durch eigene Arbeit und die Bereitschaft zur Anpassung erworben.

Wir sollten uns in Ost und West darauf konzentrieren, gemeinsam die **Chancen der Zukunft zu nutzen**. Wohlstand läßt sich nicht umverteilen, sondern muß Jahr für Jahr aufs neue durch Leistung verdient werden. Und zu solchen Leistungen sind die Deutschen in der DDR ebenso in der Lage wie ihre Mitbürger im Westen.

Kräftiges und dauerhaftes Wachstum in der DDR braucht vor allem **erhebliche private Investitionen** — zunächst aus der Bundesrepublik und den anderen Staaten des Westens, dann aber auch zunehmend aus Erträgen und Ersparnissen in der DDR. Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion schafft die Voraussetzungen dafür, daß dieser Investitionsprozeß in Gang kommt.

- (B) Künftig kann in der DDR fast unter gleichen Bedingungen investiert werden wie in der Bundesrepublik. Die DDR verfügt ab 2. Juli 1990 mit der D-Mark über eine stabile und international anerkannte Währung. Investoren in der DDR haben **freien Zugang zum Kapitalmarkt** der Bundesrepublik und darüber hinaus zu den **weltweiten Kapitalressourcen**. In der DDR werden mit der Wirksamkeit des Staatsvertrags die gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen wie für Betriebe in der Bundesrepublik. Und die DDR kann ab 2. Juli 1990 alle Chancen offener Absatz- und Beschaffungsmärkte in der Bundesrepublik, in der Europäischen Gemeinschaft und in aller Welt nutzen.

Neben privatfinanzierten Mitteln benötigt die DDR für einige Jahre öffentliche Mittel in beträchtlicher Höhe. Um diesen Bedarf zu decken, haben Bund und Länder in der letzten Woche die Einrichtung des **Fonds „Deutsche Einheit“** beschlossen.

In diesem Fonds werden bis 1994 insgesamt 115 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. 20 Milliarden DM wird der Bund vorab aus Einsparungen bei den Kosten der Teilung aufbringen. Die restlichen 95 Milliarden DM sollen durch Kreditaufnahme des Fonds gedeckt werden.

Bund und Länder werden zu je 50 % den Schuldendienst des Fonds für die aufgenommenen Kredite tragen. In den Länderanteil ist der Anteil der Gemeinden eingerechnet. Die **finanzielle Beteiligung der Gemeinden** soll weitgehend durch Bundesgesetz geregelt werden.

Ich bedanke mich bei den Ministerpräsidenten auch dafür, daß diese Regelung in der letzten Woche als eine sehr länderfreundliche Regelung bezeichnet wurde. Das hängt damit zusammen, daß sich aus Bayern stammende Finanzminister dem Föderalismus natürlich in besonderer Weise verbunden wissen.

(C) Meine sehr verehrten Damen und Herren, die **Kreditfinanzierung des Fonds** ist haushaltspolitisch und gesamtwirtschaftlich begründet und **gerechtfertigt**. Nach allgemein anerkannten Regeln der Finanzwissenschaft und Finanzpolitik ist öffentliche Kreditaufnahme angebracht, wenn die aufgenommenen Mittel der Finanzierung von volkswirtschaftlichen Investitionen dienen und wenn ein nur vorübergehender Finanzbedarf gedeckt werden muß.

Die Überwindung der Teilung und die Investitionen in die DDR-Volkswirtschaft werden erhebliche **Wachstumsimpulse** in Ost und West auslösen. Was wir heute in den Fonds einzahlen, wird sich schon bald in steigenden Einkommen und einer zunehmenden Zahl an Arbeitsplätzen vielfach auszahlen.

Der erhöhte Mittelbedarf ist nur vorübergehend, weil sich mit Wirksamwerden unseres marktwirtschaftlichen Steuersystems in der DDR und mit beschleunigtem Wachstum die Einnahmesituation auf dem Gebiet der DDR deutlich bessern wird. Gleichzeitig sollen und müssen die überhöhten Ausgaben im DDR-Staatshaushalt schrittweise zurückgeführt werden.

(D) Die Belastungen für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden aus der Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ beschränken sich auf eine zehnprozentige Annuitätszahlung für Zins und Tilgung. 1991 haben Bund und Länder — einschließlich der Gemeinden — jeweils **1 Milliarde DM an Kreditfinanzierungskosten** zu tragen. Ich meine, man muß das in ein Verhältnis zu der großen Summe setzen, die immer wieder genannt wird und die nicht in der richtigen Relation zu den konkreten Belastungen steht, die in den nächsten vier Jahren in den Haushalten von Bund und Ländern entstehen. Bis 1994 steigt dieser Betrag dann auf jeweils gut 4 ½ Milliarden DM an.

Der Fonds — darüber sind wir uns einig — soll keine Dauereinrichtung werden. In Abhängigkeit von den künftigen Kapitalmarktbedingungen wird er in 20 bis 30 Jahren getilgt sein.

Mit dem Fonds „Deutsche Einheit“ wird für den Zeitraum bis 1995 ein pauschalierter **Finanzausgleichsmechanismus** zwischen Ost und West geschaffen. Eine Einbeziehung der neu zu bildenden Länder in der DDR in das bestehende Finanzausgleichssystem der Bundesrepublik käme angesichts der gravierenden Unterschiede in der Wirtschaftskraft entschieden zu früh.

Obwohl sonst natürlich eingetreten wäre, was in der Bibel steht: „Geben ist seliger als nehmen“, war doch ein Großteil der Länder nicht willens und aus verständlichen Gründen auch nicht bereit, sich hier sofort als Geberländer zu betätigen. Angesichts der Situation habe ich auch dafür großes Verständnis.

Für die Zeit **ab 1995** streben wir jedoch eine **grundlegende Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen** für einen **gesamtdutschen Bundesstaat** an. Zur Bewältigung dieser Aufgabe haben sich Bund und Länder verpflichtet. Wir wollen dann auch prüfen, ob das ursprünglich für acht Jahre vorgesehene Strukturhilfegesetz noch den veränderten Gegebenheiten entspricht.

Bundesminister Dr. Waigel

(A) Ich weiß, wenn Beifall in diesem Hohen Hause üblich wäre, daß er hier nur geteilt gezollt würde. Auch das haben die Gespräche zwischen den Finanzministern und den Ministerpräsidenten in den letzten Tagen und Wochen gezeigt. Ich hätte mich jedenfalls gefreut, wenn starker Beifall von rechts gekommen wäre.

(Dr. h. c. Späth [Baden-Württemberg]: Von Baden-Württemberg und Hessen ist starker Beifall zu erwarten!)

Wegen der Vereinbarung des Fonds ist die Frage der **Umsatzsteuerverteilung** zur Zeit nicht aktuell. Die bestehende Umsatzsteuerverteilung wird zunächst bis einschließlich 1992 festgeschrieben. Aus ihrem Umsatzsteueranteil werden die Länder den auf sie entfallenden Anteil an den Kreditfinanzierungskosten des Sonderfonds aufbringen.

Bereits die Länderfinanzminister hatten gefordert, daß bis 1992 Ruhe an der Umsatzsteuerfront herrschen solle. Ich habe mich dieser Empfehlung am Anfang widersetzt, weil ich nicht glaubte, daß es uns zustünde, eine Vereinbarung zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten über Verhandlungen bereits in diesem Jahr und eine zu erfolgende Änderung im nächsten Jahr festzulegen. Aber wider Erwarten waren dann auch die Ministerpräsidenten der Meinung der Finanzminister, und es ist insofern zu dieser, wie ich meine, den Ländern gegenüber sehr großzügigen und verlässlichen Regelung gekommen. Durch die Vereinbarung des Fonds ist die Frage der Umsatzsteuerverteilung zur Zeit nicht aktuell.

(B) Mit dem **Fonds „Deutsche Einheit“** haben wir insgesamt eine faire und für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden. Eine Überforderung von Ländern und Gemeinden wird es nicht geben. Der Bund hat auch diesmal seine Gesamtverantwortung für die Finanzen aller Gebietskörperschaften unter Beweis gestellt.

Neben seinem Anteil an den Kreditkosten des Sonderfonds stellt der Bund in diesem und im nächsten Jahr insgesamt knapp 6 Milliarden DM für die **Anschubfinanzierung der Renten- und Arbeitslosenversicherung** in der DDR zur Verfügung. Die für 1990 erforderlichen Mittel werden im Rahmen des zweiten Nachtragshaushalts 1990 zusammen mit dem 2-Milliarden-DM-Zuschuß an den Fonds bereitgestellt. Den Mehrausgaben durch den zweiten Nachtrag in Höhe von 4,8 Milliarden DM stehen jedoch nach den Ergebnissen der jüngsten Steuerschätzung **Steuermehreinnahmen des Bundes** von 6,6 Milliarden DM gegenüber. Die **Nettokreditaufnahme** im Haushalt 1990 vermindert sich so von 33 Milliarden DM auf 31 Milliarden DM.

Ich gebe zu, daß die Darstellung eines solchen zweiten Nachtragshaushalts angesichts der sehr günstigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen sowie der neuen Steuerschätzungen und Steuermehreinnahmen für den Finanzminister eine durchaus erträgliche Belastung darstellt und eine, wie ich meine, recht elegante Lösung auch der Finanzierung ergibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der **Prozeß der deutschen Vereinigung** ist **finanzpolitisch** vor allem auch deshalb **verantwortlich gestaltbar**, weil sich die Bundesrepublik unverändert in hervorragender wirtschaftlicher Verfassung befindet. Mit einem

realen Zuwachs von 4 % 1989 und voraussichtlich (C) mindestens ebenso kräftigem Wachstum in diesem Jahr knüpfen wir an die wirtschaftliche Dynamik in den 50er und 60er Jahren an. Nach übereinstimmender Einschätzung fast aller nationalen und internationalen Experten ergeben sich aus der Vereinigung der beiden deutschen Volkswirtschaften und aus der Überwindung materieller und ideologischer Grenzen in Europa noch erhebliche **zusätzliche Wachstumschancen**.

Jetzt zählt sich aus, was wir in den vergangenen acht Jahren in die Grundlagen von Wirtschaft und öffentlichen Finanzen investiert haben. Wir haben für die Zukunft vorgesorgt und sind jetzt in der Lage, die Aufgaben der Gegenwart zu meistern. Umfassende Steuerentlastungen haben nicht, wie vielfach aus dem Bereich von Ländern und Gemeinden befürchtet wurde, zur Zerrüttung der öffentlichen Finanzen geführt. Im Gegenteil: Selbst im Jahre 1990 — bei Steuerentlastungen von rund 25 Milliarden DM — ergibt sich ein spürbarer Anstieg der Steuereinnahmen. Im Gegensatz zu früheren Perioden müssen die Steuerschätzer ihre Prognosen jedes Jahr nach oben korrigieren. Das ist wesentlich angenehmer als umgekehrt.

Sie kennen die **Ergebnisse der Steuerschätzung** der letzten Woche: über 8 Milliarden DM Mehreinnahmen in diesem Jahr, 28½ Milliarden DM 1991. Bis 1993 summieren sich die Mehreinnahmen auf insgesamt 114 Milliarden DM. Angesichts dieser Einnahmeperspektiven besteht keine Gefahr einer überhöhten öffentlichen Verschuldung in der Bundesrepublik (D) Deutschland.

Wir können uns der Finanzierung des Vereinigungsprozesses vor allem auch deshalb mit einiger Gelassenheit stellen, weil wir uns im Fach „haushaltspolitische Solidität“ gute Noten verdient haben:

Im letzten Jahr war das Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern und Gemeinden mit 1,1 % des Bruttosozialprodukts geringer als in irgendeinem Jahr seit 1974. Einschließlich der Sozialversicherungen ergab sich sogar ein Überschuß von 5 Milliarden DM, was in eine gesamtwirtschaftliche Berechnung eingeht.

Selbst wenn der Kreditfinanzierungsanteil der öffentlichen Haushalte am Bruttosozialprodukt bis 1991 wieder auf einen Wert von 3½ % ansteigt, bedeutet dies kein Abweichen vom erfolgreichen Pfad der Konsolidierungspolitik. Sowohl im Vergleich zu früheren Jahren als auch im internationalen Maßstab ist ein solcher Anteil, der sich im übrigen bis Mitte der 90er Jahre wieder stark verringert, nicht besorgniserregend.

Eine **Überforderung der Kapitalmärkte findet nicht statt**. Allein das Aufkommen am deutschen Kapitalmarkt beträgt jährlich rund **300 Milliarden DM**. Davon werden die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik und der DDR auch im Jahr der höchsten Beanspruchung, nämlich 1991, nur rund ein Drittel benötigen.

In den letzten beiden Jahren hat die Bundesrepublik Kapital im Nettowert von jeweils 120 Milliarden DM exportiert. Wenn wir dieses Kapital jetzt wieder

Bundesminister Dr. Waigel

- (A) verstärkt für inländische Investitionen nutzen, wird dadurch der internationale Kapitalmarkt — auf dem jährlich über **2 000 Milliarden DM** bewegt werden — nicht beeinträchtigt. Ganz im Gegenteil: Wir schaffen sogar einen **Beitrag zum internationalen Gleichgewicht**, um das uns andere Länder — nicht nur die großen, nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch die Entwicklungsländer — immer wieder gebeten haben.

Auch während des Prozesses der Vereinigung werden wir unserer Volkswirtschaft nicht mehr abfordern, als sie zu leisten imstande ist. Es wird keine Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Ansprüchen an das Sozialprodukt auf Kosten der Preisstabilität geben. Dafür werden wir gemeinsam mit der Bundesbank sorgen.

Deutschland ist auf dem Weg zur **Einheit**, zu dauerhaftem **Frieden** und **Freiheit**. Was über 40 Jahre getrennt war, wächst zu einer starken Gemeinschaft zusammen. Wir sind dabei, Staat und Gesellschaft nach den Wünschen und Vorstellungen der Bürger zu ordnen. Das Motto der Leipziger Montagsdemonstrationen: „Wir sind das Volk“ ist zum Symbol neu erlebter Demokratie geworden. Niemals zuvor in der deutschen Geschichte hatten Freiheit und Selbstbestimmung einen so hohen Stellenwert wie heute.

- (B) Mit der Ausdehnung von Demokratie und Freiheit auf ganz Deutschland erhält die Idee des **Föderalismus** zusätzliche Kraft und **neue Vitalität**. Der künftige deutsche Staat wird auf **leistungsfähigen** und **selbstbewußten Ländern** aufbauen. Die Länder werden in ihrem eigenen Bereich — und ebenso in der Mitsprache bei gesamtstaatlichen Entscheidungen — hohe Verantwortung tragen.

Was heute in Deutschland geschaffen wird, kann lange Zeit überdauern. Wir bauen ein Deutschland, das nach dem Willen seiner Bürger gestaltet wird. Wir überwinden die Teilung mit der vollen Zustimmung unserer Nachbarn und unserer Freunde in aller Welt.

Wir können den verbleibenden Weg zur deutschen Einheit mit Würde gehen. Was bisher erreicht wurde, haben wir in guter Kooperation mit den Verantwortlichen in der Regierung der DDR verwirklicht.

Wir können auch in den kommenden Monaten ohne kleinliches Gezänk und polemischen Parteienstreit in Ost und West auskommen. Es gibt ein gemeinsames Ziel aller Deutschen. Dieses Ziel erreichen wir am besten, indem wir zusammenarbeiten und immer daran denken, wie wir das Beste für die Menschen erreichen können. — Ich danke Ihnen.

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Minister Waigel!

Das Wort hat nunmehr Herr Ministerpräsident Dr. Späth (Baden-Württemberg), auch in seiner Eigenschaft als Berichterstatter des Innerdeutschen Ausschusses des Bundesrates. — Bitte schön, Herr Kollege Späth!

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst den Bericht erstatten. Nachdem die Sit-

zung des Ausschusses erst gestern abend zu Ende (C) gegangen ist, hat man den Vorsitzenden beauftragt, direkt Bericht zu erstatten. Ich will das in sehr gedrängter Form tun.

Wir haben im Innerdeutschen Ausschuß zunächst einen Bericht von Frau Bundesministerin Dr. Wilms zum Inhalt des Staatsvertrages zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion entgegengenommen. Sie hat uns die wesentlichen Überlegungen der Bundesregierung dargelegt.

Wir haben dann einen intensiven Meinungsaustausch betrieben. Diesen Teil des Berichts gebe ich zu **Protokoll** *), damit ich Sie damit nicht zu lange aufhalte, weil das Ergebnis, nämlich die daraufhin eingereichten Entschließungsanträge, insoweit ergebnislos war, als diese sich alle gegenseitig blockiert haben und der Innerdeutsche Ausschuß deshalb zu keiner Empfehlung an das Plenum des Bundesrates kam. Gleichlautende Anträge liegen Ihnen aber heute wieder zur Beratung vor. Insoweit entbehren Sie nichts.

Im übrigen hat der Innerdeutsche Ausschuß festgelegt, daß er vor der zweiten Beratung am 22. Juni hier im Plenum nochmals tagen wird. Danach werde ich Ihnen dann einen weiteren Bericht erstatten können. — Soviel zur Berichterstattung.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Einheit Deutschlands ist zum Greifen nahe. Der alte Traum eines **geeinten, freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen** Deutschlands in einem Europa des Friedens und der guten Nachbarschaft — in Ost und West — ist keine Vision mehr, sondern (D) realistischer Ausblick in eine nahe Zukunft.

Angesichts der Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate sehe ich mit Sorge, daß die Begeisterung beim Fall der Mauer, die unser Land und alle seine politischen Kräfte geeint hat, in Kleinmut und mangelnde Bereitschaft, sich der Verantwortung in dieser geschichtlichen Situation zu stellen, umzuschlagen beginnt. Wenn der Begriff „Verantwortung“ eine Bedeutung hat, dann hat er sie jetzt.

Gewiß, es gibt große **Risiken**; es gibt gewaltige **Probleme** zu bewältigen. Wir müssen diese Probleme erörtern, und wir müssen uns diesen Problemen stellen. Aber wir sollten aufpassen, damit uns nicht das Bewußtsein dafür verlorengelht, daß es hier nicht ausschließlich und nicht in erster Linie um die Risiken der Übernahme eines Unternehmens geht, sondern um das große Ziel, das in der Präambel zu unserem Grundgesetz vorgegeben ist: Es geht um die Einheit Deutschlands und Europas. Dies alles müssen wir in der gegenwärtigen Diskussion über die jetzt vereinbarten konkreten Schritte hin zu diesem Ziel bedenken.

Ich will noch zwei weitere Gesichtspunkte nennen, die wir uns vor Augen halten müssen: Dies ist ein zwangsläufiger Prozeß. Seine innere Konsequenz und Dynamik ergeben sich gerade aus der Unnatürlichkeit und den Begleiterscheinungen der deutschen Teilung. Nie zuvor — auch das gehört zu unseren Überlegungen — waren die **Rahmenbedingungen** inner-

*) Anlage

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg)

- (A) halb und außerhalb unseres Landes, um dieses Ziel zu erreichen, so **günstig** wie in diesen Tagen. Nie zuvor war unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit größer — der Bundesfinanzminister hat das gerade noch einmal dargestellt —, um den vor uns liegenden Anpassungs- und Umstrukturierungsprozeß zu bewältigen. Und nie zuvor — ich glaube, auch das darf man heute einmal feststellen — waren die weltpolitischen Konstellationen für uns günstiger als heute.

Wir treffen heute auf eine breite Zustimmung, und wir treffen auf ehrliche Unterstützung bei dem Ziel, die deutsche Einheit zu vollenden. Dies gilt für die Vier Mächte ebenso wie für unsere NATO- und unsere EG-Partner. Der Stand der **Zwei-plus-Vier-Verhandlungen** zeigt die **Bereitschaft zum Kompromiß** und den klaren Willen, zügig zu positiven Ergebnissen zu kommen.

Die EG-Partner wissen, daß der deutsche und der europäische Einigungsprozeß keine Gegensätze sind. Im Gegenteil: Nur die rasche Lösung der deutschen Vereinigung schafft die Voraussetzung, um die Fahrpläne zur europäischen Integration überhaupt einhalten zu können. Der **Gipfel in Dublin** und die **französisch-deutsche Initiative** zur Beschleunigung des politischen Einigungsprozesses in Europa belegen dieses Einvernehmen und diese Unterstützung unserer europäischen Partner. Sie machen deutlich, daß die Einigung in einem Klima der Aufgeschlossenheit, der guten Nachbarschaft und der europäischen Partnerschaft vollzogen werden kann.

- (B) Ich meine deshalb, es wäre fatal, wenn jetzt angesichts einer innenpolitischen Diskussion, welche sich zunehmend auf Probleme des Übergangs und Kritik an Detailregelungen beschränkt, bei unseren Partnern der Eindruck entstünde, den Deutschen sei es gar nicht so ernst, zumindest aber gar nicht so eilig mit der Einheit, die sie mehr als 40 Jahre nachdrücklich gefordert haben.

Natürlich müssen wir mit Übergangsproblemen rechnen, und natürlich müssen wir uns ernsthaft mit ihnen und alternativen Lösungsmöglichkeiten auseinandersetzen. Dies wollen wir auch gerne tun. Aber diese Übergangsprobleme sind zu bewältigen, und wir müssen sie bewältigen, weil niemand ihnen entgegen gehen kann.

Zweifelloos werden sie uns große Anstrengungen abverlangen. Aber der dafür notwendige hohe finanzielle Einsatz relativiert sich sehr schnell, wenn wir ihn mit den Kosten vergleichen, die uns die deutsche Teilung von 1945 bis 1990 auferlegt hat und die nicht nur in Geld, sondern auch und vor allem — daran sollten wir einmal erinnern, weil das nicht bilanzierbar ist — in menschlichen Tragödien, zerrissenen Familien und Menschenleben zu beziffern sind. Wer redet heute noch vom **Schießbefehl** an der Mauer? Das läßt sich nicht bilanzieren. Aber welcher Preis ist angemessen, wenn man über die Frage nachdenkt: Welche finanziellen Opfer sind gerechtfertigt und welche nicht? Die Überwindung der Teilung, die Beseitigung der Mauer sind keine Frage von Angebot und Nachfrage.

Natürlich kann sich keiner von uns auf die Dynamik und die Schnelligkeit dieser Entwicklung in Ruhe ein-

stellen. Deshalb habe ich Verständnis für alle, denen bei diesem Tempo nahezu schwindelig wird. Nur: Hüten wir uns — vor allem wir, die wir politische Verantwortung tragen — vor der Illusion, daß die Geschwindigkeit dieser Entwicklung beliebig gedrosselt werden könnte! Die Dynamik dieses Prozesses entsteht von innen heraus. Wir wissen doch alle: Das **Tempo der Entwicklung** bestimmen letztlich nicht wir, sondern es wird **durch die Situation und die Menschen in der DDR bestimmt**.

Erinnern wir uns an die Spruchbänder und Parolen bei den Großdemonstrationen zu Beginn dieses Jahres! Ich will vor allem an ein Plakat erinnern: „Kommt die D-Mark, bleiben wir; kommt sie nicht, dann gehen wir.“

Nicht weil ich recht behalten will, will ich an meine Ausführungen hier an diesem Platz am 16. Februar dieses Jahres erinnern, als ich sagte: Die Frage, ob die Leute weggehen, entscheidet sich ausschließlich drüben und nicht hier. Dies hat übrigens damals auch der Kollege Oskar Lafontaine so gesehen.

Deshalb trete ich für Schritte zur **raschen Vereinigung** ein, weil das, was jetzt als Währungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltunion vereinbart wird, unsere Zukunft endgültig aneinanderbindet und zu einer gemeinsamen macht. Vielleicht sollte man im Hinblick auf die Diskussion der kommenden Wochen einmal in aller Deutlichkeit sagen: Bei jetzt zwangsläufig auftauchenden Problemen, vor allem in der DDR, darf nicht mehr die Stimmung entstehen: wir hier in der Bundesrepublik und die dort in der DDR. Wie wollen Sie das denn aufrechterhalten, wenn wir nur noch darüber streiten, zu welchem Zeitpunkt unstrittig die Wiedervereinigung erfolgen wird? Die Optimisten sehen sie schon in diesem Jahr, die Pessimisten am Ende nächsten Jahres. Wie wollen wir denn in dieser Phase, in der wir eigentlich wissen, daß wir in zwei Jahren über unser gemeinsames Land sprechen werden, noch davon reden: Wir können oder wir können nicht; die drüben sollen, müssen, dürfen, denen erlauben wir etwas?

Ich glaube, es ist an der Zeit, daß wir darüber reden: Dies sind unsere **gemeinsamen Probleme**, und wir können sie nur **gemeinsam bewältigen**.

Ich halte es für einen akademischen Streit, wenn wir noch darüber diskutieren, wer in den Jahren 1991, 1992 oder 1993 welche Schulden aufnehmen wird, ob die DDR sie aufnimmt oder ob wir sie aufnehmen. Auch die Frage, wer Vermögensverwertung betreibt, wird letztlich ebenfalls eine Sache sein, die wir nicht mehr in „hier“ und „dort“ einteilen können.

Der Weg, den die Bundesregierung mit diesem Vertrag gegangen ist, ist der einzig mögliche, und er ist ein **Weg ohne Alternative**. Ich möchte alle diejenigen, die ihn für falsch halten, bitten, uns einmal die Alternativen aufzuzeigen. Ich bin sehr gespannt zu hören, wie denn die Alternative zu diesem Weg aussehen soll. Ich bin aber nicht nur der Meinung, daß das ein Weg ohne Alternative ist; ich bin auch der Ansicht: Es ist der richtige Weg.

Erinnern wir uns einmal an die Vorgänge, auch wenn sie erst kurze Zeit zurückliegen! Erinnern wir uns an unsere Begeisterung, als die Mauer fiel, an

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg)

- (A) unsere Reden hier im deutschen Bundesrat am 10. November vergangenen Jahres! Ich habe sie noch einmal nachgelesen und will nur aus einer zitieren, und zwar aus der unseres Präsidenten. Herr Kollege Momper hat in jener Sitzung ausgeführt:

Gestern nacht war das deutsche Volk das glücklichste Volk auf der Welt.

Und weiter – ich finde, das ist noch einmal lesenswert –:

Hohe Lasten und große Probleme werden auf alle Länder der Bundesrepublik Deutschland zukommen. Das wissen wir wohl. Aber wenn wir nie vergessen, welches Leid diese Mauer verursacht hat, und wenn wir uns stets die glücklichen Gesichter und die Freude von gestern Abend in Erinnerung rufen, dann, so denke ich, werden wir diese Herausforderung gemeinsam meistern und unserer Verantwortung als Landesregierungen auch gerecht werden.

Ich meine, heute ist ein Tag, an dem wir zum erstenmal das wahrnehmen müssen, was der Bundesratspräsident gefordert hat, nämlich uns die glücklichen Gesichter in Erinnerung zu rufen, damit wir nicht vergessen, worum es eigentlich geht, und damit wir uns jetzt nicht kleinkrämerisch auseinandersetzen, sondern den Schwung wiederaufnehmen, den er uns damals in seiner großen Rede am 10. November vermittelt hat.

- (B) Ich will auch an unsere Hoffnung erinnern, daß die Alliierten, unsere europäischen Partner und unsere Nachbarn, z. B. die Polen, bereit sein würden, den Deutschen die Chance der Wiedervereinigung zu geben.

Außerdem will ich an den **Übersiedlerstrom** und an unsere gemeinsame Sorge hier in diesem Hause erinnern, dieser Strom könnte die Entwicklung destabilisieren und die Chancen der Freiheit und der friedlichen Revolution wieder gefährden.

Erinnern möchte ich auch an die Diskussion in diesem Hause über die **Beendigung des Notaufnahmeverfahrens**. Erinnern wir uns an die Befürchtung vor allem der Kollegen aus den sozialdemokratisch regierten Ländern, aber auch an unsere eigenen, ob nicht die späte Aufhebung des Notaufnahmeverfahrens – so haben wir seinerzeit gesagt – nochmals ungeahnte Zahlen von Übersiedlern anlocken könnte! Was ist tatsächlich eingetreten? Mit der Ankündigung der Währungsunion und der Erklärung: „Die D-Mark kommt am 1. Juli“ ging der Übersiedlerstrom sofort zurück: im Januar auf 70 000, im April auf 24 000 und im Mai bis jetzt auf 5 000 Übersiedler.

Dabei hat sich schon bestätigt, daß der einzige Weg, den wir gehen können, der ist, drüben zu helfen, drüben die D-Mark anzubieten, die Währungs- und Wirtschaftsunion durchzuführen und nicht nur zu versprechen. Wie wurde darüber spekuliert, ob die Bundesregierung nur etwas verspreche? Kritisch wurde von führenden Politikern vor allem der Sozialdemokraten angemerkt: „Es ist unmöglich, daß ihr die Voraussetzungen so kurzfristig schafft.“ Aber wer sie eingefordert hat, wer den Bundeskanzler gemahnt hat, sein Versprechen einzuhalten, der sollte jetzt nicht Kritik

an der Tatsache üben, daß dies nur mit einer Gewaltanstrengung ging. Wer wollte das bestreiten? Ich meine: Wer jetzt kritisiert, der muß über das nachdenken, was vorher geschehen ist.

Die Richtigkeit des von der Bundesregierung gewählten Weges hat sich bestätigt. Diese hat trotz des Zeitdrucks ihr Versprechen eingehalten, und sie hat zusammen mit der Regierung der DDR, mit einer großen Regierungs-Koalition in der DDR, die Voraussetzungen für diesen Vertrag geschaffen.

Die Tatsache, daß im Grunde niemand mehr daran zweifelt, daß dieser Staatsvertrag förmlich festgelegt und wir alle davon überzeugt sind, daß der Weg zur Vereinigung über den Artikel 23 des Grundgesetzes führen wird, läßt uns auch in der Zukunft rasch vorankommen.

Mit diesem Weg wird unser **Grundgesetz** – und warum sollen wir nicht nach 40 Jahren mit einem gewissen Stolz sagen, daß es als vorbildliches Grundgesetz einer freiheitlichen und demokratischen Staatsverfassung gilt? – **Grundlage für die gesamte Rechtsordnung in Deutschland**. Deshalb gibt es keinen Anlaß, in diesem Zusammenhang in eine neue grundlegende Verfassungsdiskussion einzutreten.

Aber mit dem Hinweis auf Artikel 23 ist auch das Interesse der Länder an einer **föderalen Struktur** gewahrt, wie sie in unserem Grundgesetz festgelegt ist und wie wir sie alle hier überzeugt vertreten. Zusammen mit dem klaren Willen der DDR-Regierung, der Volkskammer und der Menschen in der DDR, die alten Länder wiederherzustellen, ist damit auch dieser von uns gewollte **Bundesstaat Deutschland** in seinen Konturen vorgezeichnet. Die beiden deutschen Regierungen haben damit einen guten Vertrag rasch ausgehandelt und im Interesse der Deutschen in beiden Staaten gehandelt.

Was für die Länder besonders wichtig ist – das sollten wir heute noch einmal betonen – ist: Wir stehen vor einer anderen Situation, weil – anders als 1945 – nach dem Grundgesetz der Bund verhandlungsberechtigt war. Die Verhandlungen waren schwierig, und man kann über die Beteiligung der Länder immer wieder kritisch diskutieren. In zwei fundamentalen Fragen aber sind unsere Interessen gewahrt:

Erstens. Fest steht, wenn der Weg über Artikel 23 gewählt wird, daß nur ein Bundesstaat in Frage kommt. Außerdem ist sichergestellt, daß die Länder in der DDR neu geschaffen werden und damit unser wichtigstes Anliegen erfüllt wird: Dieser neue deutsche Staat muß ein **föderaler Staat** sein, er muß unsere Interessen wahren.

Ich sage zu einigen Diskussionen über die Stellung der Länder: Ich freue mich darüber, wie stark unsere gemeinsame Position zur Verteidigung der Länder ist. Ich freue mich über neue Diskussionen in bezug auf **Länderneugliederungen**. Als Ministerpräsident des einzigen neugegliederten Landes nach 1945 wünsche ich allen großen Erfolg bei weiteren Anstrengungen auf diesem Gebiet.

(Heiterkeit)

Baden-Württemberg kann mit Erfahrungen und mit Ratschlägen dienen; aber wir mischen uns nicht ein.

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg)

- (A) Wir beobachten mit großem Interesse, mit welchem Elan dieselben, die 1976 die Diskussion über eine Länderneugliederung in der Bundesrepublik dadurch beendet haben, daß sie eine entsprechende Forderung des Grundgesetzes aufgehoben haben, jetzt plötzlich entdecken, daß angesichts der großen Schwierigkeiten der Länderneugliederung in der DDR die vereinigten Schwierigkeiten diesen Prozeß gewaltig erleichtern könnten. Ich sage dazu lediglich: Nur Mut, nur zu!

(Heiterkeit)

Aber ich sage zweitens mit großem Ernst: Wir alle hatten Sorgen wegen der **Kosten der deutschen Einheit**, vor allem zu einem Zeitpunkt, als der Bund erklärte: „Wir schaffen das ohne Steuererhöhungen!“ Ich habe lange zu den Skeptikern gehört. Ich sage immer: Ich will nichts ausschließen, wenn es um Opfer für die deutsche Einheit geht. Es gibt gegenwärtig keinen Anlaß, über das Thema „Steuererhöhungen“ zu diskutieren. Aber ich würde sie auch nicht ausschließen, wenn man den Bürgern erklären müßte, daß man solche Opfer braucht, weil ich nicht der Meinung bin, daß wir den Bürgern sagen müssen: „Dies alles ist ohne Opfer möglich.“ Aber noch sind wir in der glücklichen Lage, daß wir dies nicht zu sagen brauchen.

- (B) Dann haben wir Angst gehabt — räumen wir das doch ein! —, daß der Bund mit dieser Festlegung die Länder in die Pflicht nehmen könnte, und zwar in einem Ausmaß, bei dem wir bei der Erfüllung unserer Aufgaben in Schwierigkeiten gekommen wären. Eines sollten wir jedoch hier feststellen: Das, was uns der Bund angeboten hat, und das, was wir gemeinsam festgelegt haben, ist für die Länder nicht nur eine faire, sondern auch eine gute Lösung. Und natürlich — reden wir nicht darum herum! — ist die gefundene Lösung eine **Kreditlösung**. Durch den Fonds werden die finanziellen Lasten zunächst auf etwa 30 Jahre, nämlich die Laufzeit des Annuitätsdarlehens, verteilt. Das hat seine Berechtigung; denn die Vorteile, die durch die Vereinigung entstehen, nämlich der Abbau der teilungsbedingten öffentlichen Lasten und das zusätzlich in Deutschland zu erwartende Wachstum, kommen erst über längere Zeit zur Wirkung, während die großen **Anpassungslasten** jetzt entstehen. Es wäre doch nicht vernünftig, die großen Anpassungslasten der wenigen Jahre gewissermaßen innerhalb einer kurzen Frist dem Steuerzahler zuzumuten, wenn klar ist, daß in einer zweiten Phase — das bestreitet eigentlich auch niemand — außerordentliche Wachstumsraten gegen diese Entwicklung stehen können.

Der Bund will nun, daß die Länder und Gemeinden im Ergebnis die **Zins- und Tilgungslasten** für einen bis 1994 auf 47,5 Milliarden DM anwachsenden Darlehensbetrag übernimmt. Das ist das wirtschaftliche Ergebnis. 1990 sind dies null D-Mark. Wir brauchen nicht mehr in unsere Haushalte einzugreifen. 1991 sind es 1 Milliarde DM für alle Länder und Gemeinden und ab 1995 4,75 Milliarden DM pro Jahr.

Die **Steuereinnahmen** — das sei dagegengestellt — werden allein im Jahre 1991 für Länder und Gemeinden um 15,3 Milliarden DM über die letzte Steuerschätzung hinaus **wachsen**. Das heißt: Wenn wir den Höchstbetrag von 4,75 Milliarden DM nehmen, dann

haben wir Steuereinnahmen in Höhe von mehr als dem dreifachen Betrag. Und da sich dieser Basiseffekt fort-schreibt, konnte niemand von uns damit rechnen, daß wir im Grunde ein Drittel des Zuwachses an Steuern im Endbetrag abgeben würden. Dies ist die ganze Last, die die Länder tragen. (C)

Ich will unsere Haushaltsschwierigkeiten hier nicht herunterspielen. Wir haben genügend Probleme mit der Unterbringung von Übersiedlern und Umsiedlern, mit Asylanten, dem benötigten Wohnraum, den Finanzierungslasten des sozialen Wohnungsbaus. Das will ich alles nicht bestreiten. Aber wir hätten unsere Haushalte auch ohne die Steuermehreinnahmen ausgleichen müssen. Niemand kann also behaupten, der Bund beanspruche hier die Länder über Gebühr.

Ein Zweites! Der Bund war in diesem Zusammenhang bereit, die **Verteilung der Umsatzsteuer** zwischen ihm, den Ländern und Gemeinden bis 31. Dezember 1992 **festzuschreiben**. Nachdem das feststeht, brauchen wir nicht zu verhehlen, daß wir eigentlich die Sorge hatten, daß unsere Position bei einer Diskussion zwischen Bund und Ländern über die Deckungsquoten — ich will es einmal vorsichtig umschreiben — es uns nicht erlaubt hätte, größere Beträge vom Bund anzufordern. Jetzt denken Sie einmal an die Diskussion, die über die **Umsatzsteuerneuverteilung** geführt worden ist! Dann kommen Sie wahrscheinlich zu dem Ergebnis, daß wir möglicherweise schlechter abgeschnitten hätten, wenn die Umsatzsteuerneuverteilung in die Erörterungen über die Lösung der deutschen Frage nicht auch noch hineingebracht worden wäre. (D)

(Zuruf Dr. h. c. Rau [Nordrhein-Westfalen]:
Hier spricht ein Schwabe!)

— Wenn ich das als Schwabe sage, dann kann selbst der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen dem getrost zustimmen.

Dabei bleiben die **Bundesergänzungszuweisungen** zumindest der Höhe nach umstritten. Von den **Infrastrukturhilfen** will ich lieber nicht reden; diese bleiben nicht nur in der Höhe, sondern auch dem Grunde nach umstritten.

Was ich aber für noch wichtiger halte, vielleicht sogar für das wichtigste in den Vereinbarungen: Der **Bund übernimmt** durch die Festlegung, daß die künftigen Länder der DDR bis 1995 nicht am Länderfinanzausgleich teilnehmen, das alleinige, volle **Risiko** für die **Fehlbeträge** in der DDR auf allen Ebenen. Der Bund übernimmt dieses Risiko zu einer Zeit, in der auf dem Gebiet der DDR bis 1995 durch die Umstellung der Wirtschaft die geringsten Steuereinnahmen, gleichzeitig aber die höchsten Soziallasten — „Anschubfinanzierung“ — und die größten Anlaufinvestitionen im Infrastrukturbereich entstehen. Wer diese drei Komponenten zusammennimmt, der kann nur sagen: Es ist uns leichtgefallen, diesem Konzept zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, die Konjunktur kommt uns zur Hilfe. Die rasch wachsenden Steuereinnahmen lassen wirklich erwarten, daß wir die Finanzla-

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg)

- (A) sten ohne steuerliche Maßnahmen werden tragen können.

Ein weiterer Aspekt, der Gegenstand der Diskussion war, scheint mir besonders wichtig zu sein; er findet in der Öffentlichkeit ebenfalls zuwenig Beachtung: Der Bund übernimmt diese Finanzierung ohne Inanspruchnahme unseres Sozialsystems. Er stellt die Mittel für die DDR aus dem Bundeshaushalt und dem Fonds zur Verfügung. Das ist deshalb wichtig, damit unsere Rentner und unsere Arbeitnehmer wissen, daß ihre **kollektiven sozialen Sicherungssysteme nicht angetastet** werden. Ich halte das für wichtig; denn unsere Bevölkerung ist beunruhigt und fragt sich, ob die Renten sicher sind und ob Arbeitslosigkeit bei uns ausreichend finanziert werden kann, wenn die DDR jetzt dazukommt.

Die Tatsache, daß die Bundesregierung klar gesagt hat: „Diese Systeme werden nicht angetastet“, halte ich für wichtig. Lassen Sie mich aber in diesem Zusammenhang eine Warnung an diejenigen richten, die jetzt Beitragssenkungen fordern: Das paßt nun wirklich nicht zusammen, eine Woche mit Steuererhöhungen zu drohen und in der nächsten Woche Beitragssenkungen zu fordern. Seien wir doch froh, daß wir in unseren Sozialkassen endlich wieder Reserven haben!

- (B) Jetzt muß ich sagen: Reserven in einer Zeit, zu der wir das Problem der **demographischen Kurve** der Deutschen und auch die **Probleme der Pflege** und deren **Finanzierung** noch nicht gelöst sind, sind wichtig. Ich halte es für wichtig, daß wir uns darüber unterhalten. Baden-Württemberg hat dazu im Bundesrat bereits eine Initiative ergriffen. Ich möchte, daß wir uns über die Lösung unserer Pflegeprobleme in der Bundesrepublik unterhalten und jetzt nicht über Beitragssenkungen reden, schon gar nicht in einem Jahr, in dem die Löhne um 5 bis 6 % steigen, die 35-Stunden-Woche angepeilt wird und jeder durch die Steuerentlastung zusätzlich 3 % bekommen hat.

Wir diskutieren über diese Frage in einem Jahr, in dem die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer um durchschnittlich rund 8 % wachsen und die Sozialsysteme noch gewisse Reserven ansammeln können. Dazu sage ich nur: großartig und Gott sei Dank! Ich sage nicht, daß wir für all das — im positiven Sinne — verantwortlich wären. Aber in dieser Zeit haben wir die Chance, diese großen Probleme, wenn überhaupt, auch volkswirtschaftlich leicht zu lösen. Stellen Sie sich einmal vor, dieser Zustand wäre zu Beginn der 80er Jahre bei einem Minuswachstum eingetreten, und wir hätten dann über die Lasten der deutschen Vereinigung diskutieren müssen! Deshalb weiß ich auch nicht, warum wir es jetzt nicht so pakken sollten, wie es vorgezeichnet ist.

Eines steht fest: Wir werden **gewaltige Umstrukturierungsschwierigkeiten** bekommen. Ich habe volles Verständnis dafür, daß eine große Diskussion darüber eingesetzt hat, mit welchen Methoden man diese sozial abfedern kann. Ich warne allerdings davor, daß wir jetzt darangehen, etwa in der Weise zu diskutieren: Nur durch eine Dauersubvention in fast allen Bereichen können wir diesen sozialen Wandel abfedern. — Dazu kann ich nur sagen: Wer das versucht,

der bereitet eine Finanzlast vor, für die er dann auch eintreten muß.

Ich glaube, den Menschen drüben ist damit nicht geholfen. Ich habe überhaupt große Zweifel, ob die Idee einer **Treuhandgesellschaft**, nämlich alle **Kombinate zusammenzufassen** und dann über **Beteiligungen** sowie **Privatisierungen** zu verhandeln, nicht zu einem großen Bürokratenkrieg führt, der nicht weiterführt. Hier sollten wir uns an den Aufbau der Bundesrepublik erinnern, nämlich: **Dezentralisierung**, runter auf die kommunale und die regionale Ebene. Ich erinnere daran, daß wir in der Bundesrepublik einmal über den drohenden Konkurs eines großen Unternehmens diskutiert haben. Dabei hat sich gezeigt, daß es für die Betriebsstätten nicht schwierig war, schnell Partner zu finden. Es war aber hoffnungslos für das Unternehmen, einen Partner zu finden.

Ich sage voraus: Es wird in vielen Fällen nicht schwierig sein, auf der regionalen und lokalen Ebene für einzelne Betriebsstätten neue Investoren zu finden. Es wird aber hoffnungslos sein, über die großen Kombinate zu verhandeln. Deshalb meine ich, es ist unsere Aufgabe — lassen Sie mich das offen ansprechen —, auf der Ebene, die uns zugänglich ist, der lokalen und der Länderebene, mit unseren Partnerschaften dazu beizutragen, daß es bald überall losgeht. Dazu müssen wir, glaube ich, folgendes sehen: Der erste **Nachfrageboom**, der nicht importiert werden kann, sind **Bauleistungen**. Deshalb sehe ich drei wichtige Dinge, die schnell Beschäftigung schaffen:

- Erstens. Ich weiß nicht, ob wir der DDR nicht nachdrücklich empfehlen sollten — wir können und wollen dies nicht verlangen —, wenn sie schon ankündigt, was sie wahrscheinlich auch ankündigen muß, daß die **Mieten** bis 1991 die **Kostenebene** erreichen müssen, jetzt das Sparkapital ihrer Bürger umzuwandeln und an eine Verteilung des Volkvermögens vor allem bei den Siedlungswohnungen heranzugehen. Sie sollte die **gemeinnützige Wohnungswirtschaft**, die wir abgeschafft haben, **wiedereinführen**. Dafür gelten nicht dieselben Spielregeln wie bei uns. Ich bin hier wirklich für Genossenschaftseigentum und für ein Wohnungseigentumsgesetz. Man solle den Mietern die Wohnungen überlassen, von mir aus für den Teil des Spargeldes, der nicht zu einem Kurs von 1 : 1 gewechselt wird.

Dann werden wir folgendes erleben: Nichts bringt die Baudienstleistungen so in Schwung wie einige Millionen Wohnungseigentümer, die sofort eine Einbauküche, Teppichboden oder eine Isolierung in Auftrag geben. Damit schaffen sie Nachfrage, während der Kauf von Fernsehgeräten, Autos und aller sonstigen Gegenstände, die jetzt aus dem Westen importiert werden, die Wachstumsrate bei uns wahrscheinlich wieder über 4 % drücken wird. Das wichtigste ist, daß Baubeschäftigung entsteht. Das könnte mit einem solchen Akt erreicht werden, indem man beispielsweise nicht auf dem Gebiet der DDR Lebenden sogar untersagt, Wohnungen zu kaufen. Das wäre ein erster Schritt.

Ein zweiter Schritt wäre, daß wir der DDR sagen, sie solle eine **Privatisierung** durchführen. Ich finde, das ist ein wichtiger Punkt in dem gesonderten Papier zum Eigentum. Die DDR sollte bei den Dienstleistun-

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg)

(A) gen, den Investitionen, den Städten auf der unteren Ebene beginnen und z. B. **Grundstücke verkaufen**. Über die Preise könnte von mir aus nachverhandelt werden. Aber was glauben Sie wer alles in die **Herrichtung** schöner **alter Gebäude** in den Städten investieren wird, wenn er einen zehnjährigen Mietvertrag bekommt? – Das wichtigste wäre, wenn jetzt alle diejenigen, die Bankfilialen, Gaststätten, Kaufhäuser, Gott weiß was, Läden usw. einrichten wollen, alte Gebäude kaufen und sie sofort instandsetzen könnten. Dadurch entstünde die zweite große Nachfrage-
welle nach Arbeitsplätzen in der DDR.

Wenn jetzt die Kommunen – hier sollten wir uns einschalten und helfen – die Gelder aus dem Erlös von Grundstücksverkäufen nehmen und damit **Infrastrukturmaßnahmen** finanzieren, führt das zur dritten großen Nachfragerwelle in der DDR selbst. Das ist der Boom, der schnell erzeugbar ist. Der Boom der Produktion wird erst in zwei oder drei Jahren kommen, weil alle Betriebe umgestellt werden müssen. Daraus werden auch die Schwierigkeiten entstehen.

(B) Deshalb ist es richtig, daß 7 Milliarden DM aus unseren Zahlungen plus ERP-Kredite zur Verfügung stehen, damit wir im Einzelfall durch Kredite abfedern, Liquiditätshilfen geben oder – was ich für noch viel wichtiger halte – Neugründungshilfen geben können. Es wäre gut, wenn es auf der kommunalen Ebene einen Zusammenhang zwischen der Arbeitsverwaltung und der Übernahme von Leuten, die aus Betrieben kommen, durch **Beschäftigungsgesellschaften** der Kommunen gäbe. Die Betriebe sollten nicht mit Subventionen gehalten und damit der Restrukturierungsprozeß behindert werden, sondern dort, wo restrukturiert wird, sollten die Menschen, die dort nicht mehr beschäftigt werden können, von Beschäftigungsgesellschaften übernommen werden. In den Städten und Gemeinden könnte sehr viel geleistet werden, von der Wiederherrichtung von Krankenhäusern bis zu Kindergärten und öffentlichen Einrichtungen der Infrastruktur. Man könnte die große **Aufbruchstimmung** – Stichwort: „Wir helfen dabei mit, unser Land in Ordnung zu bringen“ – mit Weiterbildung, und **Qualifizierung** kombinieren und die Gelder aus den Verkaufserlösen in die Ausbildung und Qualifizierung der Menschen stecken. Das wäre ein Prozeß, der die Aufbruchstimmung erzeugt, die wir brauchen.

Ich bin dafür, daß wir dabei abfedern und mithelfen. Ich bin nicht für die bloße Anwendung der Arbeitslosengesetze, wenn jemand auf der Straße liegt. Das macht die Leute kaputt. Wenn wir ihnen sagen: „Ihr werdet alle auf der Straße liegen“, aber keine Ideen haben, wie wir ihnen unsere solidarische Hilfe anbieten können, entsteht eine miese Stimmung auf beiden Seiten. Ich kann alle nur warnen, die meinen, mit dieser miesen Stimmung könnte man Politik in Deutschland machen, in einer Phase, in der die Menschen Hoffnung, Unterstützung und Ansprache wünschen.

Dann haben wir auch das Recht, die Verwertung des Vermögens der DDR einzuklagen. Wenn wir in der vorgesehenen Größenordnung finanziell helfen, wenn wir drüben praktisch helfen, wenn wir dort, wo Betriebe ihre Ausbildung wegen mangelnder Rentabilität einstellen, Berufsschulen einrichten, jeder in

seiner Partnerregion, und dabei helfen, dort ein Berufsschulwesen aufzubauen, wenn wir das alles tun dann können wir auch verlangen, daß die DDR zur Finanzierung ihre Vermögenssubstanz einsetzt. Dann können wir natürlich auch verlangen, daß das **SED-Vermögen** – darüber haben wir gestern diskutiert: hier gibt es keine Probleme zwischen den Parteien --, daß die Altvermögen, die aus dem Volksvermögen kommen, dem Volk auch zurückgegeben werden. Dann werden wir für viele Fragen, die Sie aufgeworfen haben, Lösungen, zumindest Lösungsansätze, finden. In diesem Fall wird sicherlich der eine oder andere Briefwechsel noch möglich sein.

Die Frage, die ich am Schluß stellen möchte und die wir hier erörtern müssen, lautet, ob wir gemeinsam versuchen wollen, das aus dem Staatsvertrag abzuleiten, was jetzt unsere Pflicht ist, ob wir unsere **föderativen Werte in Engagement** in der DDR umsetzen und den Leuten Hoffnung machen wollen, damit sie nicht vier Wochen lang bangen müssen, ob sie den Vertrag bekommen oder nicht, ob die D-Mark kommt oder nicht, und sie auf diese Weise in weitere Zweifel stürzen, oder ob wir ihnen sagen: „Jetzt sind die Grundlagen gelegt, jetzt laßt uns gemeinsam miteinander reden!“

Wir haben die ersten dreißig Stellen in unseren Haushalt für Leute eingesetzt, die wir als Berater in unsere Partnerregion schicken wollen, damit im **Berufsschulwesen**, in der **Bauverwaltung**, der **Stadtplanung**, damit überall etwas geschieht. Sollen wir diese Leute jetzt hinüberschicken, um den Menschen dort zu erläutern, daß die D-Mark am 1. Juli möglicherweise nicht kommt?! – Ich kann dazu nur sagen: Wer die Menschen aus der Unsicherheit befreien will, tut human mehr, als wenn er hier beckenmesserisch aufzeigt, was alles noch hätte geändert oder verbessert werden müssen.

Ich meine – jetzt erinnere ich wieder an unseren Präsidenten –: Lassen Sie uns den Schwung vom 10. November umsetzen! Ich möchte den Kollegen von der SPD sagen: So, wie ich Sie alle kenne, weiß ich, daß auch Sie jetzt am liebsten drüben mitarbeiten würden, etwas daraus machen würden. Es tut mir auch leid, daß Sie jetzt kritisieren und alles in Frage stellen müssen.

(Heiterkeit)

Aber wenn der 22. Juni vorüber ist, noch ein bißchen „Lack“ an den Vertrag kommt und er dann über die Bühne gebracht ist, dann helfen wir drüben gemeinsam und zeigen, was wir, ohne Rücksicht auf die Parteien, gemeinsam können.

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Kollege!

Das Wort hat nun der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege Dr. Rau. – Bitte schön, Herr Kollege!

Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Späth hat es mir mit dem fröhlichen Schluß seiner Rede leichtgemacht.

Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

- (A) Ich war insgesamt von ihm schon so beeindruckt, weil er die Bundesregierung lobte

(Dr. h. c. Späth [Baden-Württemberg]: Das soll schon einmal vorkommen!)

— was wir außerhalb von Wahlkämpfen gelegentlich erleben —, daß ich jetzt, da er uns am Schluß mit einer polemischen Pointe dazu aufforderte, doch die Beckmesserei zu unterlassen, gerne sagen würde: Es ist schon gut, wenn wir von Gemeinsamkeit reden. Es ist gut, wenn wir die deutsche Einheit als eine Sache aller ansehen: aller Parteien, aller politischen Kräfte, aller Gebietskörperschaften.

In der Tat, die **größte Herausforderung**, vor der wir **seit 1949** stehen, ist dieser **Weg zur Einheit**. Aber wenn er das ist, dann werden wir auch miteinander darüber sprechen, wann man denn die Gemeinsamkeit postuliert, wann man denn die SPD fragt: „Ist das Ihr letztes Wort?“ Wenn man diese Frage stellt, wenn man selber sein letztes Wort schon gesprochen hat, und wenn man selber sagt: „Darüber läßt sich nun nicht mehr reden; Bundesrat, friß oder stirb!“ — Sie merken, ich habe ein Wort ausgetauscht —, dann kann man nicht nach Gemeinsamkeit rufen.

Sie haben aus der Rede von Walter Momper vom 10. November zitiert. Das war ein bewegender Tag hier im Bundesrat. Aber hätten wir nicht auch die Ministerpräsidenten der Länder zitieren können, die damals, am 10. November, das politische Gespräch über den Staatsvertrag angeboten haben? Hätten wir nicht auch die dringende Bitte, geäußert in Bundestag und Bundesrat, an den Kanzler zitieren können, endlich einmal alle an einen Tisch zu bitten und die Grundfragen zu erörtern? — Nichts davon ist geschehen!

Wir haben am 18. Dezember beim Bundeskanzler gesessen. Er hat uns versprochen: „Das werden wir alles gemeinsam tun.“ Wir haben am 15. Februar bei ihm gesessen. Er hat uns versprochen: „Wir werden das alles gemeinsam tun.“ — Wie ist es denn gewesen? Wo haben wir uns denn die Arbeitspapiere besorgen müssen, damit wir Einblicke bekamen in das, was diskutiert wurde?

Nein! Wer uns fragt, ob dies das letzte Wort ist, und wer dann, wie Herr Bundesfinanzminister Waigel, von dem „Ihnen zur ersten Beratung vorliegende Entwurf des Staatsvertrages“ spricht, der muß bei dieser Formulierung auch die Möglichkeit zur Beratung geben. Der darf nicht sagen: „Bundesrat, tage in einem Schweigekloster!“ Der darf nicht sagen: „Bundesrat, hier ist es nun; du kannst ja oder nein sagen; mehr kannst du nicht sagen.“

Darüber müssen wir reden, nicht über die Frage, wer wann das letzte Wort spricht, sondern über die Frage: Was ist das, was hier zur Gestaltung ansteht? Haben wir es hier mit einem völkerrechtlichen Vertrag zu tun, den wir zu ratifizieren haben? Haben wir es auf einmal mit Ausland zu tun? Oder haben wir es mit einem **staatsrechtlichen Vorgang** zu tun, zu dem die Verfassungsorgane des Bundes ihr Wort zu sagen, ihre Entscheidung zu treffen haben? Das steht an!

Der Bundesfinanzminister hat gesagt, dies sei eine Aufgabe, die nur gemeinsam zu schaffen sei. Ich

stimme Ihnen ausdrücklich zu, Herr Bundesfinanzminister: Das ist eine Aufgabe, die nur gemeinsam zu schaffen ist! Aber warum haben Sie denn dann sechs Monate lang Diskussionen über den Begriff „Runder Tisch“, über „round table“, wie ihn Willy Brandt genannt hat, über die vielen Angebote, sich einmal zusammenzusetzen, geführt? Warum haben Sie denn dann den Weg über Expertengespräche gewählt — nicht Verhandlungen, sondern Gespräche? Warum haben wir es hier zum erstenmal mit dem Sachverhalt zu tun, daß **Regierungsverhandlungen** zwischen zwei Staaten als **Expertengespräche** deklariert werden, damit man die Länder ausschließen kann? Das steht an!

Wir wollen einen **neuen deutschen Bundesstaat**! Wir wollen doch kein neues Deutsches Reich — alle miteinander nicht. Und wenn wir einen neuen deutschen Bundesstaat wollen, dann muß auch die Chance gegeben sein, daß wir ihn miteinander gestalten. In der DDR gibt es noch keine Länder. Hier bei uns gibt es sie. Aber wer sagt das den Verfassungs- und den Staatsrechtlern, nicht nur den Finanzpolitikern? Das steht als Frage an!

Herr Bundesfinanzminister, Sie haben die Absprache erwähnt, die wir miteinander über die **Finanzierung** getroffen haben. Ich will Ihnen gern bestätigen: Dies war eine faire, den Interessen der Länder entsprechende, wenn nicht gar entgegenkommende Verabredung. Sie war natürlich nicht die Bilanzierung und der Ausgleich dessen, was die deutsche Einheit kosten wird, sondern sie war die Beschreibung dessen, was Länder und Gemeinden dazu beizutragen haben. (D)

Sie haben dabei das Bibelwort erwähnt: „Geben ist seliger denn nehmen.“ Damit haben Sie recht. Das steht im Neuen Testament. Aber denken Sie als Finanzminister bitte auch an jenes andere Bibelwort: „Nur ein Narr gibt mehr, als er hat.“

(Heiterkeit)

Und vergessen Sie nicht: Wir sind auf vielen Feldern längst engagiert. Das, was Kollege Späth soeben am Schluß eindrucksvoll dargestellt hat — 30 Planstellen in Baden-Württemberg, die für den Einsatz drüben zur Verfügung gestellt werden —, ist eine gute Nachricht, Herr Kollege Späth. Nur, neu ist sie für andere Länder nicht. Wir haben das längst getan. Unsere Mitarbeiter sind in den Regionen der DDR, zu denen wir besondere und langjährige Beziehungen haben — übrigens nicht nur politische Beziehungen, sondern auch kirchliche, private Kontakte —, längst vertreten und versuchen zu helfen.

Nein, es geht hier in der Tat um die Frage, wie das letzte Wort heißt. Aber bevor man das entscheidet, muß man über das reden, was Sache ist. Und dies ist nicht geschehen!

Ich sagte: Es gab Expertengespräche, um die Länder auszuschließen. Ich denke, manche entdecken den **Föderalismus** immer dann, wenn sie Stimmen brauchen. Ich wünschte mir aber, sie würden den Föderalismus so entdecken, wie es einer der früheren Kollegen hier im Bundesrat jetzt noch einmal in Erinnerung gebracht hat. In einer Rede in Speyer hat Bernhard Vogel darauf hingewiesen, daß die Bun-

Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

- (A) desrepublik Deutschland eine Schöpfung der Länder ist, nicht umgekehrt.

Deshalb ist die Frage: Wie kommt denn der Prozeß zustande, in dem wir die deutsche Einheit nicht nur gesetzgeberisch festlegen, sondern auch politisch gestalten? Die Bundesregierung hat uns an das Wort erinnert: „Wir sind das Volk.“ Dieses Wort wurde nicht von Leuten aus den Blockparteien gesprochen. Es wurde nicht von Politikern gesprochen. Auf dieses Wort: „Wir sind das Volk“ kann man nicht antworten, indem man sagt: „Und ich bin der Kanzler!“

(Heiterkeit)

Das reicht nicht! Hier benötigt das Gespräch **mehr politische Substanz**.

- (B) Ich will Ihnen ganz offen sagen: Wenn die Bundesregierung glaubt, der Bundestag und der Bundesrat seien Zaungäste, seien gewissermaßen Schlachtenbummler, wenn es um die Grundsteinlegung der deutschen Einheit geht, dann irrt sie. Von diesem Staatsvertrag, dem wichtigsten Schritt zur Veränderung der staatlichen Strukturen in Deutschland, sind die **Länder** in der Bundesrepublik in ihrer staatlichen Existenz und in ihrem Mitwirkungsrecht **unmittelbar berührt**. Deshalb glaube ich, daß für diesen Staatsvertrag der Grundsatz gelten muß, daß der Bundesrat die Möglichkeit haben muß, über den Text gründlich und eingehend zu beraten, Änderungen zu beschließen, die aus seiner Sicht nötig sind, und danach dem Text insgesamt zuzustimmen oder ihn abzulehnen. Unsere Mitwirkung darf nicht zu einer bloßen Jasager-Veranstaltung werden. Es gibt die deutsche Einheit nicht nur zu den Bedingungen des einen. Man darf auch nicht glauben, derjenige sei am stärksten für die Einheit, der sie als Privatveranstaltung so mit Hektik und Druck betreibt, wie wir es in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben.

Der Vertragstext darf nicht den föderalen Gedanken mißachten. Das heißt konkret, daß wir bei Artikel 7 Abs. 3 Satz 2 und bei Artikel 8 über **Schiedsgericht** und **Regierungsausschuß** reden müssen. Dazu gehört auch, daß wir über Währungs- und Wirtschaftsunion, über Sozial- und über Umweltunion miteinander sprechen müssen.

Ich empfinde die Situation nicht so, wie Kollege Späth gemeint hat, daß im Augenblick eine miese Stimmung herrsche, auch nicht in bezug auf die deutsche Einheit. Ich glaube vielmehr, daß die Menschen diesen Weg gehen wollen. Ich meine auch, daß die Menschen über die Bedingungen dieses Weges einen öffentlichen Diskurs wünschen. Aber viele sind von mancherlei Vermischungen irritiert, bei denen auf einmal deutsche Einheit und taktisches Verhalten bei der Anpeilung oder Festlegung von Wahlterminen miteinander verbunden werden.

Darum will ich hier ausdrücklich sagen: Soweit ich es sehe, sind alle Länder bereit, an der deutschen Einheit und an einem **deutschen Bundesstaat** mitzuwirken. Alle Länder sind zu teilen bereit, um die Teilung zu überwinden. Die Voraussetzung dafür aber ist, daß Kalkulierbares hinsichtlich Kosten und Belastungen genannt wird. Wir haben unsere Bereitschaft durch die Verabredung gezeigt, die wir in der vergangenen Woche getroffen haben. Wenn wir einen sol-

chen Vorschlag von Anfang an gehabt hätten, wären uns viele öffentliche Diskussionen und viele Sorgen um die Handlungsfähigkeit der Länder und Gemeinden erspart geblieben. (C)

Das **zentrale Problem in der DDR** wird wohl — darauf haben sowohl der Bundesfinanzminister wie auch Kollege Späth hingewiesen — der **wirtschaftliche Strukturwandel**, der Übergang von einer Kommandowirtschaft zu einer, wie ich freilich finde, sozial und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft sein. Das ist ein Ziel, ein Entwurf, der historisch ohne Beispiel ist. Das sind **große Chancen** für die Menschen; aber es sind auch **enorme Risiken**. Darum sind Umsicht und Vorsorge nötig. Wer Umsicht und Vorsorge als Säumen und Zögern diskreditiert, der wird der Sache nicht gerecht.

Genau an dieser **Umsicht** und **Vorsorge** mangelt es diesem Vertragswerk in vielen Punkten. Es gibt die Sorge, daß viel zu viele Betriebe in der DDR der geplanten Schocktherapie nicht standhalten. Das gilt auch für solche Betriebe, die nach einer angemessenen Übergangszeit durchaus wettbewerbsfähig wären. Gewiß wird nach dem 2. Juli verständlicherweise die **Konsumnachfrage** stark ansteigen. Die Menschen haben zum erstenmal „richtiges“ Geld. Aber wie beurteilen sie die Gefahr, daß das ein Strohfeuer ist, das im Herbst zusammenbricht? Wie beurteilen sie die Sorge, daß vor allem die Industriebetriebe nach einigen Monaten zunehmende **Liquiditätsprobleme** bekommen? Allein im warenproduzierenden Gewerbe arbeiten etwa 3,2 Millionen Menschen. Wenn diese Betriebe ihre Waren nicht mehr absetzen können — wer sich heute umsieht, der erkennt das schon —, wenn sie nicht mehr verkaufen können, was sie produzieren, dann kommt es zu **Entlassungen** in großem Umfang. Dann mag alles das nötig sein, Herr Kollege Späth, wovon Sie soeben gesprochen haben. Nur muß man doch darüber reden! (D)

Wenn der Bundeswirtschaftsminister von „dramatischer Arbeitslosigkeit“ in der DDR spricht, und wenn diesem Vertrag eine viel zu optimistische Prognose zugrunde gelegt wird — jedenfalls gemessen an den Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers; Sie stellen, wie der Herr Bundesfinanzminister dargestellt hat, für das zweite Halbjahr 7 Milliarden DM zur Verfügung —, dann frage ich: Reicht das? Was ist nach dieser Zeit? Wie wollen wir verhindern, daß sich Fehlentwicklungen nur verzögern, statt daß wir ihnen durch die richtigen Schritte zum richtigen Zeitpunkt entgegenwirken? — Wir werden auf absehbare Zeit Mittel und Maßnahmen brauchen, damit wir den **Strukturwandel erleichtern**, damit moderne und **qualifizierte Arbeitsplätze** entstehen können. Dazu gehören natürlich Ausbildung und Qualifikation.

Nein, meine Damen und Herren, es geht nicht um sogenannte Nachbesserungen im Sinne günstigerer Konditionen für die DDR zu Lasten der Bundesrepublik, sondern es geht darum, zu verhindern, daß die Überwindung der staatlichen Teilung in soziales Chaos führt. Darum muß in einem solchen Staatsvertrag von den Vertragspartnern verbindlich vereinbart werden, welche weiteren Maßnahmen sie prüfen, welche Regelungen sie treffen wollen, sobald eine der Vertragsparteien nachvollziehbar darlegen kann, daß

Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

- (A) sich die wirtschaftliche Situation in der DDR günstig oder weniger günstig entwickelt als angenommen.

Wir brauchen **vorsorgliche Maßnahmen zur Finanzierung**. Wenn der wirtschaftliche Strukturwandel, wenn die Modernisierung der Betriebe in erster Linie von Privatseite finanziert wird, dann muß doch die Frage gestellt werden: Wie wird denn mit dem **Vermögen von SED/PDS** und mit dem Vermögen der **übrigen Blockparteien** umgegangen, das sich in vier Jahrzehnten angesammelt hat?

Es geht nicht nur um die SED. Ich denke, der Bundesrat muß darüber sprechen, und zwar nicht nur bei Haushaltsberatungen. Wenn es wirklich stimmt — diesen Eindruck haben wir in den letzten Monaten und Jahren gewonnen; wir haben das gelobt und gepriesen —, daß die Entspannungspolitik in Europa Fortschritte macht — das ist doch kein deutsch-deutsches Phänomen, sondern dies zeigt sich auch in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Polen —, dann müssen wir doch darüber sprechen, ob es in einer solchen Zeit angemessen ist, den höchsten Verteidigungshaushalt seit Gründung der Bundesrepublik vorzulegen und dann auch noch vorzusehen, daß er um 1,5 Milliarden DM gesteigert wird. Wieviel von diesen Mitteln könnte genutzt werden, um die **soziale** und die **ökologische Erneuerung** in der DDR zu finanzieren?

- (B) Hier ist **neues Denken nötig!** Nur wenn neues Denken Platz greift, ist auch neues Handeln möglich. Gerade angesichts der Steuerschätzungen, von denen meine beiden Vorredner gesprochen haben, muß darüber geredet werden, was das denn für die Entwicklung etwa im Bereich der Unternehmenssteuern bedeutet. Ist angesichts unserer glänzenden Umsatz- und Gewinnsituation die Ankündigung weiterer globaler Senkungen in der Größenordnung von 25 Milliarden DM wirklich sinnvoll?

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen letzten Punkt erwähnen! Wer Zeitungen sammelt und sich Zettelkästchen anlegt, der hat zu Wahlterminen und zu der Frage eines Junktims oder Nichtjunktims in den letzten Wochen und Monaten jeden Tag eine neue Äußerung lesen können, sehr häufig von der gleichen Person. Dann muß doch die Frage gestellt werden: Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung und sehen die Koalitionsfraktionen zwischen dem Staatsvertrag und dem **Termin für gesamtdeutsche Wahlen**? Ist dieser Termin eine von wahltaktischen oder parteipolitischen Überlegungen abhängige Variable? Ich habe am 14. Mai erlebt, wie ein Junktim zwischen dem Staatsvertrag und der Vereinbarung des Wahltermins in der Koalition hergestellt wurde. Der demokratische Gründungsakt des neuen deutschen Bundesstaates als Ergebnis solcher Koalitionsgespräche? — Nein!

Wir müssen den Zeitpunkt, wir müssen die Ausgestaltung der ersten gesamtdeutschen Wahlen als integrale Bestandteile bei der Herstellung der deutschen Einheit sehen. Darum sind das gesamtstaatliche Aufgaben. Das ist eine völlig neue politische Qualität. Darum darf über den Zeitpunkt und die Ausgestaltung der ersten gesamtdeutschen Wahlen nach unserer Überzeugung nur in vollem Konsens der staatlichen Ebenen entschieden werden. Alle verantwortli-

chen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR müssen sich verständigen.

Sie haben recht: Das **Grundgesetz** ist auch die **Ausgangsbasis** für den neuen Staat, der entstehen wird. Auf dieses Grundgesetz sind alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik verpflichtet. Aber wie sieht dieses Grundgesetz am Ende aus? Was geschieht bei Anwendung des **Artikels 23** mit den Elementen des **Artikels 146**? Welche Rechtsgebiete, welche Bereiche werden sich verändern? Ich bin kein Jurist; aber ich weiß, daß vom Strafrecht über das Kirchenrecht bis zu vielen anderen Elementen unserer Gesellschaftsordnung neue Überlegungen Platz greifen müssen und Platz greifen werden. Darum kommt es darauf an, daß das Grundgesetz jetzt von uns nicht nur gepriesen wird, sondern daß wir auch seine Gesinnung ernst nehmen. Und zur Gesinnung des Grundgesetzes gehört, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Bundesstaat und keine Republik mit Präфекten und Provinzen ist.

Wenn das so ist, dann müssen die föderalen Elemente gestärkt, und dann muß über die Finanzkompetenz geredet werden. Auf der Basis dieses Grundgesetzes muß, meine ich, am Ende stehen, daß diejenigen, die Sie mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ zitiert haben, die Chance erhalten, sich die Geburtsurkunde dieses neuen Staates selber auszustellen, indem sie einen Volksentscheid treffen.

Der Prozeß der deutschen Einheit muß in der Tat schnell und zügig sein. Aber schnell und zügig ist etwas anderes als hastig und hektisch. Es sollte sich niemand täuschen: Der Weg zur wirklichen Einheit der Deutschen, und zwar im Leben der Menschen und nicht nur auf dem Papier, in der Verfassungswirklichkeit und nicht nur im Verfassungstext, ist lang und wird uns allen viel Kraft abverlangen. Aber wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen sollen, muß die **Gemeinsamkeit** am Anfang stehen und über die verschiedenen Etappen durchgehalten werden. Sie darf **kein taktisches Kalkül** sein, sondern dann muß sie Fundament für das sein, was wir tun, und für die Art, wie wir es tun.

Der Rat, den der Bundesfinanzminister uns am Anfang gegeben hat, nämlich daß wir ohne kleinliches Gezänk und ohne parteipolitische Polemik beraten sollen, gilt für alle als zustimmungsfähig, und das wollen wir auch alle versuchen. Aber dann dürfen Sie nicht fragen: „Ist das Ihr letztes Wort?“, bevor Sie Ihr erstes Wort gesprochen haben und bevor die Tür — statt zu schweigender Zustimmung — zu Beratungen in der Sache offen ist. — Herzlichen Dank!

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Kollege!

Das Wort hat nunmehr Herr Ministerpräsident Dr. Streibl (Freistaat Bayern). — Bitte schön, Herr Kollege Streibl!

Dr. h. c. Streibl (Bayern): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war wirklich stolz, Kollege Rau, als wir am vergangenen Mittwoch zusammen mit dem Bundesfinanzminister vor die Presse gegangen sind. Ich war stolz darauf, daß es gelungen ist, ein gemeinschaftliches Werk des Bundeskanzlers und sämtlicher Ministerpräsidenten der Bundesrepu-

Dr. h. c. Streibl (Bayern)

- (A) blik zustande zu bringen: den **Fonds „Deutsche Einheit“**, eines der wichtigsten Teile des Zusammenwachsens überhaupt. Am Mittwoch letzter Woche schien es mir, als könnte der Staatsvertrag im großen und ganzen – mit einigen Änderungen im Bereich Föderalismus usw.; darin stimme ich Ihnen absolut zu – so verabschiedet werden.

Nun weiß ich nicht, was sich bei Ihnen in der Zwischenzeit abgespielt hat. Der Anfang war auf jeden Fall sehr vielversprechend. Wir sind uns darin einig, daß es eilt. Was die Deutschen 40 Jahre ersehnt haben, ist im Moment in greifbare Nähe gerückt. Wer mit den Menschen drüben auf der Straße spricht, der weiß, daß sie es lieber heute als morgen schaffen wollen. Auch die Zustimmung in Ihrer eigenen Partei – ich erinnere an die Zustimmung der SPD in der Volkskammer – hat gezeigt, daß 40 Jahre widernatürlicher Teilung das **Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen nicht ausgelöscht** haben.

Mit ihrer Entscheidung am 18. März 1990 haben die Deutschen in der DDR den Weg der **Freiheit** und der **Rechtsstaatlichkeit** gewählt. Sie haben sich gegen sozialistische Experimente und für den schnellsten Weg zur Einheit ausgesprochen. Für mich ist der schnellste Weg zur Einheit – Bayern hat das schon immer betont – der Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Wenn man mit den Leuten drüben spricht, zeigt sich, daß das Grundgesetz bei ihnen gelten soll. Das **Grundgesetz** ist die **freiheitlichste Verfassung**, die es je auf deutschem Boden gegeben hat. Die Menschen in der DDR wissen das und wollen diese Verfassung genau so, wie sie unsere Bevölkerung will, die sich auch dafür entschieden hat. Wir haben den Weg über Artikel 23 von Anfang an für richtig gehalten. Er ist die schnellste Lösung. Er gewährleistet die notwendige Übernahme der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Sozialen Marktwirtschaft, die seit über 40 Jahren **Freiheit, Wohlstand, Frieden** und **Stabilität** bei uns gesichert hat.

Die Bayerische Staatsregierung begrüßt die Einigung der Bundesregierung und der Regierung der DDR über den Staatsvertrag zur Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Vertragsgrundlage ist ein klares Bekenntnis der DDR-Regierung, den Beitritt zu erklären. Wir erwarten, daß noch vor Inkrafttreten des Vertrages **Klarheit über den Zeitpunkt des Beitritts** geschaffen wird. Vertragsgrundlage ist weiterhin das ausdrückliche Bekenntnis zu den Fundamentalnormen des Grundgesetzes. Natürlich wird das eine oder andere verändert werden, und zwar allein schon aus Gründen des technischen Vorgehens.

(Vorsitz: Vizepräsident Engholm)

Natürlich kann dieser Vertrag **keine Kompetenzverschiebungen zu Lasten der Länder** enthalten. Der Verankerung des föderalistischen Prinzips im Staatsvertrag kommt aus meiner Sicht fundamentale Bedeutung zu.

Der Staatsvertrag stellt jetzt auch klar, daß private Investoren **Eigentum an Grund und Boden** sowie an **Produktionsmitteln** erwerben können. Gerade diese Bestimmung halte ich für sehr wichtig, damit kein langer Zwischenraum zwischen der Einführung der D-Mark drüben und der Möglichkeit zu investieren

entsteht. Eine Anlage zum Staatsvertrag stellt darüber hinaus sicher, daß Eigentum zum Erwerb auch tatsächlich zur Verfügung gestellt wird. Das ist ein erster wichtiger Schritt zur wirtschaftlichen Gesundung der DDR. Der Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion hängt entscheidend von **Privatinvestitionen** ab.

Auch weitere wesentliche Anliegen, gerade bayerische, sind nunmehr erfüllt. Ich bin darüber befriedigt. Dazu gehören die **Anschubfinanzierung der Sozialversicherung** aus dem Bundeshaushalt ohne Beeinträchtigung der Rentenkassen, der **Aufbau einer Sozialversicherung** nach dem dezentralen Prinzip wie in der Bundesrepublik und die **Verankerung des Vorsorge- und Verursacherprinzips im Umweltschutz**.

Die DDR-Regierung hat mit ihrer Zustimmung Realitätssinn gezeigt. Die **Stabilität der D-Mark** und die **Solidität der Staatsfinanzen** müssen gewährleistet bleiben, weil nur dadurch die Wirtschaft in der DDR wettbewerbsfähig gemacht und modernisiert werden kann. Dies ist die Voraussetzung für die nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der DDR.

Meine Damen und Herren, Wachstum, steigender Wohlstand und Beschäftigung können auf Dauer nur auf dem Leistungswillen der Deutschen in der DDR und nicht auf einer Dauersubvention der Bundesrepublik Deutschland beruhen. Wie sich die Verhältnisse in der DDR weiterentwickeln, hängt entscheidend von der dortigen Arbeitsleistung und dem Arbeitswillen ab.

Das wichtigste, was in der DDR notwendig ist, ist **Anpassung an die neuen Verhältnisse**. Was aber zur Zeit niemand in Ost und West brauchen kann und wozu auch überhaupt kein Anlaß besteht, ist Angst, die man heute deutlich spüren kann. Dafür gibt es in der DDR keinerlei Anlaß. Mit der Herbeiführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gibt es stabiles Geld und weitaus mehr Kaufkraft als bisher. Die DDR erhält ein Wirtschaftssystem, nämlich die **Soziale Marktwirtschaft**, die sich sowohl im sozialen wie auch im ökologischen Bereich als das **leistungsfähigste System** in der Welt erwiesen hat. Die DDR muß in ihrem eigenen Interesse allerdings auch akzeptieren, daß die Bundesbürger eine Gefährdung der Leistungskraft der D-Mark nicht in Kauf nehmen.

Auch die Bundesbürger brauchen keine Angst zu haben. Ich verstehe zwar, daß eine gewisse Verunsicherung entstanden ist, die meines Erachtens durch viel zu lange Zurückhaltung der Informationen über die tatsächliche finanzielle Lage seitens der DDR-Regierung, aber auch durch eine gezielte Kampagne hier in der Bundesrepublik verursacht wurde. Die Anschublasten, die es zu finanzieren gilt, können jedoch **ohne Steuer- und Beitragserhöhungen, ohne Leistungskürzungen** und **ohne Überlastung des Kapitalmarktes** finanziert werden.

Meine Damen und Herren, ich erinnere daran, daß uns im Jahr 1989 1 % reales Wachstum in den drei Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden Steuermehreinnahmen in der Größenordnung von 8 Milliarden DM gebracht hat. Das ist doppelt so viel wie die Ergänzungsabgabe, deren Einführung

Dr. h. c. Streibl (Bayern)

- (A) uns von Teilen der SPD zur Finanzierung der deutschen Einheit immer wieder eingeredet wird.

Wir haben in den Jahren seit 1982 erleben können, was **steigendes Wirtschaftswachstum** ermöglicht. Dazu gehörten laufende **Verbesserungen im sozialen Bereich**, beim Wohngeld, beim Kindergeld, beim Erziehungsgeld. Trotzdem wurden die Haushalte nicht überlastet. Gleichzeitig waren in einem Umfang wie schon lange nicht mehr Lohn- und Gehaltserhöhungen für die Arbeitnehmer möglich.

Auch die Größenordnung des **Finanzbedarfs der deutschen Einheit** ist kein Grund zur Sorge. Nur ein Narr gibt mehr, als er hat. Ich meine, diese unsere Einigung hat die Grundpfeiler für die Länder und die Gemeinden bereits festgelegt. Wir wissen, woran wir sind. Wir haben jetzt Klarheit für unsere Haushalte in den nächsten Jahren.

Meine Damen und Herren, ich darf daran erinnern, daß die Währungsreform im Jahre 1948 den für die damalige Zeit gigantischen Betrag von 22 Milliarden DM gekostet hat. Das waren 30 % des damaligen Bruttosozialprodukts. Wenn ich mir ansehe, welche Kosten die öffentlichen Haushalte 1990 tragen müssen, nämlich 22 Milliarden DM – 1991 35 Milliarden DM –, und das mit unserem Bruttosozialprodukt vergleiche, komme ich zu dem Ergebnis, daß das nicht ganz 3 % sind.

- (B) Der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten aller Länder haben sich in der vergangenen Woche darauf geeinigt, der DDR bis 1994 insgesamt 115 Milliarden DM als Zuschüsse zur Finanzierung ihres Haushalts zur Verfügung zu stellen. Das für die Finanzierung gefundene Konzept in Form der **Fonds-Lösung** verteilt die Kosten der Einheit auf zwei bis drei Jahrzehnte. Dies ist zu leisten. Diese Lösung vermeidet Steuererhöhungen.

Damit steht zugleich fest: Zusätzliche Belastungen für die Bevölkerung wird es nicht geben. Die Länder und die Gemeinden haben jetzt klare Perspektiven.

Die Bevölkerung der DDR setzt berechnete Hoffnungen in die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Was die Menschen dort drüben über viele Jahre vermißt haben, nämlich eine **positive Zukunftsperspektive**, ist nun mit diesem Werk vorhanden. Die **Aufbruchstimmung** in der DDR, die **Bereitschaft zur Leistung** und die **Bereitschaft zur Privatinitiative** sind genau das, was dieses Land braucht. Die rückläufigen Übersiedlungszahlen beweisen das überdeutlich.

Wenn wir den Prozeß jetzt aber weiter hinauszögern, wird auch das als Signal verstanden. Ich bin davon überzeugt: Man kann nicht auf der einen Seite, in der Bundesrepublik, sagen, hier werde zuviel geleistet, aber drüben, auf der anderen Seite, erklären: „Fordert jetzt noch mehr!“, und damit den gesamten Prozeß hinauszögern. Ich bin der Meinung, je länger der Prozeß dauert, um so teurer wird er die Bundesbürger zu stehen kommen. Davon können Sie ausgehen.

Ich meine, eine **Verunsicherungskampagne**, die die jeweiligen Vertreter ein und derselben Richtung hier in der Bundesrepublik Deutschland so und im Bereich der DDR mit genau umgekehrtem Vorzeichen betrei-

ben, ist einfach **nicht glaubhaft**. Ich kann nicht sagen, (C) die Leistungen, die hier erbracht würden, seien zu hoch, und drüben fordern, es müsse noch mehr getan werden; für die Betriebe müsse noch mehr ausgegeben werden. Wer soll das denn bezahlen, meine Damen und Herren? Doch nur der westdeutsche Steuerzahler! Dieses Doppelspiel geht auf die Dauer nicht.

Ich bitte die SPD auch darum, sich der Bedeutung der Stunde bewußt zu sein. Wir haben schon einige Male erlebt, wie die SPD in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland abseits gestanden hat. Ich erinnere an die **Ablehnung der Sozialen Marktwirtschaft** und der **NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik** sowie den langjährigen Kontakt mit den Parteien drüben, mit der SED, und ähnliches mehr. Ich möchte Ihnen das jetzt nicht vorwerfen, meine aber, wir sollten gemeinsam handeln. Ich glaube, wir sind wieder an einem solchen Punkt. Es wäre schade, wenn wir hier nicht Hand in Hand, wie es – Donnerwetter noch mal! – beim ersten Schritt gelungen ist, auch die nächsten Schritte gehen könnten.

Auch die am Wochenende vorgetragenen Kritikpunkte am Staatsvertrag sollten den Zug zur Einheit nicht aufhalten. Die Forderung nach einem besseren Schutz für die Unternehmen und Produkte der DDR vor westlicher Konkurrenz ist halt wieder ein Teil Dirigismus, den wir damit drüben weiter aufbauen würden. Sie bedeutet eigentlich nichts anderes als eine weitere Belastung des Steuerzahlers.

Mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft und unserer stabilen Währung erhält die Wirtschaft der DDR das, was sie am dringendsten braucht. Ihre (D) **Strukturprobleme** müssen **mit marktkonformen Maßnahmen** und können nicht mit Dirigismus gelöst werden.

Meine Damen und Herren, Finanzminister Romberg hat das drüben ganz klar gesagt. Er hat erklärt: „Der Staatsvertrag ist eine feste Brücke zur Marktwirtschaft.“ – Die DDR will die **Marktwirtschaft** einführen. Ich meine, das sollten wir hören. Nichts wäre fataler als die Konservierung der alten leistungsfeindlichen Kommandowirtschaft, die für den Scherbenhaufen verantwortlich ist, vor dem die Bürgerinnen und Bürger der DDR heute stehen. Wir wollen der DDR Hilfe zur Selbsthilfe geben und nicht die alten, verkrusteten sozialistischen Strukturen fröhliche Urständ feiern lassen.

Im **Umweltschutz** brauchen wir Bayern keine Nachhilfe. Der Umweltschutz ist für uns alle weit mehr als nur ein Teilaspekt der Wirtschaftsunion. Alle damit zusammenhängenden komplexen Fragen können jetzt jedoch nicht umfassend im Staatsvertrag geregelt werden. Der Staatsvertrag enthält deshalb notwendige Anknüpfungspunkte, um in gesonderten Verhandlungen weitere Verbesserungen zu erreichen. Ich bitte auch das zu sehen. Wir müssen Schritt für Schritt vorangehen.

Wenn die SPD die Beteiligung der Länder an dem geplanten **Regierungsausschuß** und die Unterstützung der **Länderbildung** in der DDR fordert, kann ich nur sagen: Jawohl, hier gehen wir Hand in Hand; hier rennen Sie offene Türen ein. Der Föderalismus war für die Bayerische Staatsregierung stets das grundle-

Dr. h. c. Streibl (Bayern)

- (A) gende Architekturprinzip. Wir werden daran auch künftig nicht rütteln lassen.

Auch wir gehen davon aus, daß die Länder an dem im Staatsvertrag vorgesehenen Regierungsausschuß angemessen beteiligt werden. Wir haben von Anfang an eine schnelle Einführung von Ländern in der DDR gefordert, damit ein **sicheres föderalistisches Fundament** das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands erleichtert.

Wir werden darauf achten, daß in der DDR nicht zentralistischen Bestrebungen nachgegeben wird, sondern daß die in der Entstehung begriffenen Länder die **gleiche Staatsqualität** wie die Länder hier in der Bundesrepublik erhalten.

Ich glaube, es ist bekannt, daß sich der Freistaat Bayern, wenn es um den **Föderalismus** geht, nicht gern übertreffen läßt.

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie auch im weiteren Verfahren den **berechtigten Anliegen der Länder** Rechnung trägt. Alle Wünsche müssen und konnten jedoch im Staatsvertrag jetzt nicht sofort geregelt werden; das müßte man einsehen.

Wir werden uns aus taktischen Gründen an den Haaren herbeigezogene Argumente gegen den Staatsvertrag nicht zu eigen machen. Ich meine, die SPD müßte selber die politische Verantwortung für die unabsehbaren Folgen tragen, die eintreten würden, wenn die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wegen ihrer Politik nicht rechtzeitig zum 2. Juli in Kraft treten könnte.

- (B) Ich habe es schon einmal gesagt: Der **Fonds**, der geschaffen worden ist, ist für die DDR eine Art **Marshall-Plan**, auf den sie dringend und schnell angewiesen ist. Nur so kann sie handeln, und nur so können wir sie in die Pflicht nehmen.

Ich weiß auch, daß nach dem Inkrafttreten drüben eine Zeit kommen wird, die außerordentlich schwierig sein wird, was die Betriebe, die Arbeitslosen und ähnliches angeht. Glauben Sie mir: Ich habe mir die Frage sehr gut überlegt, ob wir den Zeitplan nicht weiter hinausschieben sollten. Wir haben in Bayern im Oktober Landtagswahlen. Sie fallen genau in die Zeit, die am schwierigsten wird. Das ist klar, meine Damen und Herren.

Trotzdem bin ich der Meinung, daß die Schwierigkeiten mit jedem Hinausschieben für beide Teile Deutschlands noch wesentlich größer und noch wesentlich weniger erträglich werden. Die gesamten Kosten werden dann kaum noch zu bezahlen sein.

Deswegen die Bitte: Blockieren Sie die deutsche Einheit jetzt nicht aus parteipolitischen Gründen! Ich weiß nicht, was am Wochenende geschehen ist. Beenden Sie den Zickzackkurs! Ich sehe noch nicht ganz durch, worauf Sie eigentlich hinauswollen. Ziehen Sie mit uns in nationalen Fragen an einem Strang, damit wir gemeinsam die **historische Herausforderung** dieser Tage und Wochen zum Wohle der Menschen in unserer Heimat bestehen!

Das Tempo des Einigungsprozesses mag manche in Unruhe versetzt haben; ich sehe das. Trotz aller Probleme besteht aber **keine vernünftige politische**

Alternative zu dem Terminplan Inkrafttreten des Staatsvertrags zum 1. Juli 1990.

Jede Verzögerung führt zu zusätzlichen Forderungen nach Nachbesserungen und erhöht den politischen Ärger bei den Bundesbürgern. Ich weiß nicht, ob man das haben will. Ich glaube, das ist kein gutes Rezept, weder für die Regierung noch für die Opposition. Jede Verzögerung führt aber auch zur Verunsicherung der investitionsbereiten Wirtschaftsunternehmen und gefährdet damit weitere Arbeitsplätze in der DDR. Das habe ich gerade in den letzten Tagen in vielen Gesprächen mit Leuten aus der Wirtschaft feststellen können.

Wichtig ist die Erkenntnis, daß wir Deutschen jetzt die **einmalige Chance** haben, unsere **nationale Einheit zu erreichen**. Es ist eine einmalige geschichtliche Situation, die uns dies ermöglicht. Die USA stehen mit ihren Zielen hinter uns. Die Sowjetunion legt uns angesichts ihrer eigenen innerstaatlichen Probleme keine übergroßen Hindernisse in den Weg. Die deutsche Einigung ist **eingebettet** in den **Prozeß der europäischen Einigung**, der mit gleicher Intensität weiterbetrieben wird.

Ich meine, die Konstellation ist einmalig; es gilt sie zu ergreifen. Die nächsten Generationen würden uns nie verzeihen, wenn wir diese Chance nicht ergriffen hätten. Kleinmut, Zaghaftheit und Krämergeist dürfen dabei nicht unsere Ratgeber sein.

Bayern hat sich nicht zuletzt aufgrund seiner langen, ununterbrochenen Staatlichkeit sofort nach dem Zweiten Weltkrieg dafür eingesetzt, daß sich die Deutschen wieder rasch in die geistige und kulturelle **europäische Bindung und Verflechtung** einfügen können. Die NS-Zeit hatte unser Volk, so Schreckliches auch in seinem Namen geschehen war, nicht von seiner jahrhundertealten Geschichte, seinen Werten und Traditionen getrennt. Die Ablösung des stalinistischen Regimes in der DDR durch die Menschen drüben, die sich in der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 wieder ihre Freiheit geholt haben, bedeutet nichts anderes als die endgültige **Rückkehr aller Deutschen in die westliche Völker- und Wertegemeinschaft**, die Rückkehr zu der politischen Kultur, zu der sie gehören und zu der sie viel Wertvolles in unserer Geschichte beigetragen haben.

Bayern, im Herzen Europas, hat immer seine deutsche und europäische Verantwortung gekannt. Dazu wird Bayern auch in Zukunft stehen.

Vizepräsident Engholm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Streibl!

Das Wort hat der Regierende Bürgermeister (Berlin).

Momper (Berlin): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Dynamik des deutschen Einigungsprozesses wird seit dem Beginn der Ausreisewelle im Herbst des vergangenen Jahres nicht von den Plänen der Politiker bestimmt, sondern von den Menschen in der DDR selber. Die innere Entwicklung in dem zweiten deutschen Staat hat das Tempo vorgegeben, und sie hat nahezu alle Zeitpläne und Vereinigungsmodelle über den Haufen geworfen.

Momper (Berlin)

- (A) Nach 40 Jahren SED, nach 40 Jahren Mißwirtschaft, nach 40 Jahren Schlangestehen und Eingesperrtsein will die Mehrheit der Menschen in der DDR diesen Staat und dieses Wirtschaftssystem nicht mehr. Sie will auch das Aluminium-Geld nicht mehr, sondern sie will gutes Geld für gute Arbeit verdienen und sich dafür etwas kaufen können.

Es gibt für viele Bürger in der DDR **keine Identität mit dem Staat**, so schmerzhaft diese Erkenntnis für jene ist, die im Herbst den Mut aufgebracht haben, gegen die Diktatur der SED aufzustehen und das Land zu reformieren. Einen Staat, in dem ein nennenswerter Teil der Bevölkerung den Staat als solchen nicht mehr will, kann man nicht reformieren.

Wir sollten keinen Zweifel daran lassen, wer der **Hauptschuldige** an dieser Situation ist: Es ist die **SED**, die über 40 Jahre lang versucht hat, mangelnde Identität zum Gemeinwesen durch Gewalt zu ersetzen. Die SED hat die **Kreativität** der Menschen in einem bürokratischen System **erstickt**, das zur Reform nicht willens und nicht fähig war. Diese Partei hat die Menschen in der DDR um viele Jahre ihres Lebens betrogen. Es ist ein Selbstbetrug der SED, zu meinen, sich durch eine Umbenennung von dieser Schuld reinwaschen zu können. Eine Partei, die diese Geschichte zu verantworten hat, gehört nicht umbenannt, sondern aufgelöst.

- (B) Ich beobachte mit Sorge, mit welcher Dreistigkeit heute in der DDR, aber auch hierzulande, die Täter von gestern wieder hoffähig gemacht werden, mit welcher Kalkülerei Stasi-Experten wieder gerufen werden und mit welcher Arroganz die Verantwortung auch der Blockparteien für das Desaster beiseite geschoben wird.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung in der DDR ist es richtig, die **Umstellung des Währungs-, Wirtschafts- und Sozialsystems** nunmehr **zügig vorzunehmen**. Dazu besteht jetzt keine Alternative. Alles andere hätte bedeutet, die Agonie der DDR-Wirtschaft zu verlängern, Schattenwirtschaft und Schwarzmarkt zu fördern, dem Spekulantentum und dem schleichenden Ausverkauf Tür und Tor zu öffnen.

Ich kritisiere allerdings auch, daß die Bundesregierung seit dem 9. November viele Gelegenheiten für eine aktive Hilfestellung, die wir auch hier in diesem Hause eingefordert haben, hat verstreichen lassen. Man hat sogar versucht, die Krise der DDR durch unverantwortliches Gerede über einen baldigen Zusammenbruch zu verstärken. Demgegenüber hat es an kurzfristigen, unbürokratischen Hilfestellungen gefehlt. Man hat keine Zeichen der Hoffnung gesetzt. Dieses kalte Verhalten seit dem 9. November bleibt ein Makel im Prozeß der deutschen Einigung.

Meine Damen und Herren, der Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gibt den Menschen in der DDR wieder eine **Lebensperspektive**. Er schafft **klare Rahmenbedingungen**, um die Wirtschaft und das Gemeinwesen von Grund auf neu zu ordnen. Das Papier, über das wir heute zu verhandeln haben, ist eine tragfähige Grundlage für diese Neuordnung; denn gegenüber den ursprünglichen Ansätzen sind noch wesentliche Verbesserungen durchgesetzt worden.

Die Menschen in der DDR und die Parteien haben die Verhandlungen aufmerksam verfolgt, und sie haben politischen Druck ausgeübt, um Nachbesserungen zu erreichen, insbesondere im sozialen Bereich. Die Soziale Marktwirtschaft kommt nicht von selbst. Um ihre **soziale Absicherung** müssen die Menschen kämpfen. Es kommt in der DDR gerade auch jetzt darauf an, daß die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer starke und selbstbewußte **Gewerkschaften aufbauen** und daß die Menschen ihre Rechte wahrnehmen.

Nach dem 2. Juli werden sich die Menschen ebenso wie die Betriebe in einem neuen Wirtschaftssystem bewähren müssen. Viele haben davor — bei aller Hoffnung auf die Zukunft — auch Angst. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, daß dieser Staatsvertrag nicht dazu führt, daß die Gesetze von Geld und Kapital in der DDR regieren. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, den Menschen **Schutzrechte** zu geben, der Spekulation Einhalt zu gebieten und die **soziale Balance** des Umstellungsprozesses zu **wahren**. Das wird die große politische Herausforderung nach dem 2. Juli sein.

Die **Mängel des vorliegenden Staatsvertrags** müssen in den nächsten Monaten politisch nachgearbeitet werden. Einer der Mängel ist, daß er sich allzusehr auf Wirtschafts-, Währungs- und Sozialfragen konzentriert. So ist vor allen Dingen die **mangelnde Absicherung des Umweltschutzes** zu kritisieren. Die Umwelt ist in der DDR in einem unvorstellbaren Ausmaß belastet. Es ist absehbar, daß dieses Problem uns vielleicht mehr als alle anderen beschäftigen wird, wenn die Währungsumstellung erst erfolgt ist.

Das Ziel Umweltschutz muß neben dem Ziel der Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft oder dem Wachstumsziel eine gleichrangige Bedeutung erhalten. Bitterfeld ist ja nur ein Synonym für diese Herausforderung. In Bitterfeld wird das Leben durch harte D-Mark und die Möglichkeit, sich ein Westauto zu kaufen, noch nicht viel lebenswerter. Das Vertragswerk muß unserer Auffassung nach durch die „Umweltunion“ erweitert werden.

Von großer Bedeutung für die Akzeptanz des Vertrages in der Bevölkerung ist auch die Frage, wie verhindert wird, daß das **von der SED, den Blockparteien, dem FDGB** und von anderen Organisationen in der Vergangenheit zu Unrecht **angehäufte Vermögen** jetzt in gute D-Mark umgesetzt wird. Diejenigen, die ihr Volk in den zurückliegenden Jahren rücksichtslos ausgeplündert haben, dürfen das Raubgut nicht mit in die neue Zeit hinübernehmen. Es muß ein Neuanfang gemacht werden. Das sind wir schon allein all jenen schuldig, die unter dem alten System gelitten haben, und auch denjenigen, die im vergangenen Herbst unter großem persönlichen Risiko die Revolution gewagt haben.

Wir erwarten, daß die entsprechenden Ankündigungen des Herrn Bundesfinanzministers, die auf dieser Linie liegen, jetzt unverzüglich und wirksam umgesetzt werden, und zwar gegenüber allen Parteien und Organisationen aus der alten Zeit.

Meine Damen und Herren, mit dem Ja zum **Sonderfonds „Deutsche Einheit“** haben die Länder der Bundesrepublik bekundet, daß sie sich ihrer hohen Ver-

Momper (Berlin)

- (A) antwortung für die Bewältigung der historischen Aufgabe der Vereinigung der beiden deutschen Staaten bewußt sind. Das sind wir den Menschen in der DDR schuldig. Ich stimme dem zu, was Kollege Streibl und was andere hier gesagt haben: Wir müssen teilen, um die Teilung zu überwinden. Wir wollen uns nicht vorwerfen lassen, nicht bis an die äußerste Grenze unserer Möglichkeiten gegangen zu sein, um diese große Aufgabe zu bewältigen.

Wir wollen damit den Bürgerinnen und Bürgern in der DDR zeigen, daß wir die **neu entstehenden Länder in die Solidargemeinschaft aufnehmen**. Die **soziale Balance** muß auch bei uns gehalten werden. Die Spielräume für Länder, Städte und Gemeinden sind nach diesen Finanzierungsabreden jetzt auf Null gesunken. Weitere Möglichkeiten haben wir nicht. Wir müssen unseren Anteil zur deutschen Einheit auch vor unseren Bürgern verantworten können.

Ich sage daher mit aller Deutlichkeit, daß es in den Ländern kein Verständnis dafür gibt, wenn der Bund nicht die Reserven ausschöpft, über die er verfügt. Bei den Verteidigungsausgaben, in der Steuerpolitik, beim Bundesbankgewinn und bei einigen Großprojekten liegt der Spielraum, der noch vorhanden ist und den der Bund ausschöpfen sollte.

- (B) Meine Damen und Herren, Berlin wird sich direkt mit einem Teil der DDR, nämlich mit Ost-Berlin, vereinigen. Keine andere Stadt der Bundesrepublik Deutschland und auch kein anderes Land haben so unmittelbar die Wucht des Aufeinanderprallens zweier unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme auszuhalten. Die **Solidarität aller Deutschen mit Berlin** darf mit dem Fall der Mauer nicht aufhören. Ich appelliere an Sie alle, uns in dieser schwierigen Situation des Übergangs auch weiterhin zu helfen.

Es ist für Berlin selbstverständlich, daß es genauso viel zu den Kosten der deutschen Einheit beiträgt wie alle anderen auch. Aber es kann nicht mehr als alle anderen zahlen. Berlin hat dem Fonds „Deutsche Einheit“ zugestimmt und übernimmt bis zur Wiedervereinigung der Stadt seinen Teil der Lasten für diesen Fonds.

Über das hinaus, was andere tragen müssen, haben wir akzeptiert, daß die **Berlin-Förderung** gleitend abgebaut wird. Sie ist eine **Strukturhilfe** wie die Werftenprogramme oder auch wie die Hilfen für Kohle und Stahl. Es muß völlig klar sein, daß die Berlin-Förderung nur in dem Maße abgebaut werden kann, wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Berlins steigt. Das gleiche Kriterium gilt auch für die anderen Strukturhilfen in der Bundesrepublik, die ich soeben aufgezählt habe.

Es muß klar sein, daß die Berliner Wirtschaft ein Jahr nach der letzten erheblichen Kürzung der Berlin-Förderung einen **Vertrauensschutz** beanspruchen kann. Es dürfen auch für Berlin nicht über Nacht die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens und des Investierens verändert werden. Wir in Berlin bauen auf die diesbezüglichen Erklärungen des Bundeskanzlers, der gegenüber Berlin im Wort ist.

Der Abbau der Berlin-Förderung kann frühestens 1993 beginnen, und er muß sich an den Daten der wirtschaftlichen Entwicklung im Raum Berlin orien-

tieren. Das gilt auch für die **Arbeitnehmerzulage**; denn nach wie vor ist das Durchschnittseinkommen in Berlin niedriger als in allen anderen deutschen Großstädten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen — wie auch die Wirtschaft — einen Vertrauensschutz.

Der Bund kann bei anderen Berlin betreffenden Hilfen schon sofort erhebliche Mittel einsparen: die **Kosten für die Bevorratung**, die **Fluggastsubvention**, die Ausgaben für die **Anwerbung von Arbeitskräften**. Ich habe keinen Zweifel, daß wir die große Chance haben, die strukturschwache Region Berlin schon bald nachhaltig zu stärken und sie auf Dauer auf eigene ökonomische Füße zu stellen. Das wollen wir auch. Gerade deshalb dürfen uns in der Startphase keine Knüppel zwischen die Beine geworfen werden.

Der Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren, hat gegenüber dem Senat versichert, daß er die Ausnahmesituation der Stadt anerkenne und deswegen die Bundeshilfe für Berlin auf absehbare Zeit notwendig bleibe. Diese Leistungen nach dem Dritten Überleitungsgesetz können nicht einfach unter dem Begriff „Teilungskosten“ subsumiert werden. Tatsächlich handelt es sich um den gesetzlichen Auftrag, die materiellen Voraussetzungen für die Einheit zu schaffen und **Berlin als Hauptstadt eines vereinigten Deutschlands lebensfähig zu erhalten**. Dieses Ziel liegt noch vor uns. Die Steuereinnahmen des Westteils der Stadt werden erst mittelfristig mit der wirtschaftlichen Entwicklung wachsen.

Der Haushalt Berlins ist schon jetzt außerordentlich eng und unterliegt der strengen Revision des Herrn Bundesfinanzministers und seiner Beamten. (D)

(Zuruf)

— Ich beklage mich ja auch nicht. — Im Ostteil der Stadt sind zunächst nur geringere Steuereinnahmen zu erwarten. Der Haushalt des wiedervereinigten Berlins wird ohne erhebliche **Bundeszuschüsse** nicht zu decken sein. Hinzu kommen die hohen **Infrastrukturausgaben in Ost-Berlin**, die wir — anders als andere Bundesländer — aus unserem Etat werden erbringen müssen.

Hilfe für Berlin ist nicht nur eine Frage der Solidarität. Sie ist auch eine Sache der Vernunft; denn Berlin ist die Schlüsselregion für die Herstellung der Einheit. Von hier aus werden viele Impulse für die Entwicklung in einem großen Teil der DDR ausgehen.

Meine Damen und Herren, für die deutsche Einheit sind von der Bundesregierung stets drei **zentrale Voraussetzungen** genannt worden, die ich teile und die auch andere teilen, wie hier schon zum Ausdruck gebracht worden sind: erstens die Verwirklichung von Freiheit und Demokratie im anderen Teil Deutschlands, zweitens die Angleichung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialsysteme und drittens die Einbettung der Einheit in den europäischen Einigungsprozeß sowie der Einklang mit unseren Nachbarn.

Nachdem die ersten beiden zentralen Bedingungen geschaffen sind, richtet sich der Blick jetzt auf den **Zwei-plus-Vier-Prozeß**. Der Fahrplan für die weiteren Verhandlungen bis zum Herbst steht fest. Es wäre ein Geburtsfehler der deutschen Einheit, wenn sie

Momper (Berlin)

- (A) politisch ohne Rücksichtnahme auf die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und unsere Nachbarn vollzogen werden würde. Die Aussicht ist gut, daß alle Siegermächte die **Einheit** nicht nur hinnehmen, sondern sie aktiv unterstützen und positiv begleiten werden.

Was wir auch tun, wir tun es vor dem Hintergrund unserer Geschichte. Deutschland hat allen Grund, Einvernehmen mit anderen Staaten zu suchen und sich in eine neue europäische Friedensordnung einzufügen. Die Herstellung der deutschen Einheit kann erst dann erfolgen, wenn die Verhandlungen im Zwei-plus-Vier-Prozeß abgeschlossen sind. Sobald dies der Fall ist, sollten wir aber keine Minute zögern, das zu vollenden, was die große Mehrheit der Deutschen in Ost und West will: die Einheit.

Meine Damen und Herren, die 40 Jahre der Trennung unseres Landes haben bei den Menschen Spuren hinterlassen. Wir müssen uns bewußt sein, daß **40 Jahre unterschiedlicher kultureller Entwicklung** und Erfahrung, unterschiedlicher **Bildungssysteme** und unterschiedlicher **Gesellschaftsstrukturen** nicht über Nacht wegzuwischen sind.

Es wird in den nächsten Jahren eine zentrale Aufgabe sein, diese Kluft wieder zu schließen. Wir Deutschen müssen uns wieder kennenlernen. Wir müssen uns langsam und behutsam einander annähern. Wir müssen uns gegenseitig so akzeptieren, wie wir in den 40 Jahren geworden sind. Der Stärkere darf den Schwächeren nicht überrollen.

- (B) Wir müssen auch bereit sein, das zu bewahren und zu akzeptieren, was es an **positiven Elementen in der DDR** trotz der Diktatur und gegen sie gibt: z. B. das solidarische Verhalten der Menschen zueinander und die soziale Verantwortung der Menschen füreinander, z. B. die Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben und ihr Selbstbestimmungsrecht, z. B. den Mut der Intellektuellen, gegen die Obrigkeit zu protestieren.

Meine Damen und Herren, die Vereinigung mit der DDR ist auch für uns im Westen eine **geistige** und eine **gesellschaftliche Herausforderung** ersten Ranges, und diese müssen wir bestehen, auch im Westen. — Danke schön.

Vizepräsident Engholm: Vielen Dank, Herr Regierender Bürgermeister!

Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsidenten Dr. Wagner (Rheinland-Pfalz).

Dr. Wagner (Rheinland-Pfalz): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem heute zu beratenden Staatsvertrag legen die verantwortlichen parlamentarischen Gremien der Bundesrepublik Deutschland den Grundstein für die deutsche Einheit. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz sieht in diesem **Staatsvertrag** eine **solide** und vor allem eine **wegweisende Arbeit**. Der Vertrag trägt den dringenden Notwendigkeiten in der DDR ebenso Rechnung wie den Möglichkeiten, über die wir verfügen. Die Bundesrepublik wird nicht überfordert.

Meine Damen und Herren, es ist Kritik an dem Verfahren geübt worden, mit dem dieser Vertrag ausgehandelt wurde. Manches daran mag berechtigt sein,

sich auch durch die Eile erklären. Es gibt aber andererseits ganz gewiß auch allen Anlaß, der **Bundesregierung** und den **Verhandlungsdelegationen** für die gewaltige Leistung bei der Ausarbeitung dieses umfangreichen Vertragswerkes zu **danken**, namentlich dem Bundesfinanzminister und den Leitern der beiden Verhandlungsdelegationen, Herrn Tietmeyer und Herrn Dr. Krause. Überhaupt möchte ich die Gelegenheit nutzen, um festzustellen, daß die Bundesregierung bei der Bewältigung der fürwahr schwierigen Aufgaben der letzten Monate mit glänzendem Erfolg tätig war und ist, sowohl was die inneren als auch was die äußeren Aspekte der Einheit angeht.

Ich beglückwünsche namentlich den Bundeskanzler und den Bundesaußenminister zu dieser Bilanz und sage auch ein Wort des Dankes an Bundesminister Seiters. Was hier geleistet worden ist, ist ganz beachtlich. Wir halten Wort. Schlimme, eifertige Worte, die wir in den letzten Monaten an die Adresse namentlich des Bundeskanzlers gehört haben — so war von „Wortbruch“ und vom „erneut begangenen Wortbruch“ die Rede —, erweisen sich als das, was sie von Anfang an waren, nämlich als Propaganda und Schaum. Hier wird Wort gehalten.

Natürlich gibt es gegen diesen Vertrag **Einwände** und **Bedenken**. Wieso nicht? Manche sind berechtigt. Bei einem Vertragswerk dieses Umfangs wird es immer Meinungsstreit geben. Das, meine Damen und Herren, wäre übrigens keinen Deut anders, wenn drei Jahre lang verhandelt worden wäre!

(D) Die Wirtschaft der DDR befindet sich in einem Prozeß rapiden Verfalls. Nicht einmal für einen Übergang wird in dieses System noch Vertrauen gesetzt. Alle **Hoffnung** richtet sich auf die **Soziale Marktwirtschaft** sowie die **Wirtschafts- und Währungsunion**, wie dies gestern die freigewählten Abgeordneten der Koalition in der Volkskammer, einschließlich der dortigen SPD, eindrucksvoll dokumentiert haben.

Wer diese Erwartung jetzt enttäuscht, übernimmt die volle Verantwortung für das Desaster, das folgen würde. Jede Verzögerung der wirtschaftlichen Einigung macht sie schwieriger, komplizierter und teurer — sowohl für uns als auch für unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen in der DDR. Wer jetzt nicht entscheidet, wird später sehr viel mehr bezahlen. Das hat auch Kollege Streibl schon mit Recht gesagt, und das ist für jeden, der sich ein Minimum von Einblick verschafft hat, sonnenklar.

Die Argumente gegen diese angeblich überzogene Eile haben — es tut mir leid, das sagen zu müssen — keinerlei Überzeugungskraft. Es wird davor gewarnt, daß viele Unternehmen in der DDR dem harten Wettbewerb nicht gewachsen sein würden, weil sie nicht in einem wettbewerbsfähigen Zustand seien. Ich teile diese Sorge. Wer teilt sie nicht? — Aber ich stelle fest, daß sich der Zustand dieser Unternehmen ohne Marktwirtschaft und ohne Währungsunion in den nächsten Jahren nicht verbessern, sondern verschlechtern wird. Durch längeres Zuwarten würden nicht weniger, sondern mehr Unternehmen konkursreif. Die Bausubstanz, die Verkehrswege, das Telekommunikationsnetz, die Krankenhäuser und vor allem die Umwelt würden nicht besser — sie würden

Dr. Wagner (Rheinland-Pfalz)

- (A) weiter verrotten. Durch **Zuwarten** wird nichts besser, sondern alles **schlechter**, nichts wird billiger, sondern alles wird **teurer**.

Ganz abgesehen davon müssen wir, wenn das Tempo gedrosselt wird, mit einem massiv verstärkten **Zustrom von Übersiedlern** rechnen. Wer will die Verantwortung dafür übernehmen? Ich höre schon diejenigen, die jetzt die Eile kritisieren, die Bundesregierung tadeln, sie habe nicht schnell genug gehandelt, um die Übersiedler fernzuhalten. Wir sind ja auch schon mit wirklich ungewöhnlichen und, ich möchte sagen, aberwitzigen Vorschlägen aus den Reihen der SPD konfrontiert worden. Ich habe zum Glück nicht gehört, daß irgend jemand den Vorschlag des Kollegen von Bülow aufgegriffen und bestätigt hätte, eine fünfjährige Zugangssperre für Bürger der DDR einzuführen. Das wäre dann wohl in der Tat die letzte Antwort, aber eine Antwort, die auf gar keinen Fall gegeben werden kann und für die wir jedenfalls niemals zu haben wären.

- (B) Ich vermisste greifbare und konkret begründete Argumente auf der Seite derer, die das angeblich zu schnelle Tempo kritisieren. Ich muß aber auch hinzufügen — bei allem Wohlwollen, das heute hier herrscht —: Wer vor kurzem noch die Forderung nach deutscher Einheit als „politische Umweltverschmutzung“ bezeichnet hat, der kann natürlich an dem, was jetzt vor sich geht, keinen Gefallen finden, ganz gleich, ob sie schnell oder langsam geschieht. Mancher, der in Wirklichkeit den ganzen Weg ablehnt, versteckt sich hinter Einwänden gegen das Tempo und mancher auch hinter Einwänden gegen die **man- gelnde Beteiligung der Länder**. Das sage ich nicht gegen alle. Ich denke, jeder weiß, wer damit gemeint sein kann.

Ich meine also, man sollte sich nicht hinter vordergründigen Einwänden verstecken, sondern zu seiner Überzeugung in der Sache stehen. Gewiß, die Beteiligung hätte besser sein können. Das sage ich auch für Rheinland-Pfalz. Ich sage aber auch, Herr Kollege Rau: Ich sehe schwerlich, wie das bei diesem Tempo wirklich befriedigend hätte geschehen können. Dann hätte man eben bedeutend langsamer vorgehen müssen. Bei dieser Option — bedeutend langsamer, bedeutend gemächlicher, meintwegen auch bedeutend gründlicher und mit bedeutend mehr Beteiligung aller Länder, dafür aber ein paar Monate mehr — sage ich ganz eindeutig: Schnelligkeit war wichtiger. Im Kern ging es nicht anders, so berechtigt manche Kritik an der zu geringen Beteiligung sein mag.

Die SPD-regierten Länder und die SPD überhaupt müssen ihre Positionen, die sie gestern und auch heute hier angedeutet haben, möglichst bald verdeutlichen. Wir müssen konkreter erfahren, was Sie mit diesen **Nachbesserungsforderungen** — es sind ja doch welche, Herr Kollege Rau — konkret meinen.

Was soll es z. B. heißen, wenn — ich zitiere — „die abrupte Einführung der D-Mark in der DDR“ beklagt wird? Was heißt hier „abrupte Einführung“? Die D-Mark wird zu einem Stichtag eingeführt. Bedeutet diese Kritik an der „abrupten Einführung“, daß wir sie später hätten einführen sollen?

(Zuruf Dr. h. c. Rau [Nordrhein-Westfalen])

Oder bedeutet sie: graduell, in Stufen oder wie auch immer? Ich kann jedenfalls nicht erkennen, was die Alternative dazu wäre.

Die „**Schutz- und Umstellungsfristen**“ für die Unternehmen in der DDR müßten genauer definiert werden. Zahlreiche Vorkehrungen sind übrigens schon jetzt getroffen, um den Unternehmen in der DDR die Umstellung zu erleichtern, um ihnen das notwendige Kapital zuzuführen. Selbstverständlich kann hier bei uns und ganz gewiß auch mit der Bundesregierung darüber diskutiert werden, ob das noch in irgendeiner Weise ausbaufähig ist.

Wie dies allerdings gehen soll, wenn man gleichzeitig betont, daß wir nicht nachbessern wollen und daß es nicht mehr kosten soll, werden Sie uns dann sicherlich in den Einzelberatungen erläutern.

Also: Bereitschaft selbstverständlich auch seitens unseres Landes zu Gesprächen über diese Forderungen, wenn sie konkretisiert werden können. Aber ich muß auch sagen: Gegenüber dem Gewicht der Sache, um die es hier geht, klingt das alles doch sehr nach kleiner Münze, sowohl die Einwände gegen das Tempo und die zu geringe Beteiligung als auch die Einwände in der Sache. Es klingt mir — ich muß das sagen — nach dem verzweifelten Suchen nach Gründen gegen eine Sache, an der man unbedingt etwas aussetzen finden muß, weil das **vermeintliche Parteiinteresse** es so verlangt — das Parteiinteresse oder, vielleicht genauer, Herr Lafontaine, der dieses Parteiinteresse in der SPD neuerdings maßgeblich zu definieren scheint und der — jedenfalls macht er diesen Eindruck — offenbar entschlossen ist, dieses Parteiinteresse notfalls höher zu stellen als die deutsche Einheit.

In der Diskussion um das Tempo spielen auch die sogenannten **äußeren Aspekte der Einheit** eine ganz wesentliche Rolle. Die internationale Lage ist im Fluß, der **Wandlungsprozeß in Europa** im Gange. Wer diesen Prozeß in Europa will, der muß bald verbindliche und stabile Lösungen finden, und zwar auch für Deutschland. Unsere historische Chance ist jetzt da. Wir können nicht absehen, wie lange wir sie haben werden. Deutschland muß seine Chance jetzt nutzen. Niemand garantiert, daß die günstige Konstellation, die weiß Gott jetzt besteht, auf Dauer bestehen wird. Wer verzögert, beschwört große Risiken herauf und übernimmt eine große Verantwortung.

Die **Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** ist der **erste zentrale Schritt zur Einheit**. Er ist begleitet von dem klaren politischen Bekenntnis beider Seiten, den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes herbeizuführen. Ich halte es für möglich, einen konkreten Zeitrahmen für diese Entwicklung zu vereinbaren. Wenn über die weiteren Schritte Einigkeit besteht, kann auch mit der DDR der Tag einer gesamtdeutschen Parlamentswahl bald festgelegt werden. Ich hoffe, daß uns dies gemeinsam hier und mit der DDR bald gelingt.

Leider herrscht auch hier gegenwärtig noch Streit über den richtigen Zeitpunkt. Allenthalben wird der drohende Zeigefinger gegen eine angebliche Überstürzung erhoben. Die Auffassung meiner Regierung dazu ist klar: Für eine Verzögerung gibt es keinen Grund. Handeln wir so schnell wie möglich! „So

Dr. Wagner (Rheinland-Pfalz)

- (A) schnell wie möglich“ heißt: selbstverständlich unter voller Beachtung unseres Umfeldes, insbesondere unserer Beziehungen zu den Vier Mächten, aber auch zu den Partnern in der EG. Wir wollen und wir können niemanden vor vollendete Tatsachen stellen; aber wir wollen und können zügig verhandeln. Rasche und gute Ergebnisse bei den **Zwei-plus-Vier-Verhandlungen** sind durchaus möglich. Warum sollten ausgerechnet wir Deutschen uns dann als Bremser betätigen?

Ich begrüße in diesem Zusammenhang, Herr Kollege Momper, das, was Sie gesagt haben. Wir können diesen Verhandlungen nicht vorgreifen. Wenn sie aber erfolgreich abgeschlossen sind, dann sollten wir keinen Moment mehr warten. Genau das ist die Auffassung der Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Unser ganzes Interesse ist eindeutig auf die **schnelle Herstellung der staatlichen Einheit** gerichtet. Sie **schaft** die **Stabilität** und das **Vertrauen**, was für den Aufbau in der DDR am dringendsten benötigt wird.

Mir stehen bei dieser ganzen Debatte — Vertrag jetzt, Weiterungen in bezug auf gesamtdeutsche Wahlen, Verhandlungen über die äußeren Aspekte, Tempo bei dieser Sache — zu viele Parteiinteressen und Ausgangspositionen für künftige Wahlen im Hintergrund oder zuweilen auch im Vordergrund. Ich habe dafür kein Verständnis. Hier geht es um die Sache unseres Volkes. Die Sache unseres Volkes ist wichtiger als die Sache einer Partei, welche es auch sei.

- Der Beitritt nach Artikel 23 bedeutet, daß das Grundgesetz künftig für ganz Deutschland gelten soll. (B) Auch das gefällt nicht allen. Deswegen wird jetzt eine **Volksabstimmung über** eine neue oder — es ist etwas diffus formuliert — zum Teil **neue deutsche Verfassung** gefordert. Das ergibt offenkundig doch wohl nur dann einen Sinn, wenn die Gelegenheit genutzt werden soll, uns vom Grundgesetz zu lösen. Auch hier gilt: Wer das will, soll es bitte klar sagen, soll mit der Sprache herausrücken. Unser Volk, namentlich die Bevölkerung der Bundesrepublik, hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, wer für den Erhalt des Grundgesetzes ist und wer nicht. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz steht jedenfalls zum Grundgesetz, zum **Beitritt nach Artikel 23** und folglich auch zu möglichst **frühzeitigen gesamtdeutschen Wahlen**.

Von mehreren Seiten ist begrüßt worden, daß die Vorbereitungen für die **Errichtung von Ländern in der DDR** Fortschritte machen. Auch ich freue mich darüber. Wir tun, was wir können — etwa in unserer Partnerschaft zu Thüringen —, unseren Partnern dabei mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Wir wollen ein **föderalistisches Gesamtdeutschland**. Das setzt starke Länder, genauso ausgestattete Länder wie die unsrigen hier in der Bundesrepublik, auch in der DDR voraus. Selbstverständlich können und wollen wir gemeinsam darüber reden, ob in einem Gesamtdeutschland nicht die eine oder andere zusätzliche Kompetenz und auch die eine oder andere zusätzliche finanzielle Ausstattung in diesem größeren Rahmen den Ländern — uns hier und auch den Ländern in der DDR — zukommen sollte.

Wir begrüßen bereits jetzt die in Entstehung begriffenen Länder in der DDR als Partner. Meine Damen und Herren, es wird oft gefragt, wie denn ein ausrei-

chendes Maß an **Selbständigkeit** und **politischer Autonomie** in der heutigen DDR gewahrt werden könne, wie dafür gesorgt werden könne, daß die DDR — so hört man es — von der Bundesrepublik nicht ganz vereinnahmt und dominiert werde. Die Antwort — es ist überraschend, daß dies bisher in der Öffentlichkeit so wenig erkannt wird — liegt im **Föderalismus**. Die künftigen Länder in der DDR werden breite Möglichkeiten eigenständiger Politik haben, genauso wie unsere Länder in der Bundesrepublik. Sie können gerade solche Gebiete, auf die man sich in der DDR häufig bezieht, wenn man über Dinge spricht, die man behalten möchte, z. B. das Kindergartenwesen, in der Zuständigkeit der Länder künftig autonom regeln, so wie wir es in unseren Ländern auch können. (C)

Die **wirtschaftliche Einheit** bringt für die Bundesrepublik Deutschland zunächst **Belastungen**, über die im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag entschieden werden muß. Wir können diese Belastungen aber verkraften. Die Wirtschaftslage ist nicht nur gut, sie ist vorzüglich. Die Arbeitsmarktzahlen beweisen es ebenso wie die Zahlen über das Wachstum und die neue Steuerschätzung. Die Einnahmeentwicklung ermöglicht eine Begrenzung der Neuverschuldung des Bundes und der Länder.

Die **Länder und Gemeinden** erbringen über den **Sonderfonds** einen angemessenen Teil. Damit erfüllen sie nur ihre Pflicht. Sie behalten aber, allen düsteren Prognosen zum Trotz, den notwendigen Spielraum für ihre eigene Politik. Ich sage dies auch für ein Land wie das Meine, das nicht zu den reichsten Ländern in der Republik gehört. Erst recht gilt diese Aussage selbstverständlich für die Länder, deren finanzielle Ausstattung besser ist als die des Durchschnitts. (D)

Die Ergebnisse der neuen Steuerschätzung untermauern aber auch die Erklärung der Bundesregierung, daß die **Kosten der deutschen Einheit ohne Steuererhöhung finanziert** werden könnten. Dies ist auch meine klare Auffassung. Die vorsichtige Haltung der Bundesbank oder einzelner Vertreter der Bundesbank zu diesem Thema ist begreiflich; sie findet aber in der gegenwärtigen Situation und in den Finanzprognosen für die nächsten Jahre wenig Stütze.

Die **Neuverschuldung** der öffentlichen Hand auf allen Ebenen wird zunächst steigen, sich aber in sehr vertretbaren Grenzen halten. Auf der Grundlage aller verfügbaren Zahlen läßt sich sagen, daß die jährliche Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden auch auf dem Höhepunkt der Finanzierungslast für die DDR — nämlich 1991 — deutlich unter 4 v. H. des Bruttosozialproduktes bleiben und schon im Jahr danach wieder unter 3 v. H. und danach unter 2 v. H. sinken wird. Zum Vergleich: Zu Beginn der 80er Jahre, also im Endstadium der sozialliberalen Koalition, lag die gesamte Neuverschuldung aller Ebenen bei 4,9 v. H. des Bruttosozialprodukts. Wir werden trotz der Belastungen für die DDR also weit unter dieser Verschuldungsrate bleiben. Mir fehlt deswegen jedes Verständnis, wenn Politiker, die sich mit Finanzen beschäftigen, von „unverantwortlicher Schuldenmacherei“ sprechen. Das hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

Dr. Wagner (Rheinland-Pfalz)

(A) Gewiß: Die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist nicht für 3,50 DM zu haben. Aber sie ist bezahlbar! Und außerdem sind die Milliarden hierfür eine **Jahrhundertinvestition**. Sie wird für uns alle — auch in der Bundesrepublik — Früchte tragen. Sie verdient wirklich ihren Namen. Damit wird die **freiheitliche demokratische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung** in jenem Teil Deutschlands eingeführt, der 40 Jahre lang ein ineffizientes System ohne Aussicht auf Besserung erdulden mußte. In dieser Situation ist für viele Bürger in der DDR die **D-Mark** nicht nur ein Symbol materiellen Wohlstands, sondern auch ein **Symbol der Freiheit**, ein Stück gedruckter Freiheit.

Im übrigen: Je wirksamer die Hilfe ist, um so schneller wird die DDR wirtschaftlich gestärkt. Das wirtschaftliche Wachstum dort mindert wiederum die Kosten der Union. Es ermöglicht, den Modernisierungsprozeß zu erheblichen Teilen aus diesem wirtschaftlichen Wachstum zu finanzieren.

Das ist alles sehr bedeutsam. Diese Investition wird sich in wenigen Jahren für uns alle lohnen. Das ist bedeutsam; es ist nach meiner Überzeugung aber nicht das wichtigste. Man könnte den Eindruck gewinnen, wenn man die Diskussion der letzten Monate verfolgt, die deutsche Einheit sei so etwas wie ein finanzielles Rechenexempel. Rechnen können muß man auch. Ich denke, wir können es.

(B) Aber Rechnen ist nicht das einzige. Der Mensch lebt bekanntlich — um die Bibel noch einmal zu bemühen — nicht vom Brot allein. Die **deutsche Einheit** ist eine **Sache des Herzens, der nationalen Solidarität**. Sie ist eine ganz große Chance für unser Volk, die Folgen der Nachkriegszeit, die nach dem verbrecherischen Zweiten Weltkrieg immer noch auf uns lasteten, jetzt wirklich zu überwinden und als völlig souveränes, freies Volk so wie alle anderen Völker in den Verbund der europäischen Länder einzutreten. Das ist die wahre Aussage zur deutschen Einheit. Das Finanzielle, das Wirtschaftliche gehören dazu.

Deswegen sind die Wirtschafts- und Sozialunion und die „Umweltunion“ ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Politik, den **Europäischen Binnenmarkt** zu vollenden und auch hier eine Wirtschafts- und Währungsunion herbeizuführen. Die deutsche Wirtschaftseinheit ist die erste Bewährungschance für die künftige Aufgabe, alle Staaten Europas, die demokratisch verfaßt sind und die dies wollen, alle Staaten Europas, die freiheitlich und demokratisch organisiert sind und sich gemeinsamen Werten verpflichtet fühlen, zusammenzuführen.

Die **deutsche** und die **europäische Einheit gehören zusammen**. Sie sind ein Werk des Friedens und der Freiheit für unseren Kontinent und darüber hinaus.

Bei diesem Werk setzen wir auch auf Zusammenarbeit und Freundschaft, auf Verständigung und gemeinsame Interessen mit der **Sowjetunion**. Auch die Sowjetunion hat von der deutschen und europäischen Einheit viel mehr zu gewinnen als zu verlieren.

Wir bitten die Sowjetunion, unserer Zukunftsplanung **Vertrauen** entgegenzubringen. Die notwendigen Abmachungen müssen Elemente der **Stabilität** sowie einer künftigen **Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa** sein. Diese Vertragswerke sind wich-

tig; aber Vertrauen, das durch wirkliches Handeln geschaffen wird, das den Frieden durch Taten sichert, ist die beste Garantie für die Zukunft. (C)

Vizepräsident Engholm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Wagner!

Ich erteile das Wort Herrn Bürgermeister Wedemeier (Bremen).

Wedemeier (Bremen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stimmen sicherlich darin überein, daß die **föderale Ordnung** der Bundesrepublik als Teil eines Systems der Gewaltenteilung den Verfassungszielen entspricht.

Die Aufteilung staatlicher Machtbefugnisse dient der Sicherung der **rechtsstaatlichen** sowie **freiheitlichen Ordnung**, und wir wissen auch, daß die verschiedenen politischen Handlungsebenen wesentlich für die Ausgestaltung des **demokratischen Prinzips** sind.

Die **vertikale Gewaltenteilung** einschließlich der **kommunalen Selbstverwaltung** hat dazu beigetragen, den Gegensatz zwischen dem Staat und seinen Bürgern durch die umfassenden Möglichkeiten ihrer Beteiligung am öffentlichen Leben abzubauen, und hat damit schließlich die **Demokratie gestärkt**.

Unsere föderale Ordnung hat die **regionale, gesellschaftliche und politische Vielfalt** sowie die Verschiedenartigkeit der Aufgaben der Regionen der Bundesrepublik nicht zuletzt durch das Nebeneinander von Ländern unterschiedlichen Zuschnitts wirksam zur Geltung gebracht. (D)

Ich begrüße die beabsichtigte Bildung von Ländern auf dem Gebiet der jetzigen DDR nach den heute anerkannten historischen Zusammenhängen und sehe darin einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung einer **föderalen Struktur eines künftigen vereinten Deutschland**.

Ich habe mich in diesem Sinne bereits in unserer Sitzung am 16. Februar dieses Jahres geäußert und ebenso darauf hingewiesen, daß demzufolge jegliches zentralistisches Handeln seitens der Bundesregierung unterlassen werden müsse.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme heute nicht umhin festzustellen, daß das uns vorliegende Vertragswerk auf der Grundlage einer äußerst rigiden zentralistischen Vorgehensweise der Bundesregierung zustande gekommen ist. Wenn wir heute von Herrn Waigel und Herrn Streibl zur Solidarität und Verantwortung aufgerufen werden, so muß ich zunächst einmal sagen: Dazu brauchen wir nicht aufgerufen zu werden. Für uns ist **Solidarität** mit den Menschen in der DDR **selbstverständlich**. Wer wüßte es besser als Sozialdemokraten, wie in den vergangenen 40 Jahren gelitten worden ist, wie besonders zu Beginn Politiker haben leiden müssen, die z. B. die Zwangsvereinigung nicht haben mitmachen wollen. Wir kennen auch unsere **Verantwortung**. Wir stellen auch nicht etwa — ich darf damit auf Ihre Wahlkampf- rede kurz eingehen, Herr Wagner — das Wohl der Partei über das Wohl der deutschen Einheit. Mehr ist dazu aber auch nicht zu sagen.

Wedemeier (Bremen)

(A) Ich muß an dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber auch sagen: Es ist schon beeindruckend, daß hier und heute plötzlich solche Appelle zur Verantwortung und zur Solidarität kommen. Dies hielt man vor wenigen Wochen noch nicht für nötig, weil man diesen Vertrag, die Frage der Zusammenführung der beiden deutschen Staaten in der Tat als Privatsache betrachtet hat.

Ich darf Ihnen offen sagen, Herr Bundesfinanzminister, welchen Eindruck ich habe. Sie sind einer von denen, die auf die Zusammenarbeit mit ihren Länderkollegen großen Wert legen. Das wissen wir. Ich wiederhole es gerne noch einmal, daß wir uns über den **Kompromiß** sehr befriedigt zeigen, den Sie ausgehandelt haben. Was ich jetzt sage, betrifft auch nicht Sie; aber Sie müssen es ja weitergeben:

Nach meinem Eindruck war es Absicht, die Opposition weder als Partei noch als Mitglieder des Bundesrates — wo wir nicht ohne weiteres Opposition sind, um das einmal festzuhalten; das ist nicht unsere Rolle — in diesen Prozeß einzubeziehen. Ich habe den Eindruck gehabt, daß es Kräfte gab und daß der Bundeskanzler diesen nachgegeben hat, die diesen Vertrag bewußt gegen die Sozialdemokraten abschließen wollten, auch um sie in der Geschichtsschreibung in die Ecke stellen zu können. Deshalb kann man nicht von Verunsicherungskampagnen reden, Herr Streibl.

(B) Es ist in der Tat so, daß die SPD (Ost) eine andere Auffassung hat als die SPD (West). Übrigens gibt es in der DDR unterschiedliche Meinungen innerhalb der SPD (Ost). Aber die Mehrheiten sind klar und eindeutig. Es ist nun einmal so: Erstens ist es eine selbständige Partei, und zweitens — das ist nicht ganz ernst gemeint; aber sagen will ich es — ist es bei uns nicht üblich, sich ständig beim Parteivorsitzenden (West) einzustellen, um sich sagen zu lassen, was man zu tun und zu lassen hat. Die Freunde im Osten haben das in den letzten 40 Jahren auch nicht sehr lange üben können.

Es hat also nichts mit Verunsicherungskampagnen zu tun, was wir an Bedenken anmelden. Jetzt sind Sie aufgrund des Wahlergebnisses in Niedersachsen natürlich gezwungen, das **Verfassungsorgan Bundesrat** wieder **ernst zu nehmen**.

(Vorsitz: Präsident Momper)

Das hat es in der Vergangenheit nicht gegeben. Diese Situation gab es seit dem Wechsel 1982 nicht mehr. Aber nun stehen wir vor der Tatsache, daß die Länderregierungen ihre Länder wieder vertreten können und die Bundesregierung auf uns hören muß.

Wie hier verfahren wurde, habe ich gestern abend gelernt. Im **Innerdeutschen Ausschuß** hat der Vorsitzende, der verehrte Kollege Späth, gesagt — ich glaube, das darf ich trotz der Vertraulichkeit dieser Sitzung sagen —, er verstehe uns nicht, er habe jeden zweiten Tag die neuesten Änderungsvorschläge der Bundesregierung auf dem Tisch gehabt. Ich habe daraufhin erwidert, das müsse eine Präsidiumsvorlage der CDU gewesen sein, obwohl er diesem, wie wir wissen, nicht mehr anhört. Wir jedenfalls haben nicht jeden zweiten Tag neue Vorschläge der CDU zum Staatsvertrag gehabt. Hier hat es offenbar auch **unterschiedliche Informationsstränge** gegeben.

(C) Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat es immer wieder verstanden, Mittel und Wege zu finden, die Länder lediglich grob zu informieren, keinen genauen Einblick zu geben, vieles im Nebel zu belassen, darauf zu verweisen, es seien noch keinerlei Vorentscheidungen getroffen, kurz, die Länder aus der Vorbereitung und auch aus den Verhandlungen tatsächlich auszuschließen, was in der Tat hier und dort deutlich macht, daß die Verhandlungsführer plötzlich nur noch „Expertenführer“ gewesen sind.

Jetzt wird das Ganze mit dem enormen Zeitdruck begründet. Es bleibt aber festzuhalten, daß die **föderativen Strukturen** unserer Verfassung in dieser wichtigen Phase unserer Geschichte von der Bundesregierung dennoch **mißachtet** worden sind. Der Zeitdruck ist keine Entschuldigung! Wir hätten uns diesem Zeitdruck ausgesetzt. Eine umfassende und vor allem rechtzeitige Mitwirkung an diesem Vertrag war nicht gewährleistet. Das Ergebnis dieses Verfahrens liegt uns nun zur Beratung vor.

Wir Sozialdemokraten haben sehr früh zu **Besonnenheit** und **Umsichtigkeit** aufgerufen und davor gewarnt, übereilt Fakten zu schaffen. Mittlerweile hat auch die Bevölkerung in der DDR bemerkt, daß der durch sie erwirkte, tiefgreifende politische Prozeß sowie die Annäherung der beiden deutschen Staaten inzwischen eine Dynamik entwickelt haben, die ganz ausschließlich von der Bundesregierung bestimmt wird. Man erkennt in der DDR zunehmend, daß dies den eigenen Interessen nur noch sehr bedingt entspricht. Natürlich, die D-Mark soll her. Aber daß Menschen auch Angst vor Arbeitslosigkeit haben, muß für uns ebenso verständlich sein. Es bestehen berechnete **existenzielle Ängste**, und viele blicken in eine äußerst ungewisse Zukunft. (D)

Meine Damen und Herren, die Erfahrungen bestätigen immer wieder, daß gute, für alle Betroffenen annehmbare und tragfähige Ergebnisse nur zustande kommen, wenn vertragliche Grundlagen und deren Auswirkungen gründlich geprüft, erörtert, abgewogen und den Erkenntnissen entsprechend auch geändert werden können. Richtig ist, die Bundesregierung hat nachgebessert, z. B. bei den **Umweltschutzerfordernissen**. Notwendig wäre nach meiner Meinung die zeitgleiche Vereinbarung der „**Umweltunion**“ gewesen. Die Schwierigkeiten kann auch ich mir ausmalen. Die Frage bleibt aber, Herr Finanzminister — es muß ja nicht alles innerhalb des Vertrages geändert werden, was wir an Wünschen haben —, ob nicht außerhalb ein Zeitpunkt z. B. für die Einführung der „Umweltunion“ vereinbart werden kann.

Über **Schutz- und Umstellungsvorsschriften für Betriebe** ist gesprochen worden. Das hängt halt mit den **Ängsten** der Menschen vor **Arbeitslosigkeit** eng zusammen. Wir in der Bundesrepublik reden bei über zwei Millionen Arbeitslosen teilweise von einer Massenarbeitslosigkeit, was sie auch ist. Wenn aber in der DDR zwei bis drei Millionen Arbeitslose befürchtet werden, dann hat das ganz andere Dimensionen als zwei Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik. Das hängt mit der Frage zusammen, inwieweit man Betriebe absichern kann.

Hinzu kommt, daß das Vertragswerk nach meiner Meinung **föderativen Prinzipien** nur ungenügend

Wedemeier (Bremen)

- (A) Rechnung trägt. Es gilt, innerhalb oder außerhalb sicherzustellen, daß die künftigen Länder der jetzigen DDR eine vergleichbare Position und Stellung haben werden wie die Länder in der Bundesrepublik. Dies beinhaltet natürlich auch vergleichbare Grundlagen: unabhängige Haushaltswirtschaft, Mitwirkung der Länder im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank, auch Regionalisierung der zu schaffenden sozialen Sicherungssysteme. Ich will nur am Rande bemerken, daß die Schaffung von gleichen Verhältnissen in den Regionen der DDR nicht nur dort, sondern auch in der Bundesrepublik gelten muß, weshalb wir — das ist in den vergangenen Tagen mißverstanden worden — mit unserer Vereinbarung über den **Fonds „Deutsche Einheit“** und die darin enthaltene Vereinbarung, die Länder der DDR nicht vor dem 1. Januar 1995 in den Finanzausgleich aufzunehmen, unsere **Klage in Karlsruhe** natürlich **nicht zurückgezogen** haben. Dabei gehe ich aber davon aus, Herr Bundesfinanzminister: Wenn Sie das so händeln wie beim Fonds „Deutsche Einheit“, können wir darauf sicherlich verzichten, falls Sie den Ländern dabei so entgegenkommen, wie es hier nötig war und auch geschehen ist.

Ich finde es insgesamt bemerkenswert, daß der Vertrag ohne Beteiligung der Länder zustande gekommen ist, daß die Länder bei der Ernennung der Mitglieder des **Schiedsgerichts** nicht beteiligt werden sollen und auch im **Gemeinsamen Regierungsausschuß** nicht gleichberechtigt mitwirken sollen. Das sind eben Dinge, die nicht akzeptiert werden können, die man aber noch ändern kann. Wir fordern nicht mehr als die Beteiligung der Länder im Ratifikationsgesetz zum Vertrag durch entsprechende Regelungen in bezug auf das, was ich soeben erwähnt habe und was heute morgen schon genannt worden ist. Ich denke, es ist höchste Zeit, jetzt das Gespräch auch darüber zu beginnen. Ich habe mich gefreut, daß gerade Herr Streibl die föderativen Strukturen wieder in den Vordergrund gestellt hat. Ich denke, dann muß man aber auch entsprechend handeln.

Ein ganz besonders wichtiger Punkt — die anderen will ich jetzt nicht wiederholen — scheint mir das **Staatsvermögen der ehemaligen SED**, der heutigen **PDS**, aber auch ihrer Hilfsorganisationen und der ehemaligen **Blockparteien** zu sein. Ich weiß, daß das wehtut, wenn man eine Schwesterpartei hat, die in der DDR in den letzten 40 Jahren nicht nur zu einer strammen Organisation — das war im Wahlkampf sehr hilfreich —, sondern auch zu Vermögen gekommen ist. Aber auch dieses Vermögen ist dem Volk entzogen worden und muß an das Volk der DDR zurückgegeben werden; sonst wird vieles unglaublich, was gesagt wird. Ich denke, daß man dies — das kann auch außerhalb des Vertrages geschehen — noch tun kann.

Kurz und knapp, meine Damen und Herren: Wir haben noch Zeit bis zum 20. Juni, bis zur Sitzung des Bundestages, oder bis zum 22. Juni, wenn der Bundesrat hier wieder zusammenkommt. Man sollte nicht abwarten, wie eventuelle Abstimmungen bis zum 22. Juni ausgehen, um erst dann, etwa zwischen dem 22. Juni und dem 2. Juli, den Versuch zu unternehmen, sich zu einigen. Ich denke, wir, der Bundeskanz-

ler, die Parteien und die Länder sollten den Versuch unternehmen, bis dahin über die von uns vorgebrachten Wünsche Einvernehmen zu erzielen. Dann haben wir am 22. Juni hier eine ganz andere Debattensituation.

Wir haben nicht erst gestern und heute darauf hingewiesen, welche Bedenken es gibt; wir finden aber seit der **Wahl in Niedersachsen** mehr Beachtung für die Bedenken, die wir haben. Wir verlangen jetzt — dies ist zwingend —, daß mit uns über unsere Bedenken geredet wird. Lassen Sie uns die Zeit bis zum 22. Juni nutzen!

Für das Land Bremen sage ich, daß unser Stimmverhalten am 22. Juni allein in dem dafür zuständigen Verfassungsorgan, dem Senat, festgelegt wird. — Danke.

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Kollege!

Das Wort hat nunmehr Herr Bundesminister Seiters. — Bitte schön, Herr Kollege Seiters!

Seiters, Bundesminister für besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramtes: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung möchte nicht den Eindruck erwecken, daß sie in dieser Debatte das erste und das letzte Wort hätte. Deswegen habe ich mich jetzt zu vier kurzen Bemerkungen zu Wort gemeldet, um auf einiges, was hier gesagt wurde, und auch auf den Antrag der Länder Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein eingehen zu können.

Erstens. In einigen Bemerkungen und auch in dem Antrag — übrigens wortgleich mit der gestrigen Presseerklärung der SPD-Bundestagsfraktion — ist davon die Rede gewesen, daß dieser Vertrag zu einer abrupten Einführung der Deutschen Mark in der DDR führe, bei der keine ausreichenden **Schutz- und Umstellungsfristen für die Unternehmen** in der Deutschen Demokratischen Republik vorgesehen seien. Ich möchte noch einmal die Frage stellen, an wen sich die Kritik richtet und was denn die Folge einer Berücksichtigung dieser Kritik wäre. Wenn es richtig ist, was der Regierende Bürgermeister gesagt hat — ich teile diese Auffassung —, daß von Anfang an die **Menschen in der DDR das Tempo** der Entwicklung **bestimmt** haben, kann sich die Kritik nicht an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik richten. Sie wissen sehr wohl, daß das **Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers** vom November 1989 einen ganz anderen Zeithorizont vorsah, einen Prozeß in einer ganzen Reihe von Stufen. Ein Zeitplan war nicht vorgesehen. Ich brauche nur die Zahl 360 000 Übersiedler von Anfang November 1989 bis Ende März 1990 zu nennen und an die vielen Diskussionen zu erinnern, die wir hier geführt haben, bei denen geradezu beschwörende Appelle an die Adresse der Bundesregierung gerichtet wurden, alles zu tun, damit dieser **Übersiedlerstrom** zurückgeht. In der Debatte ist schon gesagt worden, daß er Gott sei Dank deswegen **zurückgegangen** ist, weil die **Perspektive Währungsunion, Wirtschaftsunion und Sozialunion gewirkt** hat. Es mußte gleichermaßen rasch und verantwortungsvoll gehandelt werden.

Bundesminister Seitzers

(A) Ich will auch noch einmal daran erinnern, daß noch vor dem 18. März, vor den Volkskammerwahlen, gerade auch von seiten der Sozialdemokratie in der DDR massiv die schnelle Verwirklichung der Währungsunion gefordert wurde. Der 1. Juli steht in der Koalitionsvereinbarung nicht deshalb — das wissen wir doch alle —, weil das irgendein Datum ist, sondern weil das der Beginn der Ferien in der DDR ist. Es waren doch gerade unsere Freunde in der DDR, die von uns erwartet haben, daß wir das Datum 1. Juli nennen, und zwar aus praktischen und naheliegenden Gründen.

Ich will unterstreichen, daß der DDR-Finanzminister Rombertg den **Vertrag** gestern als einen **entscheidenden Schritt** auf dem Wege zur **Vereinigung** gewürdigt hat. Damit sei eine feste Brücke für den Übergang geschaffen worden, die über die vor der DDR liegenden Unsicherheiten führen solle. Die SPD-Volkskammerfraktion hat das Ergebnis ausdrücklich mitgetragen.

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht so, daß mit der DDR-Regierung keine finanziellen Maßnahmen vereinbart worden wären, um den Übergang der DDR-Betriebe in die Soziale Marktwirtschaft zu begleiten und zu erleichtern. Der Bundesfinanzminister hat im einzelnen vorgetragen — ich will dies nur wiederholen —: allein im zweiten Halbjahr 1990 mehr als 7 Milliarden DM für **Anpassungshilfen**, für zusätzliche **Investitionszulagen** und für weitere **Hilfen im Rahmen des DDR-Haushalts**; gleichzeitig ein umfassendes Rahmenprogramm, mit dem die Bedingungen der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR eingeführt werden.

(B) Hierzu will ich nur sagen — in diesem Punkt unterseide ich mich von Herrn Momper —: Ich bin schon froh darüber, daß wir die 15 Milliarden DM jetzt noch haben und sie sinnvoll und wirkungsvoll einsetzen können, obwohl uns dringend nahegelegt worden war, sie schon vorher der Regierung Modrow zu übereignen. Wir brauchen sie jetzt dringend, damit die Wirtschaft der DDR gesundet und die Arbeitsplätze, soweit es geht, auch sicher gemacht werden können.

In diesem Zusammenhang, Herr Momper, ist das Stichwort „Kälte“ gefallen. Auch dieser Vorwurf kann sich nun wirklich nicht an die Adresse der Bundesregierung richten. Zum Stichwort „Kälte“ fällt mir einiges ein, fallen mit einige Vokabeln, einige Reden ein. Ich will das hier nicht vertiefen. Diese Kritik kann sich nicht an uns richten. Die Menschen in der DDR haben sehr wohl gespürt — auch in den letzten Wochen —, wer ihnen mit Herz und Gefühl und wer ihnen mit Kälte begegnet ist.

Angesichts der **völligen Übereinstimmung mit der Regierung der DDR**, was die Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli anbetrifft, noch einmal: An wen richtet sich die Kritik? Ich sage: Es sind die Menschen in der DDR, unsere Landsleute, die die schnelle Verwirklichung der Währungsunion wünschen, weil dies der einzig erfolgversprechende Weg ist, um ihnen bessere Lebensperspektiven zu geben.

Zweitens. Der Antrag kritisiert — das ist auch in der Debatte hier gesagt worden —, daß die Umweltschutzerfordernisse unzureichend berücksichtigt

würden und nicht gleichzeitig zur Vereinbarung einer Umweltunion führten. Ich verweise darauf, daß im Vertrag ausdrücklich festgelegt ist, daß die DDR und die Bundesrepublik Deutschland die schnelle Verwirklichung einer **deutschen „Umweltunion“** anstreben. Für neue Anlagen und Einrichtungen gelten mit Inkrafttreten des Vertrages bundesdeutsche Anforderungen. Bei bestehenden Anlagen und Einrichtungen sollen diese Standards möglichst schnell erreicht werden. Das Umweltrecht wird so schnell wie möglich angeglichen und weiterentwickelt — auch dies in voller Übereinstimmung mit der Regierung der DDR, die von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen wird. Eine weitere Konkretisierung soll durch ein **Gesetz zum Umweltschutz** erfolgen, das jetzt schon erarbeitet wird und von dem wir hoffen, daß es auch zeitgleich in Kraft gesetzt werden kann. In diesem Gesetz geht es nicht nur um Anlagen, sondern auch um Produkte. Dies ist auch ein Stichwort in dem vorliegenden Antrag.

Drittens. Was **unrechtmäßig erworbenes Vermögen** angeht, so gibt es in dem Vertrag eine Mißbrauchsregelung, die von seiten der DDR noch konkretisiert wird. Hierauf haben wir genauso Wert gelegt wie die DDR selbst, und daran sind wir nachdrücklich interessiert.

Schließlich — viertens — ein Wort zum **Verhältnis von Bund und Ländern**. Es stimmt, wenn wir sagen, daß die Bundesregierung den Weg zur deutschen Einheit in enger Abstimmung mit den Ländern beschreiten möchte; denn hier gibt es eine **gesamtstaatliche Verantwortung**, die wir gemeinsam tragen. Ich möchte an dieser Stelle aber noch einmal wirklich um Verständnis für die besondere Lage bitten, in der wir uns befunden haben. Ich sage noch einmal: Die Umwandlung einer zentralistischen, über 40 Jahre gewachsenen sozialistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft innerhalb weniger Wochen und Monate, die wir uns hier vorgenommen haben, ist ein gigantisches Unternehmen, für das es kein vergleichbares historisches Vorbild gibt.

Auch wir haben uns gefragt, ob es nicht schöner gewesen wäre, wenn wir dazu mehr Ruhe und mehr Zeit gehabt hätten, um abzuwägen und zu gestalten. Aber diese Zeit hatten wir nicht! Am 18. März waren die Volkskammerwahlen. Dann folgte die Regierungsbildung. Am 24. April haben wir der DDR unser Angebot gemacht, und heute haben wir den 22. Mai. Natürlich hat es innerhalb der Bundesregierung notwendige Gespräche über Arbeitspapiere zur Vorbereitung eines Staatsvertrages gegeben. Der erste, der diese Arbeitspapiere in die Hand bekommen hat — am 24. April —, war der Ministerpräsident der DDR. Kritik an diesem Verfahren halte ich nicht für berechtigt. Wenn wir von gleichberechtigter Partnerschaft mit der DDR sprechen, dann muß der Regierungschef der DDR, unser Partner, der erste sein, dem die Vorschläge der Bundesregierung überreicht werden. Aber unmittelbar danach sind diese Unterlagen den Bundesländern und allen Fraktionen des Deutschen Bundestages zugeleitet worden.

Wir haben viele Besprechungen miteinander gehabt. Ich gebe zu, daß es sich dabei teilweise nur um eine **Grobunterrichtung** gehandelt hat. Wir mußten

Bundesminister Seiters

- (A) aber auch uns selber in der Regierung noch abstimmen. Wir haben jedoch am 30. März, am 26. April, am 10. Mai und am 16. Mai Gespräche mit den Chefs der Staats- und Senatskanzleien geführt. Der Bundeswirtschaftsminister hat die Wirtschaftsminister, der Bundesfinanzminister die Finanzminister informiert. Es gab ein gemeinsames **Gespräch** des Bundesfinanzministers und mir **mit den Vertretern von Nordrhein-Westfalen, Bayern und Berlin**, die dann auch an den Ministergesprächen mit der DDR beteiligt waren. Es gab Gespräche des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs, bei denen auch ein ständiger Gedankenaustausch vereinbart wurde. Der Fonds „Deutsche Einheit“ wurde begrüßenswerterweise von Bund und Ländern gemeinsam verabschiedet.

Ich weiß, daß dies eine maßlose Übertreibung ist; aber es gibt Leute, die sagen, in dem Verhältnis von Bund und Ländern und in dem Verhältnis von Regierung und Opposition sei das Verhalten dieser Regierung um Lichtjahre von dem entfernt, was wir in den 70er Jahren bei anderen Verträgen erlebt haben. Ich teile diese Meinung in diesem Ausmaß nicht; aber es gibt sie.

- Bei den Ländern gibt es eine Reihe von Wünschen, was die **Beteiligung der Länder am Regierungsausschuß** oder in anderen Fragen anbetrifft. Darüber werden wir sprechen. In dem gemeinsamen Gespräch des Bundesfinanzministers und von mir mit den Vertretern der Länder ist bereits ausdrücklich erklärt worden, daß wir hier eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern und auch ihre Beteiligung wünschen. Der Text des Staatsvertrags steht dem überhaupt nicht entgegen. Wir müssen das Verfahren miteinander abstimmen, und ich bin sicher, daß wir hier zu einer einvernehmlichen Regelung kommen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich deswegen noch einmal folgendes sagen. Meine Einschätzung und auch meine ganz persönliche Überzeugung, die ich hier einbringe, sind: Dieser Staatsvertrag ist von der Verantwortung gegenüber unseren Landsleuten in der DDR getragen. Er ist getragen von unserer Verantwortung gegenüber den Bürgern und Steuerzahlern in der Bundesrepublik Deutschland, und er ist auch getragen von der Verantwortung gegenüber der Stabilität der D-Mark, an der die Landsleute in der DDR und die Bürger bei uns das gleiche elementare Interesse haben müssen; denn wir wissen sehr wohl, daß **wirtschaftliche Instabilität** immer auch den Keim **politischer Instabilität** in sich trägt. Deswegen haben wir in enger Abstimmung mit der Bundesbank das getan, was wir glauben verantworten zu können, weil wir die **Stabilität der D-Mark** nicht gefährden, sondern **bewahren** wollen.

Dieser **Staatsvertrag** atmet den **Geist der Solidarität**. Deswegen kommt es entscheidend darauf an, daß wir den von der Bundesregierung ebenso wie von der Regierung der DDR gewünschten Zeitplan einhalten, daß wir die Hoffnungen und Erwartungen unserer Landsleute nicht enttäuschen.

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Bundesminister!

Das Wort hat nunmehr der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Herr Kollege Engholm. — Bitte schön, Herr Kollege!

Engholm (Schleswig-Holstein): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte Ihnen meine kleine Rede eigentlich ersparen wollen; aber ich habe festgestellt, daß es nur schwer möglich ist, handschriftliche Zettel zu Protokoll zu geben. Ich werde mich das nächste mal darauf einrichten, eine ausgearbeitete Rede mitzubringen.

Ich möchte eine Bemerkung zum bisherigen Verfahren machen und auf das hinweisen, was auch der Kollege Rau gesagt hat, nämlich daß der **föderative Aufbau** dieser Republik nicht nur ihr Spezifikum, sondern ein **konstitutives Element der Existenz unserer zweiten deutschen Demokratie** ist. Wenn die Bedeutung der Länder und des Bundesrates so hoch ist, hätte es, denke ich, möglich sein müssen, die Länder bei dieser für die Zukunft der Deutschen und des europäischen Kontinents insgesamt entscheidenden Frage zu beteiligen.

Ich habe mich an 20 Jahre Politik, die ich hinter mir habe, zurückzuerinnern versucht. Ich habe mich an keinen einzigen Tag während dieser Zeit erinnern können, an dem die Länder durch Nichtbeteiligung so „über den Löffel balbiert“ worden wären wie in dieser für uns alle entscheidenden Frage. Ich weiß, daß Helmut Schmidt gelegentlich — auch gegenüber den Bundesländern — ein harter Mann war; aber so wenig Beteiligung in wesentlichen Fragen ist nach meiner Erinnerung noch nie vorgekommen.

Wir haben beim ersten Gespräch mit dem Bundeskanzler vereinbart, daß die Länder am Prozeß der Einigung voll beteiligt werden sollten. Passiert ist nichts. Das, was später angeboten wurde, nämlich ein „Jour fixe“ von nun an, war das Ergebnis des schnellen Lernens aus dem Wahlergebnis von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Das spricht zwar auch für bestimmte politische Qualitäten, aber nicht für diejenigen, die wir in diesem Fall erwartet haben.

Die Frage der **Einbeziehung der Länder** ist auch keine Frage des Zeitdrucks. Teilnahme an wichtigen Sitzungen kostet nicht Zeit, sondern spart Zeit für eine nachträgliche Information. Ich stimme dem Kollegen Wedemeier zu: Hier ist in einer Weise zentralistisch verfahren worden, wie es nach meiner Erinnerung noch nie vorgekommen ist. Um ein vergleichbares Beispiel zu nennen: Bei der Beratung des **Grundlagenvertrages** hat es in der Vergangenheit **konsultative Verfahren** gegeben. Der damalige Oppositionsführer ist nicht nur informiert, sondern voll in die Sache einbezogen worden. Das hätte hier, angesichts der Bedeutung dessen, worum wir ringen, auch möglich sein müssen. Gerade wenn die Vertreter der Bundesregierung das künftige gemeinsame Vaterland und die Staatssolidarität bemühen, ist es um so unverständlicher, daß der zweite wichtige Pfeiler dieses Staates nicht einbezogen worden ist.

Kollege Wagner hat an einer Stelle gesagt, Verfahren seien nicht so wichtig. Ähnliches habe ich auch von Vertretern der Bundesregierung gehört: Wenn das Ziel groß genug ist, dann ist der Weg sekundär. Ich halte das für eine hochproblematische Einschätzung.

Engholm (Schleswig-Holstein)

- (A) zung. — Ich habe in meinem politischen Leben gelernt — die meisten von Ihnen auch —, daß Ziel und Weg eine Einheit zu bilden und von gleicher Qualität zu sein haben. Wer ein hohes Ziel vor Augen hat — das haben wir in diesem Fall alle — und nicht den in seiner Qualität entsprechenden Weg findet, der diskreditiert das Ziel. Ich denke, das ist hier in einem Maße passiert, daß ich mich der Kritik anschließen kann, die der Kollege Rau vorhin sehr deutlich formuliert hat.

Ich will noch einen Punkt anfügen: Der Satz: „Wir sind das Volk“ ist von uns allen immer wieder und überall bemüht worden. Damit gemeint waren die 16 Millionen Menschen in der DDR. Diese liegen mir am Herzen, die im Norden ganz besonders. Ich bitte aber, darauf hinweisen zu dürfen, daß auch hier das Volk ist. Die 60 Millionen Menschen, die in der Bundesrepublik leben, müssen vollinhaltlich an dem Prozeß des Zusammenwachsens, an den **Chancen**, aber ebenso an den **Risiken beteiligt** werden. Wenn wir über das Volk und seine Repräsentanz reden — ich repräsentiere gegenwärtig an erster Stelle das Land Schleswig-Holstein und damit das Volk in einem westlichen Bundesland —, müssen wir darauf achten, daß auch die Menschen in der Bundesrepublik bei diesen Debatten ihr Gewicht haben.

- (B) Sie haben gefragt, was die Sozialdemokraten damit meinen, wenn sie von den **Gefahren durch eine abrupte Einführung der D-Mark** sprechen. Ich will das aus meiner Sicht mit wenigen Worten umschreiben. Ich habe sehr frühzeitig gesagt — ich glaube, daß die ökonomische Einschätzung richtig war —, daß der Weg, den wir jetzt gehen, ökonomisch — von mir aus auch ökonomisch-theoretisch — gesehen, nicht der beste ist. Die volle Einführung der D-Mark als Währung zu einem bestimmten Stichtag, ohne daß die entsprechenden ökonomischen Grundstrukturen vorhanden sind, ist, ökonomisch gesehen, wahrscheinlich nicht der optimale Weg. Währung ist eine Art Schmiermittel, mit dem man einen Motor, der laufen kann, auch zum Laufen bringt. Der Motor der Wirtschaft drüben läuft aber nicht. Das beste Schmiermittel nützt nichts, wenn der Motor rostig und kaputt ist.

Der Hinweis auf das abrupte Einführen der D-Mark bedeutet umgekehrt: Der wahrscheinlich bessere Weg wäre die **Einführung fester Wechselkurse** für eine bestimmte Zeit gewesen. Dieser Weg ist aufgrund der Erwartungen der DDR-Bevölkerung — hier gebe ich Ihnen recht — nicht mehr gangbar. Daß die Risiken, die wir jetzt eingehen, größer als die des anderen Weges sind, ist mit dem Satz bezüglich der Gefahren einer abrupten Einführung der D-Mark gemeint.

Wir haben uns deshalb bei den Beratungen unter uns Sozialdemokraten darauf beschränkt zu sagen: Das Wichtigste, was die Menschen drüben haben und in der Zukunft haben müssen, ist **Arbeit**, und Arbeit gibt es nur, wenn betriebliche Strukturen vorhanden sind. Unsere Befürchtung ist vielleicht größer als Ihre, daß dort drüben alles, was noch an betrieblichen Strukturen vorhanden ist, abrupt zusammenbrechen könnte. Wenn das, was in der DDR noch aufrechterhaltbar ist, trotz unserer totalen Unterstützung nicht aufrechterhalten wird, verlieren Menschen Arbeit,

Einkommen, Sicherheit. Aber sie verlieren, praktisch gesagt, mit ihren Betrieben und Arbeitsplätzen auch die einzige Chance einer **betriebsnahen und praxisorientierten Umschulung**. (C)

Niemand kann fünf Millionen Arbeitnehmer in der DDR in Ausbildungsstätten umschulen, weil davon nicht genügend vorhanden sind. Wir werden dort drüben das schwedische Modell der arbeitsmarktorientierten Umschulung, d. h. Betriebe mit ihren Strukturen für die Umschulung, benutzen müssen.

Wir werden uns bei den künftigen Beratungen — wir haben dafür fast fünf Wochen Zeit — fragen müssen, was in diesem Zusammenhang über das, was hier steht, hinaus praktisch noch getan werden kann.

Sie haben zum Schluß das Thema „**Ökologie**“ erwähnt. Auch hier gehen unsere Bedenken sehr viel tiefer. Der Passus im Staatsvertrag, der die Ökologie betrifft — Neuanlagen und dann in Klammern auch noch Altanlagen —, entspricht einem ökologischen Verständnis, das älter als eine Generation ist. Was darin steht, entspricht sozusagen dem Anfang ökologischen Denkens, aber nicht dem Stand des Wissens, in dem auch Sie, die Bundesregierung, sich heute befinden könnten.

Daß dort kein Wort über die Frage ökologisch orientierter Produkte, die Menschen zu sich nehmen, und kein Wort über den Schutz der Natur gesagt ist — wir wissen, welche Invasion von Menschen die DDR jetzt heimsuchen wird, was an Wünschen bezüglich Zube-tonierungen, Straßenschneisen, falschen Bettenburgen und touristischen Infrastrukturen geäußert werden wird —, ist schlimm. Dort kann das, was an Reichtum der Natur noch vorhanden ist, „in die Hose gehen“, wenn wir nicht aufpassen. (D)

Also wäre das Petitum in diesem Punkt, mit den Erkenntnissen, die wir selbst gesammelt haben, aus eigenen Fehlern lernend, konkret nachzubessern.

Ich möchte schließlich darauf hinweisen: Es reicht nicht mehr, daß wir nach Wochen des Fragens nach **SED- und Blockparteivermögen** immer wieder hören, das sei ein uns alle bewegendes Thema. Das ist es in der Tat. Ich würde gerne in absehbarer Zeit von Ihnen wissen, was hier konkret mit der DDR-Regierung vereinbart wird. Sie müssen einsehen — ich glaube, das wird uns parteiübergreifend einen —: Ich werde in bezug auf den Finanzierungsfonds meinen Finger nicht für eine Deutsche Mark heben, wenn ich weiß, daß davon auch nur ein Pfennig in den Umtausch alten SED-Vermögens im Verhältnis 1 : 2 geht. Unsere Steuerzahler dürfen bitte nicht — auch nicht auf Umwegen — herangezogen werden, um irgendeiner alten Blockpartei künftig das Leben zu versüßen. Das gilt auch für Hilfseinrichtungen, für Staatssicherheit, was immer dort drüben krechtete und fleuchte.

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung. Heute findet die erste Lesung eines Vertragswerkes statt. Wer von uns erwartet, daß wir am Tage der ersten Lesung ja oder nein zu einem Endprodukt sagen, das erst noch erarbeitet werden soll, der setzt mit dem, was er von uns verlangt, auch noch die von uns inzwischen geübten parlamentarischen Verfahren außer Kraft. Der Tag der ersten Lesung ist das Einbrin-

Engholm (Schleswig-Holstein)

- (A) gen einiger grundsätzlicher Ideen, Gedanken, Fragen, Risikobeschreibungen. Wie wir uns am Ende verhalten werden, entscheiden wir am letzten Tag in der letzten Lesung. Dazwischen versuchen wir durch Kritik und konstruktives Einwirken im Interesse der Menschen drüben und im Interesse der Menschen hier nachzubessern.

Wir beraten mit diesem Vertrag — lassen Sie mich das noch sagen — nicht über das **Ziel deutsche Einheit**. Das Ziel ist **unumstritten** von uns seit Monaten als richtig erkannt und beschrieben worden. Wir reden über einen Vertrag, der Wege zu diesem Ziel vorgibt und beschreibt. Darüber beraten wir in den nächsten fünf Wochen praktisch, in der Hoffnung, daß wir noch viele Dinge gemeinsam werden verbessern können. Das war der Sinn der heutigen ersten Beratung.

Präsident Momper: Danke schön, Herr Kollege!

Das Wort hat nunmehr Herr Staatsminister Dr. Gerhardt (Hessen). — Bitte schön, Herr Kollege!

Dr. Gerhardt (Hessen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Äußerungen des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein veranlassen mich, zunächst noch einmal das festzuhalten, was unstrittig ist; denn nach den Wahlergebnissen habe ich öffentlich entgegengenommen, daß mehr streitig ist, als es vorher erschien.

- (B) Wir haben in zwei Sitzungen des Bundesrates in Übereinstimmung mit allen Ländern die Ereignisse des Herbstes des vergangenen Jahres in der DDR begrüßt. Wir haben die friedliche Revolution, die eine Kommandowirtschaft und eine staatliche Repression beiseite gefegt hat, erfreut zur Kenntnis genommen. Und wir sind uns auch darin einig, daß die Wahlergebnisse in der DDR eindeutig klargemacht haben: Die Menschen dort wollen eine **freiheitliche Verfassung**, die **Einheit Deutschlands** und auch eine **freiheitliche Wirtschaftsordnung**.

Nun liegt ein Staatsvertrag zur Beratung vor, der einen wichtigen Schritt auf diesem Weg beinhaltet; auch das ist unstrittig. Es ist auch nicht streitig, daß dieser Vertrag nicht vollkommen ist. Aber er ist eine erstaunliche Leistung in einer Demokratie mit offener Auseinandersetzung, mit hohem administrativen Sachverstand, in kurzer Zeit erarbeitet.

Viel Zeit ist im übrigen nicht vorhanden gewesen, und viel Zeit gilt es auch nicht zu verlieren, wenn sie dazu genutzt werden soll, die Menschen zum Verbleib in ihrer Heimat zu bewegen. Viel Zeit stand nicht zur Verfügung, meine Damen und Herren, da sich die **friedliche Revolution in der DDR** nicht vorher durch entsprechende Information aller Ebenen des föderativen Systems der Bundesrepublik Deutschland und ausgewählter Führungspersönlichkeiten in den Parteien angekündigt hat. Diese friedliche Revolution war vorher auch nicht in allen Staatsanzeigern der Länder der Bundesrepublik Deutschland annonciert, so daß sich die Administration darauf hätte vorbereiten können.

Deshalb bleibt ein Teil dieser formalen und von Ärger geprägten Diskussion über die Bund-Länder-Unterrichtung angesichts der Herausforderung, die wir vor uns haben, so sehr im Formalen stecken. Das

ist ein Teil der ärgerlichen Diskussion. Aber wir müssen die Kraft haben, diese ärgerliche Diskussion zu überwinden, weil im Ernst niemand mit dem Hinweis auf die föderative Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland unseren internationalen Nachbarn glaubhaft machen kann, daß man dem Staatsvertrag dann nicht zustimmt.

Im übrigen muß ich auch noch eine Frage an alle politischen Lager der Bundesrepublik Deutschland richten. Die friedliche Revolution in der DDR trifft die Bundesrepublik Deutschland im 40. Jahr ihres Bestehens bei stabil ausgeprägter Demokratie und in einem Jahr eines schon länger anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums, begrüßt eigentlich von allen politischen Kräften und allen unseren Verbündeten. Sie eröffnet großartige Chancen. Wenn nicht jetzt, wann dann? Diese Frage muß in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich beantwortet werden.

Es gibt keine stabilere Situation in einer Demokratie und keine stabilere Situation in bezug auf Finanzen und Wirtschaft, als wir sie jetzt haben, um dieses Problem bewältigen zu können. Wenn dann die Entscheidung zum Staatsvertrag im Bundesrat am Ende der Beratungen getroffen werden muß, möchte ich heute schon vorsorglich darum bitten, mit zu bedenken, daß wir in keinem Vakuum leben.

Trotz Ihrer Bemerkungen, Herr Ministerpräsident Engholm, will ich noch einmal an die **Verträge mit Warschau, mit Moskau** und an den **Grundlagenvertrag mit der DDR** in den 70er Jahren erinnern. Das waren ebenfalls Verträge mit Mängeln und Problemen. Sie trafen in der Bundesrepublik Deutschland auf eine starke Opposition. Sie trafen auf große Bedenken bis hin zu dem Vorwurf, der hier nicht erhoben worden ist, sie seien juristisch „zusammengeschustert“, sie trügen eigentlich einem außenpolitischen und völkerrechtlichen Erfahrungshorizont nicht genügend Rechnung.

Warum haben wir diesen Verträgen denn zugestimmt? — Weil wir sie trotz aller Probleme politisch für notwendig erachtet haben, um eine Tür einen Spalt breit aufzustoßen und damit zu einer Situation zu gelangen, die uns heute das Glück beschert, über einen Staatsvertrag zwischen einer demokratisch legitimierten Regierung der DDR und einer schon immer demokratisch legitimierten Regierung der Bundesrepublik Deutschland beraten zu können. Jetzt, wo sich das Öffnen von Türen auszahlt, besteht die Gefahr, daß wir sie in kleinen innenpolitischen Karos wieder zuschlagen.

Niemand will die deutsche Einheit — wie das ein großer Politiker im letzten Jahrhundert getan hat — unter dem Gewehranschlag des übrigen Europas „ins Trockene bringen“. Es gibt keine politische Kraft, die sich auf einen solchen Weg begeben könnte. Es ist völlig klar, daß eine internationale Abstimmung erfolgen muß, daß wir die deutsche Einheit nur in Frieden mit unseren Nachbarn im Ausland bewerkstelligen können.

Aber es darf auch keine internationale Blamage der Bundesrepublik Deutschland geben, indem uns **Besitzstandswahrungsdanken** und **Vollkaskomentalitätsdenken**, wonach der Staat und auch ein Staatsver-

Dr. Gerhardt (Hessen)

- (A) trag alles regeln sollten, dazu führen, daß wir unseren internationalen Verbündeten im Herbst sagen müssen: Zwar haben wir den Weg auch durch die **Zwei-plus-Vier-Verhandlungen** freigeräumt; bedauerlicherweise sind wir aber nicht in der Lage, die politische Kraft aufzubringen, angesichts einer bestimmten Mentalität, die auf beiden deutschen Seiten vorhanden ist, nun auch die deutsche Einheit zu vollenden.

Auf diese Gefahr möchte ich hinweisen. Ich möchte vermeiden, daß man uns Deutschen international den Vorwurf macht, wir seien mentalitätsmäßig nicht in der Lage, das Thema „deutsche Einheit“ zu bewältigen, weil sich anscheinend als erster Grundgesetzkritiker bei uns die Besitzstandswahrung und in den Köpfen vieler anderer, die 40 Jahre in einem anderen System leben mußten, die Vorstellung herausgebildet hätte, daß es darum gehe, das marktwirtschaftliche System als Addition zu vorhandenen Strukturen einzuführen. Meine Damen und Herren, die Einführung eines marktwirtschaftlichen Systems mit Verhütungsmitteln ist nicht möglich.

Das ist einer der zentralen Punkte der Nachbesserungswünsche, die hier vorgetragen worden sind. Deren Erfüllung würde einen strukturellen Anpassungsprozeß verschleppen; das Ganze würde teurer werden. Ich bin der Auffassung, es ist besser, das Neue schneller wachsen zu lassen, als es durch Konservierung des Gewohnten zu behindern.

- Hierzu gehört auch die **Umweltschutzdiskussion**. Dazu mag es durchaus noch einen Briefwechsel geben. Nur erschließt sich mir die Argumentation der sozialdemokratischen Seite nicht sehr genau. Wenn man auf der einen Seite strukturelle Hilfen bei diesem Umstellungsprozeß und gleichzeitig eine „**Umweltunion**“ mit den bekannten Grenzwerten will, aber auch die Produktbeschreibungen schneller haben will, als dies bisher durch den Staatsvertrag auch in das Ansinnen der DDR-Regierung gestellt wird, muß man sich natürlich die Frage stellen, wie überhastet man in eine solche „Umweltunion“ hineingeht.
- (B)

Man muß sich dann für ein Argument entscheiden. Man kann nicht **Strukturhilfen** wünschen und Umstellungshilfen vortragen und dann über Produktbeschreibungen und Grenzwerte im Grunde den Prozeß beschleunigen. Ich bin für eine gleichgerichtete Argumentation in bezug auf beide Felder.

Meine Damen und Herren, ich befürchte, daß manche Nachbesserungswünsche die Gesunden auf dem Weg behindern könnten, weil sie sich bei Strukturhilfen für Betriebe unheilbar Kranken zu lange zuwenden. Bei der Einführung der Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland hat es anscheinend ähnliche Diskussionen gegeben. Manche Vorschläge müssen auch schon damals strukturell sklerotisch gewesen sein, weil sie einfach das menschliche Lernen nicht einbezogen haben.

Auch die Zahl der **Währungssachverständigen** muß seinerzeit sehr groß gewesen sein. Wie man mir glaubhaft versichert hat, soll es in der Bundesrepublik Deutschland an die 200 Währungssachverständige geben. Ich versichere Ihnen ebenso glaubhaft: Ich habe seit dem 9. November täglich zehn von ihnen

getroffen. Ihre Zahl scheint immer größer zu werden.

Aber keiner von diesen Währungssachverständigen, die jeden Tag in allen Zeitungen ihre Meinung in Leserbriefen, Kommentaren und Namensartikeln schreiben können, muß die **politische Entscheidung** treffen, die auf die Länder und damit den Bundesrat zukommt. Keiner muß die **politische Verantwortung** dafür übernehmen, ob wir bei stabiler Demokratie und hervorragender wirtschaftlicher Verfassung der Bundesrepublik jetzt die politische Entscheidung treffen sollten, die Einheit Deutschlands durch Überwindung der Spaltung Europas zu vollenden.

Was auch bis zur nächsten und übernächsten Sitzung des Bundesrates zweifelhaft bleiben wird: Weder der Staatsvertrag noch Politik überhaupt ist in der Lage, Lebensängste von Menschen durch vertragliche Vereinbarungen oder politische Entscheidungen wegzunehmen. Niemand kann eine umfassende persönliche Sicherheit von Menschen in einem zusammenwachsenden Deutschland garantieren. Das Geheimnis der Freiheitlichkeit unseres Staatswesens liegt im übrigen gerade darin, daß man das nicht permanent versucht hat; denn die **Verringerung des Risikos** geht immer auch ein Stück **auf Kosten der Freiheit**.

Der Staat, wie wir ihn verstehen, ist keine Glücke, und auch der Staatsvertrag ist keine Glücke, die uns über alle Gefährdungen hinweghilft. Er ist aber ein verantwortbarer Weg, alsbald zu einem **gesamtdeutschen Souverän** bei internationaler Einbettung und Überwindung der Atomisierung von Interessen zu kommen.

(D)

Es wäre gut, wenn der Vertrag die Zustimmung vieler Länder; er muß am Ende ratifiziert werden. Eine **Nichtratifizierung** wäre eine **mittlere politische Katastrophe**, national wie international. Die Hessische Landesregierung wird deshalb dem Staatsvertrag zustimmen.

Am Ende — davon bin ich überzeugt — werden nahezu alle Länder den Vertrag ratifizieren, weil wir alle, auch in der Zeit, die noch bevorsteht und die genutzt werden kann, keine Alternative dazu haben und unsere 40 Jahre alte Demokratie eine **Verantwortungsbereitschaft** ausgeprägt hat, die sich jedem widersetzt, der als einzelner irgendeinem vorschreiben will, wie er hier abzustimmen hätte. — Herzlichen Dank.

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Kollege!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich die Aussprache.

Für die Stellungnahme des Bundesrates im ersten Durchgang des Gesetzgebungsverfahrens liegen bisher vor: die Empfehlungen der Ausschüsse in Drucksache 350/1/90, ein Antrag der Länder Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein in Drucksache 350/2/90 und ein Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz in Drucksache 350/3/90.

Wir sind übereingekommen, in der heutigen Sitzung noch keine Stellungnahme zum Gesetzentwurf zu beschließen. Die Vorlage ist gestern außer den bis-

Präsident Momper

- (A) her beteiligten zwei Ausschüssen — also dem Ausschuß für Innerdeutsche Beziehungen und dem Finanzausschuß — weiteren vier Fachausschüssen zur Beratung zugewiesen worden. Der Gesetzentwurf wird deshalb hier im Plenum in der nächsten Sitzung am 1. Juni 1990 erneut beraten werden. Bis dahin wird die **Abstimmung** auch über die schon vorliegenden Empfehlungen und Anträge noch **zurückgestellt**.

Die heutige Aussprache hat ein erstes Bild vom Meinungsstand der Länder zum Staatsvertrag gezeichnet.

Am 1. Juni wird dieses bunte Bild noch weitere Konturen erhalten.

Meine Damen und Herren, wir haben die Tagesordnung der heutigen Sitzung damit abgewickelt.

Ich danke Ihnen allen und berufe die **nächste Sitzung** des Bundesrates auf Freitag, den 1. Juni 1990, pünktlich 9.30 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen. — Schönen Dank!

(Schluß: 12.59 Uhr)

(B)

(D)

(A) **Anlage****Bericht**

von Ministerpräsident **Dr. h. c. Späth**
(Baden-Württemberg)
zum einzigen Punkt der Tagesordnung

Bundesministerin Wilms unterrichtete einleitend über den wesentlichen Inhalt des Staatsvertrags zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Sie verwies dabei auf das am 15. Mai mit den Ländern erzielte Einvernehmen zu den Fragen der Verteilung der finanziellen Belastungen.

Von seiten der SPD-geführten Länder wurden vor allem folgende Feststellungen getroffen:

— Mit dem Staatsvertrag sei eine wichtige Grundlage für die Schaffung der deutschen Einheit geschaffen worden. Das Vertragswerk müsse aber mit den sicherheitspolitischen Belangen der Bundesrepublik in Einklang gebracht werden.

— Der weitere Prozeß könne nur unter maßgeblicher Beteiligung der Länder ablaufen; die bisherige Informationspolitik der Bundesregierung sei unzureichend.

— Der strukturelle Anpassungsprozeß müsse noch sozialverträglicher ausgestaltet werden.

— Die DDR-Wirtschaft dürfe nicht abrupt dem Wettbewerb ausgesetzt werden.

— Der Vertrag trage dem Föderalismus und dem Umweltschutz nicht so Rechnung, wie sich die SPD-Länder dies gewünscht hätten. (C)

Von seiten der CDU-geführten Länder wurde darauf hingewiesen, daß

— der Zeitdruck aus den Verhältnissen in der DDR resultiere,

— die Kostenbetrachtung nicht in den Vordergrund rücken dürfe, sondern auch der Nutzen für die Menschen zu beachten sei,

— weitere Verzögerungen eher kostentreibend seien,

— die mit dem Bund getroffenen Vereinbarungen über die Finanzlasten fair seien.

Übereinstimmend sahen A- und B-Länder einen Ergänzungsbedarf bezüglich weiterer Klarstellungen in der Frage der Aktivierung des Vermögens der SED und ihrer Nachfolgeorganisationen.

Es wurden zwei Entschließungsanträge — einer von der A-Seite (ohne Hamburg) und einer von der B-Seite (ohne Niedersachsen) vorgelegt. Beide erhielten keine Mehrheit.

Der Innerdeutsche Ausschuß wird am 21. Juni 1990, 16.30 Uhr, vor dem Plenum des Bundesrates am 22. Juni, nochmals zusammentreten.

(B)

(D)

S. Auf

BUNDESRAT

Stenographischer Bericht

613. Sitzung

Bonn, Dienstag, den 22. Mai 1990

Inhalt:

Zur Tagesordnung 253 B

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die **Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** zwischen der **Bundesrepublik Deutschland** und der **Deutschen Demokratischen Republik** (Drucksache 350/90) 253 B

Dr. Waigel, Bundesminister der Finanzen 253 B

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg), Berichterstatter . . . 258 B, 284* A

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg) 258 C

Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen) 263 D

Dr. h. c. Streibl (Bayern) 266 D

Momper (Berlin) 269 D

Dr. Wagner (Rheinland-Pfalz) . . . 272 B

Wedemeier (Bremen) 275 C

Seiters, Bundesminister für besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramtes 277 C

Engholm (Schleswig-Holstein) . . . 279 C

Dr. Gerhardt (Hessen) 281 A

Nächste Sitzung 283 C

Verzeichnis der Anwesenden**Vorsitz:**

Präsident Momper, Regierender Bürgermeister
von Berlin

Vizepräsident Engholm, Ministerpräsident des
Landes Schleswig-Holstein — zeitweise —

Schriftführer:

Dr. Krumsiek (Nordrhein-Westfalen)

Baden-Württemberg:

Dr. h. c. Späth, Ministerpräsident

Dr. Eyrich, Minister für Justiz, Bundes- und Euro-
paangelegenheiten

Wabro, Staatssekretär im Ministerium für Justiz,
Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevoll-
mächtigter des Landes Baden-Württemberg
beim Bund

Bayern:

Dr. h. c. Streibl, Ministerpräsident

Dr. Freiherr von Waldenfels, Staatsminister für
Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevoll-
mächtigter des Freistaates Bayern beim Bund

Berlin:

Momper, Regierender Bürgermeister

Prof. Dr. Pfarr, Senatorin für Bundesangelegen-
heiten, Bevollmächtigte des Landes Berlin
beim Bund

Bremen:

Wedemeier, Präsident des Senats, Bürgermeister,
Senator für kirchliche Angelegenheiten und
Senator für Arbeit

Dr. Rüdiger, Senatorin für Gesundheit und Sena-
torin für Bundesangelegenheiten, Bevollmäch-
tigte der Freien Hansestadt Bremen beim
Bund

Grobecker, Senator für Finanzen

Hamburg:

Dr. Voscherau, Präsident des Senats, Erster Bür-
germeister

Prof. Dr. von Münch, Zweiter Bürgermeister, Prä-
ses der Behörde für Wissenschaft und For-
schung und Präses der Kulturbehörde

Hessen:

Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und
Kunst, Bevollmächtigter des Landes Hessen
beim Bund

Niedersachsen:

Jürgens, Minister für Bundes- und Europaangele-
genheiten, Bevollmächtigter des Landes Nie-
dersachsen beim Bund

Nordrhein-Westfalen:

Dr. h. c. Rau, Ministerpräsident

Einert, Minister für Bundesangelegenheiten, Be-
vollmächtigter des Landes Nordrhein-Westfa-
len beim Bund

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Woh-
nen und Verkehr

Dr. Krumsiek, Justizminister

Rheinland-Pfalz:

Dr. Wagner, Ministerpräsident

Prof. Dr. Hill, Minister für Bundesangelegenhei-
ten, Bevollmächtigter des Landes Rheinland-
Pfalz beim Bund

Saarland:

Dr. Walter, Minister der Justiz

Dr. Peter, Ministerin für Arbeit und Frauen

Kasper, Minister der Finanzen

Schleswig-Holstein:

Engholm, Ministerpräsident

Von der Bundesregierung:

Seiters, Bundesminister für besondere Aufgaben,
Chef des Bundeskanzleramtes

Engelhard, Bundesminister der Justiz

Dr. Waigel, Bundesminister der Finanzen

Frau Prof. Dr. Lehr, Bundesminister für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit

Frau Dr. Wilms, Bundesminister für innerdeut-
sche Beziehungen

Dr. Stavenhagen, Staatsminister beim Bundes-
kanzler

Seehofer, Parl. Staatssekretär beim Bundesmini-
ster für Arbeit und Sozialordnung

Dr. Hennig, Parl. Staatssekretär beim Bundesmi-
nister für innerdeutsche Beziehungen

Kroppenstedt, Staatssekretär im Bundesministe-
rium des Innern

Dr. von Würzen, Staatssekretär im Bundesmini-
sterium für Wirtschaft

Stroetmann, Staatssekretär im Bundesministe-
rium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsi-
cherheit